

US Navy... Geheimnis... L. B. L. L.

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 06 04, 4300 Essen 1, Tel. 020 54 / 10 11
Wichtige Telefonnummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenredaktion Köln (02 24) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 367-1 - Preisblatt an allen deutschen Wertepoststellen

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dir, Frankreich 6,50 F, Griechenland 100 Dr.
Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 140,00 Din, Luxemburg 36,00 Lit.
Niederlande 2,00 fl, Norwegen 7,50 skr, Österreich 12,00 S, Portugal 100 Esc.
Schweden 8,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Ptas, Kanarische Inseln 150 Ptas.

TAGESSCHAU

POLITIK

Flüchtlinge: Weitere zwölf DDR-Bewohner haben gestern die Botschaft der Bundesrepublik in Prag verlassen und sind in die DDR zurückgekehrt. Damit waren in dem Botschaftsgebäude nur noch 28 von zeitweise mehr als 160 Personen, die die Ausreise in die Bundesrepublik erzwingen wollten. (S. 8)

Terrorismus: Bei einem Brandanschlag ist ein Wachhaus des US-Militärflugplatzes in Heidelberg-Pfaffengrund beschädigt worden. In Frankfurt schiederten RAF-Sympathisanten mit Farbe gefüllte Flaschen und einen Molotow-Cocktail gegen die Häuser des amerikanischen und des französischen Generalkonsuls. (S. 8)

Polen: Mit Jahresbeginn trat eine vertrauliche Verfügung des Ministers in Kraft, die es den Betriebsleitungen ermöglicht, zwecks Normenerfüllung die wöchentliche Arbeitszeit von bisher 42,5 auf 48 Stunden zu erhöhen.

Gibraltar: Spanien will seine 1969 geschlossene Grenze zu der britischen Kronkolonie am 5. Februar wieder öffnen. An diesem Tag begannen in Bern spanisch-britische Verhandlungen über die Zukunft Gibraltars.

Armeereform: Chinas Armee mit 4,2 Millionen Mann die größte der Welt, soll verkleinert und modernisiert werden. Ziel der Umgestaltung ist es, Geld zu sparen und Personal für den Aufbau der Wirtschaft freizusetzen.

Frankreich: In Paris wird die Auflösung der Nationalversammlung und die Ausschreibung von Neuwahlen ein Jahr vor dem verfassungsgemäßen Termin 1986 nicht mehr ausgeschlossen. Anlaß für solche Erwägungen ist offenbar die sich rapide verschlechternde Lage im Übersee-Territorium Neukaledonien. (S. 5)

Abtreibung: Mit Bombenanschlägen auf Abtreibungskliniken machen militante Gegner der Abtreibung in Amerika von sich reden. Innerhalb von zwei Tagen wurden vier Kliniken in Washington und Florida attackiert und schwer beschädigt. (S. 3)

Lambsdorff-Prozeß vertagt. Kritik an Staatsanwaltschaft

Angeklagter: „Politische Verunsicherung“ / Neuer Termin unbekannt

STEFAN HEYDECK, Bonn
Das Bonner Landgericht hat gestern übergehend die für den Donnerstag nächster Woche terminierte Verhandlung des Hauptverfahrens gegen die früheren Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs und Otto Graf Lambsdorff (beide FDP) sowie gegen den ehemaligen Flick-Manager Eberhard von Brauchitsch wegen des Vorwurfs der Bestechlichkeit beziehungsweise Bestechung aufgehoben. Der Vorsitzende der 7. Strafkammer, Hans-Henning Buchholz, traf diese Entscheidung, nachdem die Staatsanwaltschaft gegen Brauchitsch zusätzlich eine Verurteilung wegen Steuerhinterziehung erhoben und eine Verbindung beider Verfahren beantragt hatte. In einer ersten Stellungnahme stellte Lambsdorff aufgrund der Ereignisse der vergangenen Woche die Frage, ob die nordrhein-westfälischen Ermittlungsbehörden überhaupt noch gewillt seien, rechtstaatliche Verfahrensgrundsätze zu beachten. Oberstaatsanwalt Johannes Wilhelm wies die Vorwürfe „mit Nachdruck“ zurück. Offen ist jetzt, wann das Verfahren

eröffnet werden kann. Buchholz, der die zweite Anklage gegen Brauchitsch am 28. Dezember erhalten hatte, hat dem früheren Manager nach den gesetzlichen Vorschriften eine Frist zur Erklärung zu den neuen Vorwürfen eingeräumt. Sie beträgt nach den Worten des Sprechers des Landgerichts Hans Brenner, „wegen der besonderen Aktenumfänge“ - 222 Seiten - zwei Monate. Außerdem will die Staatsanwaltschaft spätestens am Montag auch Lambsdorff wegen des Verdachts der Steuerhinterziehung im Zusammenhang mit der Parteispenden-Affäre anklagen (WELT v. 3.1.). Diese Anklage umfaßt sogar nach Angaben des Verteidigers von Lambsdorff, Egon Müller, mehr als 18 000 Seiten. Das bedeutet, daß das Aktenstudium, die Erklärungsfrist und die Entscheidung über die Klagezulassung eine noch viel längere Zeit in Anspruch nehmen würde.

Außerdem gibt es unterschiedliche Auffassungen darüber, ob eine Steuerhinterziehung strafrechtlich verfolgt werden kann, bevor von den Finanzgerichten ein Gesetzesverstoß festgestellt worden ist.

Lambsdorff nahm die Entscheidung der Staatsanwaltschaft über die Aufhebung des Hauptverfahrens mit großem Bedauern, aber wenig Überraschung zur Kenntnis. Sie hätte jedoch angesichts der von der Staatsanwaltschaft Bonn angewandten Verfahrenstaktik keine andere treffen können. Der FDP-Politiker verband seine Stellungnahme erneut mit scharfer Kritik an den Ermittlungsbehörden. Nachdem die Staatsanwaltschaft bereits am 25. Oktober erfolglos eine Verschiebung des Verfahrens um ein bis zwei Monate verlangt habe, hätte sie jetzt die Aufhebung der für den 10. Januar anberaumten Verhandlung „erzwingen“. Dies habe sie mit der Vorlage einer Anklage erreicht, „die nach fünfjährigen Ermittlungen gezielt zu einem Zeitpunkt erhoben wird, der dem Beginn des Hauptverfahrens unmöglich“ mache. Damit werde die „Absicht“ der Bonner Ermittlungsbehörde „nicht nur rechtliche, sondern auch politische Verunsicherung zu schaffen, zum wiederholten Male deutlich“.

Fortsetzung Seite 3

DER KOMMENTAR

Ehren-Sache

ENNO V. LOEWENSTERN

Seit Monaten gab es Gerüchte, daß der Termin des 10. Januar 1985 in Sachen Graf Lambsdorff und andere vor dem Landgericht Bonn platzen werde, weil gewisse Kreise in oder oberhalb der Staatsanwaltschaft Bonn ein Interesse daran hätten, die Sache in den nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf (Wahl am 12. Mai 1985) zu ziehen. Seit Monaten wurde die Behauptung demontiert. Und nun haben wir doch eine Terminaufhebung, auf Antrag der Staatsanwaltschaft.

Wenn der nächste Termin stattfinden wird, steht in den Sternen. Die Staatsanwaltschaft will das Verfahren wegen Besteuerung mit einem weiteren Verfahren wegen Steuerhinterziehung verbinden; dazu kommt, daß dem Mitangeklagten Eberhard von Brauchitsch eine weitere Anklage wegen Steuerhinterziehung zugestellt wurde. Daß Untersuchungen wegen Parteispenden seit fünf Jahren laufen und diese Anklagen Lambsdorff und Brauchitsch erst jetzt kommen, daß ferner die Strafbarkeit der Steuerhinterziehungen noch von keinem Finanzgericht entschieden wurde, wohl aber von einem höchst engagierten Schöffengericht - das alles gibt der Geschichte ihren speziellen

Hautgout. Vermerken wir noch, daß nun einmal rein zufällig der besagte Wahlkampf vor der Tür steht, daß rein zufällig ein weiteres Düsseldorf Ministerium - zuständig für Inneres und Datenschutz - vertrauliche Daten eines früheren Regierungspräsidenten namens Achim Rohde in höchst irreführender Weise hinausgehen ließ und daß der zuständige Minister Schnoor (SPD) seinen früheren Untergebenen nicht etwa wenigstens nachträglich in Schutz nahm, sondern ihn zusätzlich hineinzuwickeln suchte.

Der besagte Rohde ist Spitzenkandidat in Nordrhein-Westfalen eben jener FDP, die dank des Düsseldorf Justizministers zum Grafen Lambsdorff nicht zum Spitzenkandidaten berufen konnte. Stufen wir das alles als rein zufällig ein; auch die Tatsache, daß die Besteuerung-Anklage gegen Graf Lambsdorff auf null Beweisen beruht. Fragen wir uns nun eines: Hätte man, Steuerfragen hin oder her, ihm nicht die Chance geben müssen, sich in dieser besonders ehrenrührigen Sache so schnell wie möglich öffentlich zu rechtfertigen? - Ja, natürlich, müßte die Antwort lauten. So fern man an nichts ein Interesse hat als allein an der Wahrheit und der Gerechtigkeit.

ZITAT DES TAGES



„Wir können sicher sein, daß die moderne Waffentechnik den Krieg in Europa praktisch unmöglich macht.“

Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß im „Bayernkurier“ zur Möglichkeit kriegsrischer Auseinandersetzungen zwischen Ost und West. FOTO: POLY-PRESS

WIRTSCHAFT

US-Zinsen: Die Prognosen für 1985 hießen düster. Experten gehen davon aus, daß die Zinsen in den nächsten Monaten zwar noch etwas sinken könnten, bis zum Jahresende jedoch wieder ansteigen werden. (S. 10)

Mittelstand: Durch Eigenkapitalhilfe und ERP-Existenzgründungsdarlehen hat die Bundesregierung im vergangenen Jahr knapp 17 000 Existenzgründungen ermöglicht. (S. 9)

Konjunktur: Ein vom Export getragenes durchschnittliches Wirtschaftswachstum von zwei Prozent erwartet das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung für dieses Jahr. Mit einer Verbesserung am Arbeitsmarkt sei nicht zu rechnen. (S. 9)

Börse: Nach dem starken Kursanstieg am Freitag kam es am Aktienmarkt zu Gewinnmitnahmen, die zu Verlusten von teilweise über fünf Mark bei den Standardwerten führten. WELT-Aktienindex 1633,16 (4,2). Auch am Rentenmarkt standen die Notierungen unter Druck. BHF-Rentenindex 102,706 (102,860). Performance-Index 99,879 (100). Dollar-Mittelkurs 3,1662 (3,1727) Mark. Goldpreis je Feinunze 302,30 (305,50) Dollar.

KULTUR

Sacharow: In der UdSSR wird in Kürze ein Film mit dem Titel „Verschwörung gegen das Land der Sowjets“ anlaufen. Der Film soll scharfe Angriffe gegen den Bürgerrechtler Sacharow und seine Frau enthalten, die als „unzugewandte Querulant“ dargestellt werde. (S. 15)

Grabmal: In der Ausstellung „Das Gold von Taranto aus hellenistischer Zeit“ in Mailands Nationalgalerie zeigt das archäologische Museum von Taranto (Apulien) erstmals seine komplette Sammlung edler Goldschmiedearbeiten und anderer Grabbeigaben. (S. 15)

SPORT

Eishockey: Herbert Phum, Mannschaftsarzt des Kölner EC, hat Dopingvorwürfe gegen Spieler einiger Bundesligaklubs erhoben. Nach Meinung des Arztes nehmen oder bekommen die Spieler stimulierende Kreislaufmittel. (S. 7)

Schach: Auch die 37. Partie des Weltmeisterschaftskampfes zwischen Anatoli Karpow und Gari Kasparow (beide UdSSR) endete in Moskau remis. Titelverteidiger Karpow führt weiterhin mit 5:1. Er braucht noch einen Sieg. (S. 7)

AUS ALLER WELT

Absturz: In den bolivianischen Anden ist in rund 5800 Meter Höhe das Wrack der amerikanischen Verkehrsmaschine entdeckt worden, die kurz vor der Landung in La Paz verschollen war. Offenbar kamen alle 29 Menschen an Bord ums Leben. (S. 16)

Wetter: Bedeckt, vereinzelt Schneefall. Bis minus 9 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

- Meinungen:** Nur ein Waffenstillstand? - Leitartikel von Wilfried Hertz-Eichenrode S. 2
- Abstrich:** „Raketenschach“ vor den Verhandlungen in Genf - Von Thomas Kielinger S. 3
- Stern-Prozeß:** G-J-Chef Schulze-Hillen: „So etwas kommt vor in Großunternehmen“ S. 4
- Landesbericht:** Sudan: Der Islam wird zum Instrument der Willkür - Von Achim Remde S. 5
- Forum:** Personalien und Leserbrief: Wort des Tages S. 6
- Schnee und Glotzels** behindern den Vertrieb der WELT. Wir bitten die Leser für mögliche Verzögerungen bei der Zustellung um Verständnis.
- Fernsehen:** Gedoubelt bis zum Exzeß - Elvis Presley und seine weltweiten Imitatoren S. 6
- SAT 1:** Eine Fernsehpremiere mit Nachricht, Spiel und Sport - Von Rainer Nolden S. 8
- Weltbörsen:** In Tokio verdienten deutsche Anleger am besten - Von Leo Fischer S. 9
- Photographie:** Die Star-Porträts von Annie Leibovitz - Mit inszenierter Eitelkeit S. 15
- Reise-WELT:** Alentejo - Sanfte Hügel und weiter Horizont - Von Petra S. Hardt S. 1

US-Elitetruppe gegen Terroristen?

Bericht der Fernsehgesellschaft NBC: Außenminister Shultz hat seine Pläne durchgesetzt

DW, Washington
Ein Bericht der amerikanischen Fernsehgesellschaft NBC hat die Washingtoner Pläne über die Aufstellung einer Elite-Einheit zur weltweiten Bekämpfung von Terroristen wieder in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt. Die Gesellschaft hatte am Mittwochabend gemeldet, eine Gruppe von 160 Personen, die nach genau festgelegten Kriterien ausgewählt worden seien, bildeten die Spitze der 2000 Mann umfassenden Truppe. Zwei Atom-U-Boote stünden dem Kommando zur Verfügung, um Einheiten zur Befreiung von Geiseln oder zu „Präventivschlägen“ gegen Terroristen zu transportieren.

In dem NBC-Bericht hieß es ferner, Kommando-Einheiten hätten bereitgestellt, um Ausbildungslager von Terroristen in Iran und Libanon anzugreifen. Dies sei jedoch wegen des Wahlkampfes von Präsident Reagan

und wegen unzureichender Geheimdienstinformationen nicht geschehen. Das Verteidigungsministerium in Washington äußerte sich gestern nicht.

Die Rechercheure der amerikanischen Fernsehgesellschaft gaben in der Sendung auch die Einschätzung wieder, daß sich US-Außenminister Shultz mit seinem Eintreten für schnelle Vergeltungsschläge gegen seinen Kollegen im Pentagon, Caspar Weinberger, habe durchsetzen können. Weinberger habe den Einsatz von Gewalt an den „äußersten Notfall“ geknüpft.

Bereits Ende Oktober hatte Shultz in einem Vortrag in der Synagoge an der New Yorker Park Avenue seine Auffassung bekräftigt, die USA müßten im Kampf gegen den Terrorismus auch zum Einsatz von Gewalt bereit sein. Unerlässlich für ein solches Vorgehen zur Verhinderung von An-

schlägen oder als Vergeltung für Terrorakte sei aber, daß die Bevölkerung eine solche Politik mittrage. Shultz hatte es aber nicht bei der Darlegung der entsprechenden amerikanischen Ziele belassen. Bei der Terrorbekämpfung, so seine Forderung, müßten die Staaten der Welt nichts auch zu Sanktionen gegen Länder bereit sein, die den Terrorismus unterstützen, selbst wenn das wirtschaftliche Einbußen bedeute. Shultz damals: „Wenn wir wirklich an die Werte unserer Zivilisation glauben, haben wir die Pflicht, sie zu verteidigen.“

Auf einer internationalen Konferenz in Washington hatte Shultz im Juni vor allem Libyen, Syrien, Iran und Nordkorea der Unterstützung terroristischer Organisationen beschuldigt. Der US-Außenminister fügte damals hinzu, die Sowjetunion nutze den Terrorismus als politische Waffe.

Vietnam greift Lager Son Sanns an

Offensive gegen den Widerstand in Kambodscha / Keine unmittelbare Gefahr für Thailand

CHRISTEL PILZ, Bangkok
Mit schwerer Artillerie und Panzern feuern vietnamesische Truppen seit Wochen auf kambodschanische Flüchtlingslager entlang der mehr als 600 Kilometer langen, teils hügeligen, teils flachen Dschungelgrenze zu Thailand. Unmittelbare Gefahr für Thailand, versicherte der für die erste Armeezone zuständige Kommandeur der thailändischen Streitkräfte, Generalleutnant Pichit, besteht derzeit nicht, obwohl eine grenzüberschreitende Operation der Vietnamesen am Weihnachtsabend vier thailändische Soldaten das Leben kostete.

Thailand beabsichtigt deshalb, bei UNO-Generalsekretär Javier Pérez de Cuellar zu protestieren, der ohnehin am 25. Januar zur Inspektion der Grenzsituation und des Flüchtlingsproblems in Bangkok erwartet wird. Pérez will danach auch Laos und Vietnam besuchen.

Zielscheibe der im November begonnenen Trockenzeitoffensive der Vietnamesen sind vor allem jene Grenzlager, die der Kontrolle der nichtkommunistischen Widerstands-

bewegung KPNLF unterstehen. Ihr Führer ist der ehemalige kambodschanische Premierminister Son Sann. Bis her haben die Vietnamesen sechs der acht zivilen KPNLF-Grenzlager attackiert oder überannt. Mehr als 110 000 Khmer sind inzwischen heftige Verluste erlitten haben. Hanoi pflegt darüber jedoch prinzipiell keine Angaben zu machen.

Versuche der KPNLF-Guerrillas, die beiden größten Lager, Nong Chan und Nong Samet (auch Rithien genannt) zurückzuerobern, sind am harten Widerstand der Vietnamesen gescheitert. Offenbar zielen die Vietnamesen darauf ab, die Bambuslängelager abzubrennen und zu verminen, um eine erneute Besiedlung nach dem Ende der Trockenzeit im Juni zu verhindern.

Beobachter bezeichnen die Kämpfe der letzten Tage als die blutigsten seit der Invasion der Vietnamesen vor genau sechs Jahren. Das internationale Rote Kreuz mußte sein ärztliches Personal in dem von ihm geleiteten Krankenhaus Khao-I-Dang verstärken. Die 400 Betten des auf

Thai-Gebiet liegenden Krankenhauses sind belegt.

Allein seit Weihnachten dürften mehr als 300 KPNLF-Kämpfer verwundet worden sein. Die Zahl der Toten wird auf weit über hundert geschätzt. Auch die Vietnamesen sollen heftige Verluste erlitten haben. Hanoi pflegt darüber jedoch prinzipiell keine Angaben zu machen.

Insgesamt hat die KPNLF nach eigenen Angaben heute 15 000 Mann unter Waffen. Mit ihrer vorwiegend von China gelieferten Ausrüstung sind sie den Vietnamesen weit unterlegen. Dank sowjetischer Waffenhilfe verfügen die Truppen Hanois über zahlreiche 122-mm-, 105-mm- und 160-mm-Geschütze, T-54-Panzer und gepanzerte Mannschaftswagen. Damit können sie aus Entfernungen bis zu 27 Kilometer treffsicher in die Grenzlager feuern.

Jüngste vietnamesische Truppenverlagerungen deuten darauf hin, daß Hanoi in diesen Tagen auch das KPNLF-Hauptquartier Ampil attackieren wird. Militärische Kreise in Bangkok befürchten, daß die

Fortsetzung Seite 5

Jetzt Werbung im Programm von Hessen III

Nea, Frankfurt

Einen Tag nach dem Start des privaten Fernsehens in der Bundesrepublik Deutschland hat ein öffentlich-rechtlicher Sender mit der Ausweitung seiner Werbesendungen begonnen. Zum erstenmal strahlte am Mittwochabend nach 19 Uhr der Hessische Rundfunk nun auch offiziell in seinem dritten Fernsehprogramm bezahlte Werbespots aus.

Der HR macht sich damit das Nichtzustandekommen des geplanten Medien-Staatsvertrages zwischen den Bundesländern zunutze, der von den Ministerpräsidenten eigentlich am 19. Dezember 1984 hätte unterzeichnet werden sollen. Der Vertragsentwurf sah - in diesem Punkt auch von den SPD-Ländern bereits gebilligt - eine Begrenzung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkwerbung mit Ausnahme des Westdeutschen Rundfunks auf den bisherigen Umfang von

„DDR“ schweigt über Prozeß von Thorn

DW, Berlin

Die Medien in der „DDR“ haben sich bis gestern über den Prozeß um die Entführung und Ermordung des katholischen Priesters Jerzy Popiełuszko weitgehend in Schweigen gehüllt. Während die polnische Presse bisher über das Verfahren in Thorn überraschend ausführlich berichtet hat, legten die „DDR“-Zeitungsmittel die Zurückhaltung an den Tag. Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ unterrichtete seine Leser lediglich einen Tag nach Prozeßbeginn am 28. Dezember über das Gerichtsverfahren. In der knappen Meldung wurde nicht erwähnt, daß es sich bei den vier Angeklagten um Sicherheitsbeamte handelt. Auch über den zweiten und dritten Prozeßtag wurde nicht berichtet. Bei der Nachrichtenagentur ADN fand auch der vierte Prozeßtag bis zum Nachmittag keine Berücksichtigung.

Seite 4: Thorne Prozeß

Sowjetischer Flugkörper diente der Zielerstellung

Norwegen spricht von erstem Vorfall

C. GRAF BROCKDORFF, Brüssel

Bei dem sowjetischen Marschflugkörper, der norwegisches und finnisches Territorium verletzte, handelt es sich um offensichtlich um ein rund 25 Jahre altes Modell, das von den Sowjets während einer Luftverteidigungstrainingübung zur Zielerstellung benutzt wurde. Dies wurde gestern aus gut unterrichteten NATO-Kreisen in Brüssel bekannt. Danach startete ein sowjetisches U-Boot aus den Gewässern an der Kola-Halbinsel einen Cruise Missile. Dieser 12,5 Meter lange Flugkörper wurde seit einem Viertel Jahrhundert von inzwischen veralteten Kreuzern und U-Booten benutzt. Er könne nur über Wasser gestartet werden.

Der mit Flügeln versehene Flugkörper wird von einer Feststoffrakete gestartet. Während des Fluges übernimmt ein primitives Düsentriebwerk den Antrieb. Der Flugkörper fliegt mit Überschallgeschwindigkeit. Er wird von einer Trägheitsnavigationssysteme gesteuert, was bedeutet, daß er während des Fluges nicht nachgelenkt werden kann.

Die Sowjets benutzen diesen Typ dem Vernehmen nach gerne als sogenannte „Drohne“ zur Zielerstellung bei der Luftabwehr. Dies sei auch diesmal geschehen. Dennoch wurde in den informierten Kreisen betont, daß es um ein sich regelrechtes Waffensystem handle, das von den Sowjets für die Zielerstellung „zweckentfremdet“ benutzt werde. Der Flugkörper besitze eine Reichweite von 360 Kilometern.

Potentiell handle es sich bei diesem Cruise Missile also um einen

Atomwaffenträger. Dieser habe den Luftraum zweier ausländischer Staaten verletzt. Es müsse daher von einer „schwerwiegenden Verletzung ausländischen Territoriums“ gesprochen werden. In NATO-Kreisen wurde in diesem Zusammenhang an den Abschluß eines koreanischen Jumbo-Jets über sowjetischem Territorium am 1. September 1983 erinnert. Keiner der 269 Passagiere überlebte den Abschluß. Ihr Vorgehen rechtfertigte die Sowjetunion mit Spionagever-

derben. Norwegisches und finnisches Territorium seien jetzt jedoch von einem Flugkörper überfliegen worden, der als nuklearer Waffenträger gelte. Dem Charakter nach handle es sich dementsprechend um einen weitaus schwerwiegenden Zwischenfall. Der norwegische Ministerpräsident Kaare Willoch sprach in Oslo von einem ersten Vorfall, über den man sich bei der UdSSR beschweren werde. Schweden kündigte eine Verstärkung seiner Luftabwehr an. In Brüssel wurde die Frage gestellt, wie die Sowjetunion reagieren würde, wenn ein NATO-Staat einen nuklearen Waffenträger über Teile sowjetischen Territoriums fliegen lassen würde. Hierzu wurde jedoch betont, daß es sich um eine rein rhetorische Fragestellung handle. Cruise Missiles würden von den NATO-Staaten in Europa nie zu Übungszwecken oder wie bei den Sowjets zur Zielerstellung gestartet. Sie würden bis zu einem Ernstfall in ihren Startrohren bleiben. Probebeflüge finden nur auf dem nordamerikanischen Kontinent statt. (SAD)

Andrang nach amerikanischen Einreisevisen in Havana

Washington will 2764 Kuba-Flüchtlinge zurückschicken

DW, Havana

Bereits 20 000 Kubaner haben bei der Interessenvertretung der Vereinigten Staaten in der Schweiz Botschaft von Havana Einreisevisen in die USA beantragt, seitdem am 14. Dezember zwischen Havana und Washington ein entsprechendes Abkommen unterzeichnet wurde. Die ersten Kubaner könnten „in einigen Wochen“ ihr Land verlassen, teilte die amerikanische Vertretung mit. Am Mittwoch war in der Zeitung der Kommunistischen Partei Kubas, „Granma“, eine entsprechende Ankündigung der amerikanischen Interessenvertretung erschienen. Damit veröffentlichte das Parteiorgan zum ersten Mal eine Mitteilung der amerikanischen Regierung. In ihr hieß es unter anderem, daß die Visumsanträge mit der Post zugesandt werden müßten und die Formalitäten einige Zeit in Anspruch nehmen würden.

Durch das Migrationsabkommen können künftig wieder 20 000 Kubaner pro Jahr in die Vereinigten Staaten auswandern. Seit dem Massenevakuierung von 125 000 Flüchtlingen aus

Kuba im Jahre 1980 hatten die USA nur noch wenige Kubaner ins Land gelassen. Havana hat sich in dem Abkommen auch verpflichtet, in diesem Jahr 3000 ehemaligen politischen Häftlingen mit ihren Angehörigen die Auswanderung zu erlauben. Nach Schätzung westlicher Kreise soll es in Kuba 10 000 solcher ehemaligen politischen Häftlinge geben. Bevorzugt bei der Visumserteilung werden Angehörige von Kubanern, die in den USA leben und die amerikanische Staatsangehörigkeit erhalten haben.

Havana hat sich seinerseits verpflichtet, 2764 Kubaner, die 1980 als Flüchtlinge nach Florida gelangt waren und in den USA als unerwünscht gelten, wieder aufzunehmen. Bei diesen handelt es sich um Verbrecher und Geisteskranke, die sich in amerikanischen Gefängnissen oder psychiatrischen Kliniken befinden. Ein amerikanischer Richter hat sich kürzlich gegen die Abschiebung dieser Kubaner mit der Begründung ausgesprochen, ihnen könne in Kuba politische Verfolgung drohen.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Schuß auf Finnland

Von Carl Gustaf Ströhm

Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um die NATO-Nachrüstung verbreiteten die Sowjets in den skandinavischen Staaten und in Finnland eine Schreckensvision: die Amerikaner könnten mit ihren Marschflugkörpern schwedisches und finnisches Gebiet überfliegen, um auf diesem Wege die Sowjetunion anzugreifen. Die Finnen erklärten damals, sie wollten Vorbereitungen treffen, um etwaige Cruise Missiles der NATO über finnischem Gebiet abzuschießen zu können.

Wie so oft im Leben, hat sich die Prophezeiung erfüllt – andersherum. Nicht ein amerikanischer, sondern ein sowjetischer Marschflugkörper hat dieser Tage des nördliche Norwegen überflogen und soll in Finnland aufgeschlagen sein. Abgefeuert wurde er offenbar von einem sowjetischen U-Boot.

Nun hat man sowohl in Norwegen als auch vor allem im neutralen Schweden in letzter Zeit einige unliebsame Erfahrungen mit „nicht identifizierten“ U-Booten gemacht. Eines davon identifizierte sich selbst, indem es in schwedischen Hoheitsgewässern auflief. Es war ein sowjetisches Atom-U-Boot. Seither denken selbst in der Umgebung des schwedischen sozialdemokratischen Regierungschefs Palme manche Leute über Sinn und Unsinn einer „atomwaffenfreien Zone“ in Nordeuropa nach.

Der Schuß, den ein sowjetischer U-Boot-Kommandant gegen Finnland abfeuerte, wirft indes einige Fragen auf. Wenn es eine geplante Provokation war – etwa eine Fortsetzung des bereits gegen Schweden geführten „unidentifizierbaren U-Boot-Krieges“ –, welche Absicht steckte dann dahinter? Akzeptierten wir hingegen die „harmlosere“ Version, daß die Sowjets Opfer eines falschen Knopfdrucks oder eines technischen Versagens wurden: Auch dann, gerade dann müßte man sich fragen, ob eines Tages nicht „nur“ ein Marschflugkörper, sondern eine SS-20-Rakete versehentlich losgehen könnte.

Das sowjetische Verteidigungsministerium hat zunächst jede Auskunft über den Vorfall mit dem seltsamen Argument abgelehnt, ihm lägen keine Informationen dazu vor. Welches Geschrei aber hätte sich in Moskau erhoben, wenn etwas ähnliches den Amerikanern passiert wäre?

Spezial-Gewissen

Von Eugen Wolmarshof

Geißlers Mitteilung, daß die Anträge auf Wehrdienstverweigerung mit dem Inkrafttreten eines neuen Gesetzes um ein volles Drittel (von 68 334 im Jahre 1983 auf 44 800 im letzten Jahr) zurückgegangen sind, gilt doch sehr zu denken. Denn der Minister meint selbst, daß es etwas mit der neuen „Lästigkeit“ der Alternative zu tun haben könne – Erhöhung auf zwanzig Monate und Bereitstellung von mehr Plätzen in Bereichen wie Altenpflege und Krankenhäusern und Reduzierung der Jobs in der „Verwaltung“ auf nur noch 5,4 Prozent usw.

Hilfestellung beim Nachdenken leistet eine gewohnt schill verfaßte Stellungnahme des Vorsitzenden der (nichtamtlichen) „Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen“, Pastor Ulrich Finckh.

Er nennt die Verlängerung des Ersatzdienstes „Kaufpreis“ und deutet die Gewissensprüfung so: „Der Schutz der Persönlichkeitsrechte, der selbst jedem Verbrecher bei seinen Aussagen gewährt wird, ist dem Kriegsdienstverweigerer entzogen.“ Der geschmackvolle Vergleich übergeht geschickt, daß jeder, der einen Anspruch geltend macht, diesen beweisen muß.

Ein volles Drittel „Gewissen“ weniger also, nachdem ganze vier Monate mehr festgelegt und viel mehr Zivildienstplätze im Alten- und Krankenhausbereich geschaffen wurden, die Aussicht also größer ist, daß – neben denjenigen, die da schon durchaus respektabel harte Arbeit leisten – auch noch viele andere dort eingestellt werden. Verschärft wird das Staunen durch einen interessanten Hinweis des frommen Kritikers Finckh: „Der Normalfall der christlichen Gewissensentscheidung, die auf eine bestimmte Situation bezogene Entscheidung, ist bei Kriegsdienstverweigerern weiterhin nicht geschützt.“

Gemeint sind die sehr vielen Fälle derjenigen, die eben nicht Kriegsdienstverweigerer sind, sondern bloß nicht an der Abschreckung bzw. Abwehr der sowjetischen Bedrohung teilnehmen wollen, wohl aber sowjetische Aggression in Form von „Befreiungskriegen“ offen unterstützen (dabei natürlich die Annehmlichkeiten der Wohlstandsrepublik unter dem Schutz amerikanischer und deutscher Waffen genießend). Wer will, kann so eine Einstellung wundervoll finden. Nur: davon steht nichts im Artikel 12 a des Grundgesetzes.

Höhere Ebene

Von Fritz Wirth

Amerikanisch-japanische Beziehungen werden seit Jahren mit der immer bedrohlicher werdenden Vokabel eines möglichen Handelskrieges überlagert. Die Tatsache, daß die Amerikaner allein im letzten Jahr ein Handelsbilanzdefizit von 35 Milliarden Dollar verzeichneten, läßt keine Zweifel, wer hier der Verlierer ist.

Um so bemerkenswerter war es, daß Präsident Reagan, mit dem immer ungeduldiger werdenden Protest amerikanischer Industrieller im Nacken, sein Gipfelgespräch mit Nakasone ohne jegliche Drohgebärde führte. „Unter guten Freunden streitet man nicht“, sagte er und scheint mit seiner Taktik des sanften, aber bestimmten Drucks dieses Mal mehr Wirkung erzielt zu haben als in den vier vorhergehenden Begegnungen. Man verspricht nicht nur Besserung, sondern setzte gewisse „Wachhunde“ ein, die dafür sorgen sollen, daß es nicht bei reiner Gipfelrhetorik bleiben wird.

Bemerkenswert dabei ist, daß man mit dieser Aufgabe nicht die zuständigen Handelsminister beauftragte, sondern die beiden Außenminister. Das ist ein deutlicher Hinweis darauf, daß der ungleiche Kampf beider Länder um die Märkte wegen seiner immer mehr beunruhigenden Dimensionen deutliche politische Akzente bekommen hat. Ronald Reagan sagte es warnend: „Wir können die Vision der Partnerschaft zwischen unseren Ländern nicht erfüllen, solange wir die Handelshürden nicht überwinden.“

Der japanische Premier sparte seinerseits nicht mit Kritik an der amerikanischen Haushalts- und Zinspolitik; dennoch war auch bei ihm der Wunsch spürbar, Handelsprobleme nicht zur Bremse bedeutender politisch-strategischer Entwicklungen werden zu lassen. Der Goodwill und die betonte Freundschaftlichkeit des Gesprächs in Los Angeles zeigte, daß Japan heute in der Rangfolge amerikanischer Bündnispartner eine Spitzenposition einnimmt. Angesichts der immer unsicherer werdenden innenpolitischen Lage auf den Philippinen ist die strategische Bedeutung der amerikanisch-japanischen Partnerschaft weiter gestiegen.



Hase und Igel auf kambodschanisch: Ik büll all wedder do

KLAUS BÖHLE

Nur ein Waffenstillstand?

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Nachdem sich der Kanzler mit dem DGB-Vorsitzenden Breit Ende November zu einem Arbeitsfrühstück zusammengesetzt hatte, hört er aus dem Gewerkschaftslager nicht mehr so schrille Töne wie zur Zeit des Arbeitskampfes 1984. Helmut Kohl hat auch einiges getan, um das Verhältnis zwischen Regierung und DGB zu entspannen.

Er hat sich nichts vergeben, als er seinen Temperamentsausbruch, die Gewerkschaftsforderung nach Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich sei dumm und töricht – eine in der Sache keineswegs unzutreffende Anmerkung – großmütig zurücknahm, obwohl doch die Arbeitskampfinjurien der DGB-Gewerkschaften noch immer im Raum stehen. Die Beschimpfungen, die „Kumpanei von Kabinett und Kapital“ habe dem Sozialstaat und der Tarifautonomie den Kampf angesagt und sei darauf aus, das Recht auf Arbeit zu beseitigen, sind so wenig verhallt wie die Agitation, die Bundesregierung habe für einen Aufschwung der Unternehmenseinnahmen, Kapitalbesitzer, Großaktionäre und Devisenspekulanten, nicht jedoch für Arbeitnehmer und Arbeitsplätze gesorgt. Der Kanzler scheint's zufrieden zu sein, daß diese Platte nicht neu aufgelegt wird.

Eine grundlegende Wende in den Beziehungen zwischen DGB und Bundesregierung wäre die Voraussetzung für gemeinsame Anstrengungen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Einige Faktoren könnten den Gewerkschaften eine solche Wende durchaus anraten sein lassen.

IG Metall, IG Druck und Papier wie auch der DGB klopfen sich gegenseitig auf die Schultern, den in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland härtesten und schwersten Arbeitskampf durchgestanden zu haben, und das heißt wohl: Die DGB-Gewerkschaften brauchen eine Verschnaufpause, also zumindest einen Waffenstillstand. Ihr Selbstbewußtsein ist insoweit gewachsen, als sie sich zu gute halten, mit den erstreckten Tarifabschlüssen einen Beitrag „aus eigener Kraft“ zur Bewältigung der Beschäftigungskrise geleistet zu haben. Allerdings muß hier das Wort von Ernst Breit aus dem Februar 1984 gelten: „Ich fürchte, einen wirklich überzeugenden Beweis für die Richtigkeit unserer Position werden wir erst im nächsten liefern können, wenn durch die

Arbeitszeitverkürzung nachprüfbar Arbeitsplätze gesichert und geschaffen wurden.“ Die IG Metall ist dabei, Georg Lebers Tarifkomproß in den Betrieben zu einer kollektiven Einheitsverkürzung der Wochenarbeitszeit plattzuwalzen. Frühestens Ende dieses Jahres wird man sehen, was der sture Kampf der IG Metall gegen flexible Regelungen der Arbeitszeit den Arbeitslosen hilft. Mayr und Steinkühler werden den von Breit versprochenen Beweis anzutreten haben.

Ohschon dem DGB Ruhe nach dem Sturm erwünscht zu sein scheint, steht völlig dahin, ob Regierung und Gewerkschaften zu gemeinsamen Positionen im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit finden werden. Obgleich steht die IG Druck und Papier – von Graf Lambsdorff im Bundestag als „marxistische Kaderorganisation“ bezeichnet – alles „politisch“, weil die Frage der Arbeitszeitverkürzung über die Tarifpolitik hinaus „gesellschaftspolitische Dimensionen“ hat und weiterhin hat (Ferlemann). Bedarf es der Erinnerung an das Wort Steinkühlers, Verkürzung der Wochenarbeitszeit sei ein Vehikel zur Veränderung der gesamten Machtverhältnisse? Bedarf es einer Erinnerung an Manfred Beltz Rübelmann, der namens der Druck-Arbeitgeber erklärte, die Gewerkschaft wolle die Funktionen des Unternehmers auf kollektive Gremien übertragen? Das alles wird Urständ feiern, sobald der DGB zur zweiten Runde der Arbeitszeitverkürzung läßt, und das kommt so sicher wie das Amen in der Kirche.



Schon jetzt gehen Gedanken über 1987 um: Breit

FOTO: RICHARD SCHULZE-VORBERG

der Kirche. Im sachlichen Kern sind also die Gegensätze zwischen Bundesregierung und DGB unverändert. Sie bestanden schon zwischen dem DGB und der Regierung Schmidt. Im Februar 1984 schrieb Breit, bereits die sozial-liberale Koalition sei auf einen restriktiven Kurs zur Konsolidierung des Haushalts eingeschwenkt, die „Mißbrauchsdiskussion, dieser beschämende Versuch, aus Opfern Schuldige zu machen“, sei in vollem Gange und der „Abbau von Sozialleistungen“ vorprogrammiert gewesen. Diese Kausaltheorie haben die Gewerkschaften inzwischen vorsätzlich verdrängt. Um so weniger sind sie für den Gedanken empfänglich, daß es von politischem Unverständnis zeugt, von der Regierung Kohl Beschäftigungsprogramme in Milliardenhöhe zu erwarten, die schon der Sozialdemokrat Helmut Schmidt als nutzlos beurteilt hat.

Um so besser erinnern sich die in der SPD organisierten Gewerkschafter jener Seelennot, als sie zur Zeit des Kanzlers Schmidt wählen mußten zwischen der eigenen Identität und der Loyalität zu ihrer angestammten Partei. Noch heute Helmut Kohl den Kanzler Schmidt abgelöst hätte, waren diese Gewerkschafter in Scharen zur Überzeugung gekommen, wegen des historischen Verhältnisses zwischen Gewerkschaften und traditioneller Arbeiterpartei sei es besser, wenn die SPD in die Opposition gehe. Die Schwären dieser Gewissenswunde mögen getrocknet sein, sie schmerzen aber immer noch. Um so glücklicher sind die sozialdemokratischen Gewerkschafter, mit der SPD in gemeinsamer Opposition zum Unionskanzler wieder Schulter an Schulter stehen zu können. Gemeinsam posieren sie ihre Choräle von der „neuen Armut“ und von dem Land, in dem „die Reichen reicher und die Armen armer werden“. So lange das so bleibt, ist schwer zu erkennen, wie der DGB sich mit der Regierung Kohl arrangieren könnte.

Also Waffenstillstand und nicht mehr? Schon jetzt denken die Unentwegten im DGB an das Jahr 1987, wenn die mit Streik durchgesetzten Tarifverträge auslaufen. Sie stellen die Frage, ob die Gewerkschaftsbewegung dann willens und in der Lage sein werde, die „notwendige zweite Etappe zur Arbeitszeitverkürzung“ durchzusetzen. 1987 ist Bundestagswahl.

IM GESPRÄCH Jim McLay

Den Verlierer verdrängt

Von Manfred Neuber

Nach ihrer Wahlniederlage im Sommer hat die konservative Nationalpartei in Neuseeland den früheren Ministerpräsidenten Robert Muldoon (63) von ihrer Spitze verdrängt und den politischen Senkrechtstar Jim McLay (39) zum Oppositionsführer gewählt. Er ist der Jüngste, den es auf diesem Posten in Wellington je gab.

Bei Neuwahlen in spätestens zweieinhalb Jahren werden dem ehrgeizigen McLay gute Chancen eingeräumt, weil er verbindlicher als der rauhe Sir Robert auftritt und somit breite Wählerschichten, vor allem die Jungwähler, für die Nationalpartei zurückgewinnen kann. Seit Juni regiert der Labour-Premier David Lange.

McLay gewann die Abstimmung in der Parlamentsfraktion seiner Partei im ersten Wahlgang. Vergeblich hatte Muldoon sich darum bemüht, eine Entscheidung bis ins nächste Jahr zu verlagern, um sich zwischenzeitlich von seiner Wahlschlappe zu erholen. Sein Stellvertreter in der Fraktionsführung drängte nach vorn und erreichte sein Ziel.

„Ich stehe seit zehn Jahren in der Politik, und ich bin sicher, daß ich die neue Aufgabe gut erfüllen kann“, sagte der neue Oppositionschef. Er kam aus einem Wahlkreis in Auckland ins Repräsentantenhaus und war schon Generalstaatsanwalt zu Zeiten einer konservativen Regierung.

Vorher praktizierte McLay als Anwalt bei Gericht. Während seines Studiums gründete er den National Party Club an der Universität Auckland. Von dort arbeitete er sich auf der politischen Karriereleiter nach oben. Er gilt als liberaler Kopf und geschickter Redner.

Als es 1980 eine erfolglose „Palast-Revolution“ in der Nationalpartei gegen Premier Robert Muldoon gab, gehörte McLay zu den Anführern. Sir



Neuseelands bisher jüngster Oppositionsführer: McLay

FOTO: NPS

Robert tat die ganze Affäre als eine Indiskretion ab. Er konnte sich nicht dagegen sperren, daß McLay zu Beginn dieses Jahres zu seinem „zweiten Mann“ in der Parteiführung bestimmt wurde.

Von McLay heißt es, er stehe für die alten Ideale der Nationalpartei und könne sie im Fernsehen überzeugend vermitteln. Ihm wird auch großes Geschick dabei nachgesagt, unterschiedliche Meinungen in einen Konsensus überzuleiten. „Die Nationalpartei hat ihre Reihen wieder geschlossen“, konnte er vor dem Parlament versichern.

Sir Robert, der sich grollend auf die Hinterbänke zurückzog, hatte die neuseeländischen Konservativen seit 1974 geführt und seit 1975 bis zum vergangenen Juni als Premier regiert. Sein populistischer Stil stieß viele Landsleute vor den Kopf; seine mit dirigistischen Zügen durchsetzte Wirtschaftspolitik verärgerte manche Stammwähler der Nationalpartei. Die Person des neuen Oppositionsführers in Wellington soll dazu beitragen, daß die Labour-Regierung eine Wahlperiode nicht überdauert.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUE RUHR ZEITUNG

Die Ruhrzeitung meint zu den „DDR“-Flüchtlings:

Straffreiheit ist ihnen zugesagt worden – die Freiheit nicht. Straffrei, was heißt das schon? Es gilt sehr subtile Arten zu strafen. Wie werden sie behandelt werden von jenem Staat, dem sie die Gefolgschaft aufgekündigt haben und der doch seinen Herrschaftsanspruch über sie durchgesetzt hat? ... So wird Bonn aus Rücksichtnahme auf diplomatische Regeln, auf das deutsch-deutsche Verhältnis im allgemeinen und auf die real existierenden Machtverhältnisse in besonderen gezwungen, durch aktive Tatlosigkeit Beihilfe zu leisten beim Verstoß gegen die Schlußakte von Helsinki. In der wird die Freizügigkeit der Bürger eines jeden Landes zugesichert.

MÜNSTERSCHE ZEITUNG

Auch die geht auf die Rückkehr von Frager-Dollarschuldigkeiten ein:

Schon Lenin verstand Freiheit als „Einsicht in die Notwendigkeit“. Bittere Ironie: Gerade solch marxistisch-leninistische Erkenntnis mußten sich die 17 Flüchtlinge zu eigen machen, die sich jetzt „aus freier Entscheidung“ (wie in Bonn betont wird) zur Rückkehr in das ungeliebte sozialistische Vaterland DDR entschlossen.

Frankfurter Rundschau

Sie schreibt dem öffentlich-rechtlichen Fernsehen einiges ins Stammbuch:

Nun kann man von Teilen der Programme von ARD und ZDF mit Sicherheit sagen, daß sie gelegentlich wie mannsbohe, ausgestreckte Zeigefinger zu uns ins Wohnzimmer kommen. Man kann auch sagen, daß ei-

nige sozialdemokratische Verteidiger der bestehenden Fernsehordnung vor allem deshalb keine Änderungen wollten, weil sie schon heute fast davon überzeugt sind, bei den „Privaten“ schlechter wegzukommen.

BADISCHE ZEITUNG

Das Freiburger Blatt kommentiert den Winter:

Schnee ist aus allen Wolken fallender Niederschlag aus Eiskristallen. Es gibt ihn neu und alt, als Pulver, Papp, Harsch und Firn. Vor allem aber gibt es ihn als ersten Schnee im Winter. Und wenn der Anfang Januar, wie es sich gehört, vom Himmel rieselt, geht ein Ächzen durch deutsche Lande. ... Die dramatische Sensibilisierung eines mittel-europäischen Volkes durch das Phänomen winterlich bedingten Niederschlags – das Buch wäre im Ausland sofort vergriffen.

LE QUOTIDIEN DE PARIS

Die Pariser Zeitung ist besorgt wegen des Dollars:

Der Dollaranstieg lautet für Frankreich die Stunde der Wahrheit ein. Der Dollar kommt Frankreich nicht deshalb teuer, weil er so fest ist, sondern aufgrund der Unfähigkeit des Landes, mit dieser Festigkeit fertig zu werden. Die Kosten lasten auf zwei Ebenen. Zuerst belasten sie die Handelsbilanz, da wir (die Franzosen) mehr in Dollar ein- als ausführen. Andererseits lastet er vor allem auf unseren Auslandsschulden, die von Tag zu Tag teurer werden und die eine verstärkte Anstrengung erfordern. Mit der massiven Verschuldung von 1981 und 1982 hat die Regierung die Gefahr eines Zeitwandels auf sich genommen, der 1985 oder 1986 zur Explosion führen kann.

Der Anfang vom Ende der Interkontinentalraketen

Wie „Kwaj“ die Sowjets nach Genf treibt / Von Adalbert Bärwolf

Die kalifornischen Raketeningenieure nennen es einfach in ihrem Jargon Kwaj. Kwaj, das ist die Abkürzung für ein von der kalifornischen Küste genau 4800 Meilen entferntes halbmondförmiges Inselchen im Pazifik, Kwajalein. Dieses Stückchen Land mit Kokospalmen und Raketen war im letzten Sommer die Bühne eines Geschehens, das in seiner vollen Bedeutung von der Weltöffentlichkeit noch nicht erkannt worden ist – das aber eine dicke Geheimmappe auf dem Verhandlungstisch von Genf bei den Gesprächen am Montag füllt.

Als sich am 10. Juni vergangenen Jahres aus einem Silo auf dem Kwajalein-Atoll eine veränderte Interkontinentalrakete von Minuteman-Stufen erhob und wenig später in 100 Kilometer Höhe im Weltraum einen aus Kontinentalamerika heranrasenden Gefechtskopf einer anderen Minuteman-Interkontinentalrakete voll traf und pulverisierte, da stand im selben Augenblick fest: Dies war der Anfang

vom Ende der atomaren Interkontinentalrakete. Der mit einem super-schnellen Miniaturcomputer gekoppelte Infrarotsensor auf der Spitzrakete bewies, daß künftig Interkontinentalraketen auch in der Atmosphäre von Raketen, die durch Infrarotsignale nachgesteuert werden, vernichtet werden können.

Doch mit dieser ersten Demonstration der technologischen Kompetenz der Amerikaner zur Verwirklichung der von Präsident Reagan verfolgten Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) war es noch nicht getan. An jenem 10. Juni 1984 absolvierten sie nämlich unter der Leitung des Chefs der Strategischen Verteidigungsinitiative Reagans, General Abrahamson, auch einen Anti-Satelliten-Test, als die beiden mit zehn Kilometer in der Sekunde aufeinander zurasenden Körper sich trafen. Denn es ist viel schwieriger, einen plötzlich mit siebzehnfacher Schallgeschwindigkeit heranrasenden Gefechtskopf zu erfassen und ohne Sprengmechanismus im Vakuum des Weltraums

voll zu treffen, als einen Satelliten mit der gleichen Technik zu vernichten, dessen Bahn mit astronomischer Regelmäßigkeit um den Erdball führen. Der mit einem Miniaturcomputer gekoppelte Infrarotsensor befindet sich auch in der Spitze der noch ungetesteten Anti-Satellitenwaffe Asat, die von einem bemannten Jäger von den weltweiten amerikanischen Stützpunkten gestartet werden könnte.

Doch auch das ist noch längst nicht alles, was das Ereignis ostwärts von Kwajalein erbrachte: Ein mit einem Miniaturcomputer gekoppelter höchstempfindlicher Infrarotsensor befindet sich auch (Deckname „Talon Gold“) in dem optischen Gerät, das eines Tages in einer Laser-Weltraum-Kampfsituation sowjetische Interkontinentalraketen nach ihrem Start erfassen und verfolgen soll.

Die Demonstration hat denn auch ihre Wirkung nicht verfehlt. Im Kram hat man eingesehen, daß nur der Verhandlungstisch eine Chance bietet, ehe man von den Amerikanern

technologisch ausmanövriert wird. Deswegen kommt Gromyko am Montag nach Genf, wohin er eigentlich nicht mehr kommen wollte.

Die Sowjets, die als einzige Weltmacht operationelle Anti-Satelliten besitzen, wollen einen Bann der Weltraumwaffen erreichen. Die Amerikaner, die noch keine einsatzfähigen Anti-Satelliten-Waffen haben, wollen sich den Weg freihalten, diese technologisch weit überlegenen Waffen im Weltraum zu testen. Ohne einen Anti-Satelliten-Vertrag könnten somit auch die Waffen erprobt werden, die mit Licht schießen und die eines Tages die nuklearen Offensivraketen auf den Schrotthaufen der Waffentechnik befördern werden.

Die Amerikaner gehen nach Meinungsvorschlägen zwischen Verteidigungs- und Außenministerium nicht ohne einen gewissen Widerspruch in ihrem Konzept nach Genf. Sie wollen – und daran ändert auch die jetzt angestrebte Trennung der Gespräche in Offensivwaffen und Defensivwaffen nichts – die Pläne für

ihre strategische Verteidigungsinitiative unbedingt durchsetzen, während sie gleichzeitig diese Waffenzonente auf den Verhandlungstisch legen. Die Amerikaner können einer Vereinbarung von Defensivwaffen aus dem Weltraum unmöglich zustimmen, wenn sie durch eben diese Waffen erreichen wollen, daß Moskaus mächtige Offensivraketen auf dem Schrotthaufen landen und damit der sowjetischen Drohung ein Ende bereitet wird.

Es gibt nur eine einzige Möglichkeit für einen zeitlich begrenzten Bann von Weltraumwaffen: Moskau erhält drei Jahre Zeit, seine 308 schweren Interkontinentalraketen vom Typ SS 18 samt den dazugehörigen 2464 Atomgefechtsköpfen unter internationaler Kontrolle zu verschrotten. Selbstverständlich würden die Amerikaner ihre Superraketen „MX“ nicht bauen. So könnte es, wenn die Sowjets einsichtig genug wären, ihr Drohpotential abzubauen, zu einem ersten „Sieg der Sterne“ kommen.

„Raketenschach“ vor der neuen Verhandlung in Genf

Vor dem am Montag beginnenden neuen Abrüstungsdialog der Weltmächte macht ein Buch über die Rüstungskontrollpolitik der USA Furore. Strobe Talbot's „Raketenschach“ (Verlag Piper) ist eine massive Kritik an der Regierung Reagan; doch hilft es zum Verständnis der Genfer Vorgeschichte wenig weiter. Der folgende Beitrag stammt aus einer amerikanischen Quelle, die aus politischem Grund anonym bleiben muß.

Von XXX

Die Rüstungskontrolle ein Spiel, wie es Buchtitel wie „Deadly Gambit“ – „Raketenschach“ – zu suggerieren scheinen? Schon die Wahl solcher Titel verhandelt den Ernst der Sache. In der Geschichte aller internationalen Beziehungen war das Streben nach einem gerechten und dauernden Frieden stets eine frustrierende und schlecht belohnte Herausforderung für die politischen Führer und Staatsmänner.

Von den ersten Versuchen einer freiwilligen Rüstungsbeschränkung berichtet die Bibel, wenn die Israeliten ermutigt werden, ihre Schwerter zu Pflugscharen umzuschmieden (Jesaja, 24). Als jedoch ihre Sicherheit bedroht wurde, schmiedeten sie ihre Pflugscharen zu Schwertern zurück (Joel, 3:10).

Auch das gegenwärtige Jahrhundert hat gezeigt, wie rasch der hehre Preis des Friedens den verhandelnden Nationen zerrinnen kann. Erst war es die Haager Konferenz von 1899 und dann der Völkerbund, die beim Versuch der Rüstungskontrolle versagten. Die führenden Seemächte einigten sich zwar auf ihrer Washingtoner Konferenz 1922, für die nächsten zehn bis fünfzehn Jahre bestimmte Begrenzungen für ihre Flotten einzuführen. Doch manche Historiker sehen gerade darin einen entscheidenden Faktor bei der Vorbereitung des Zweiten Weltkrieges, weil eine aggressive Seemacht – damals Japan – unilateral aus dem Konsens ausbrach, an den sich die übrigen Unterzeichner gebunden fühlten.

Trotz aller Frustrationen und Fehlschläge dauert die Suche nach dem Gral des Abrüstungsfriedens immer noch an. Die Geschichte erteilt uns selten klare Lektionen, aber dies ist eine: Es gibt keine leichten Lösungen, keine schnellen Antworten auf ein Problem dieser kaum zu fassenden Dimension. Und es handelt sich nicht um ein Spiel auf dem Schachbrett.

In jüngerer Vergangenheit hat die Drohung eines atomaren Kriegs die Suche nach Abrüstung in den Rang eines moralischen Imperativs gehoben.

Vor diesem Hintergrund gelesen, wirkt Strobe Talbot's Buch wie eine große Enttäuschung. Angesprochen ist der ungenau informierte und hintergründliche, und handelt doch die amerikanische Rüstungskontrollpolitik in oberflächlicher und leichtsinniger Manier ab. Fakten, Hörsagen und

Phantasie werden frei kombiniert und größtenteils ohne Belege dargestellt.

Gewiß, dieser Autor und Journalist – er arbeitet bei „Time-Magazine“ – hat seit den frühen 70er Jahren die Geschichte der Abrüstungsverhandlungen zwischen Washington und Moskau verfolgt. Er hat über SALT II ein vorzügliches Buch geschrieben („Endgame“), kennt viele der beteiligten Personen persönlich, auch unter den Verhandlungsdelegationen beider Seiten, und besäße mithin alle Voraussetzungen für ein nützliches und beachtenswertes neues Buchwerk zu dieser brennenden Materie.

Aber wie so viele Tagesautoren, die sich mit Amerika und amerikanischer Politik befassen, krankt auch Talbot an einem beunruhigenden Leiden: dem Ressentiment. Nicht historische Akkuratheit führt ihm die Feder, sondern das Vorurteil, die Voreingenommenheit gegenüber einer bestimmten Administration, hier der Reagan-Administration. Man hat bei „Raketenschach“ den Eindruck, hier habe sich jemand nur eine Plattform schaffen wollen zum Nachweis, daß die Reagan-Regierung gegen Rüstungskontrolle eingestellt sei.

Sehnen nach einem Carl Schurz

Von diesem Standpunkt aus scheint der Autor dann selektiv Material gesammelt zu haben, um seine falsche Hypothese zu stützen. Seine Einstellung deutete sich schon in dem „Raketenschach“ unmittelbar vorausgegangenen Büchlein über „Die Russen und Reagan“ an. Talbot bringt für die nationale Sicherheitspolitik dieser Administration keinerlei Sympathie auf. Es verwundert kaum, daß ein so eingestellter Gegner der Regierung und ihren führenden Vertretern die schlimmsten Motive unterstellt. Wo er ihre politischen Entscheidungen ablehnt, folgert er böhnisch, daß die Regierung schlecht informiert war, daß es ihr an gesundem Urteilsvermögen mangelte und daß sie von absurden politischen Ansichten besessen sei.

Etwas ist faul mit der journalistischen Analyse des heutigen Amerika und seines politischen Willens. Ach, träte doch wieder ein Carl Schurz auf, dieser große, bedeutsame Deutsch-Amerikaner, der politische Führungsqualitäten und journalistisches Niveau zu verbinden wußte. Aus Schurz' Feder besitzen wir klassische Biographien über Henry Clay und Abraham Lincoln, und wie er die „New York Evening Post“ in den frühen 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts redigiert hat, kann noch heute als Vorbild dienen. Im Vergleich dazu verblaßt „Raketenschach“, zumal es zum Höhepunkt des jüngsten Wahlkampfes hin geschrieben und veröffentlicht worden war. Man spürt die Absicht und ist verärgert.

Es geht hier nicht nur um einen Qualitätsvergleich. Angesprochen ist das journalistische Ethos überhaupt. Die Unterhändler der Vereinigten Staaten akzeptieren durchaus die Tatsache, daß sie dem Urteil der Öffentlichkeit unterliegen; sie erwarten



Bis 1983 Partner bei den Abrüstungsverhandlungen in Genf: der Amerikaner Edward Rowley Snodgrass (links) und der Russe Victor Karpov

nicht, daß jedermann ihre Ansichten oder Methoden teilt. Sie erwarten jedoch ein Minimum an Fairness – die Anerkennung, daß sie auf der Basis ihrer Erfahrung die Probleme anders angehen als ein bestimmter Reporter, daß sie der Nation dienen, dem Präsidenten und der Sache des Friedens so ehrlich und effektiv, wie sie es vermögen.

Man kann nur hoffen, daß das, was am Montag in Genf anhebt, der neue amerikanisch-sowjetische Dialog über die Abrüstung, unvoreingenommener Beobachter findet, als es Talbot in diesem Buch ist – und mit ihm viele zeitgenössische Wortschmiede. Wie kann man auf der einen Seite – völlig zutreffend – die Abrüstungsthematik als „das wichtigste Gespräch unserer Zeit“ bezeichnen und dann doch immer wieder bloßes Geschwätz und Washingtoner Omdits als Argumentationshilfe benutzen?

Wenn wenigstens die Fakten stimmten. Es soll hier nur als Beispiel die START-Geschichte gewählt werden. Talbot stellt bereits die Änderungen, die von der amerikanischen Seite zwischen Reagans ersten Vorschlägen (Rede vom 9. Mai 1982) und dem am 7. 7. 1983 in Genf vorgelegten kompletten Vertragsentwurf eingeführt wurden, völlig falsch dar. Er verwechselt sodann diese Änderungen mit den nächsten Modifikationen, die der Präsident im Zusammenhang mit dem „build-down“-Vorschlag – einem genau aufgeschlüsselten Herunterfahren bestehender Raketen je nach Einführung neuer Systeme – in die US-Position einbauen ließ.

Die wahre Geschichte hinter den START-Verhandlungen – die im Gegensatz zu den INF-Gesprächen von großer Beweglichkeit auf beiden Seiten charakterisiert waren – unterschlägt dieses Buch völlig. An keiner Stelle erfährt der Leser etwas von dem realen, wenn auch stillen Fortschritt, den beide Seiten – ich wiederhole: beide Seiten – in Richtung auf eine gerechte und verifizierbare Übereinkunft erzielt haben. Manche Journalisten mögen gute Nachrichten nicht berichten, aber das ist eine andere, sehr ernsthafte Frage über Abrüstungsverhandlungen muß auch ihre positiven Aspekte hervorheben dürfen, oder man versteht sich an der historischen Wahrheit.

Es ist ein Jammer mit diesen sogenannten „Enthüllungsbüchern“ über die amerikanische Politik: Sie unterschlagen vollkommen das Östliche gegenüber, die Sowjetunion. Mr. Tal-

bott weiß seinen Lesern nichts über die sowjetische Verhandlungsführung, die sowjetischen Interna und Intrigen zu erzählen. Wie sollte er auch, bei der russischen Nachrichtenfreiheit? ... Aber diesen Mangel zuzugeben wäre die erste Prämisse der Redlichkeit für ein solches Buch. Das komplette Schweigen über die andere Seite ist in einem solchen Buch ebenso betäubend wie erschreckend.

Hier liegt eine große Lektion für alle Beobachter der Materie vor: Immer betäubt sich der Westen mit der Illusion, als ob die Verhandlungen ganz unter amerikanischen westlichen Teilnehmern stattfänden, als ob die Sowjets nur die Zuhörer spielten. Das führt zu einer permanenten Ungleichgewichtigkeit Kritik der westlichen Position und entläßt die Sowjets allzuleicht – weil über ihre Position leider nur wenig für das Publikum zu erfahren ist – aus dem Ohnfeld der Verantwortlichkeit. So überspringt auch dieser Autor ganz zwangsläufig – aber fatalerweise – das Faktum, daß die Verhandlungen in Genf in eine Sackgasse gerieten, weil die Sowjets sich weigerten, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, nicht, weil die Amerikaner es so wollten.

Hoffnung auf neuen Dialog der Weltmächte

Ehe die START-Verhandlungen gänzlich der Geschichtsklitterung anheimfallen, sei hier, am Vorabend von „Genf II“, noch einmal festgehalten: Im Mai 1982 hat Präsident Reagan die bisher radikalste Reduktion in den Atomarsenalen beider Weltmächte vorgeschlagen: Verminderung aller ballistischen Gefechtsköpfe um ein Drittel. Hinzu kamen Vorschläge zur Reduktion von Mehrfachsprengkopfraketen insgesamt, Reduktion nach atomarem Abwurfgewicht, und Reduktion interkontinentaler Bomber. Dieses waren nicht, wie Talbot schreibt, „Optionen ohne Alternative“.

Als Beweis unserer Beweglichkeit verabschiedete die Regierung der Vereinigten Staaten im Juli 1983 einen Vertragsentwurf, der die drei hauptsächlichsten Bedenken der Sowjets gegen den ursprünglichen US-Vorschlag berücksichtigte. Erstens wurde damit die Forderung nach Reduzierung einsatzbereiter ballistischer Geschosse auf die Zahl von 850 zurückgenommen und die Begrenzung der Anzahl von schweren und

mittelschweren ICBM-Geschossen aufgehoben. Diese Modifikationen widerlegen eindeutig die Behauptung, die Vereinigten Staaten hätten den Sowjets eine Umstrukturierung ihrer Streitkräfte aufgezwungen.

Zweitens versetzte Amerika die ursprünglich geplanten zwei Phasen zu einer Phase. Das bedeutete, daß nicht nur wie unter den Bedingungen der ersten Phase schwere Bomber begrenzt, sondern daß auch Träger Raketen bis zum Inkrafttreten einer Einigung unterhalb des SALT-II-Korbs limitiert waren.

Drittens haben die Vereinigten Staaten ihre Flexibilität dadurch bewiesen, daß sie darauf verzichtet haben, die Sowjets zum Verzicht auf ihren gegenwärtigen ballistischen Vorteil aufzufordern.

Schließlich hielten die USA im Oktober 1983 einen „build-down“ in ihr Programm und boten an, ihre eigenen Vorteile gegen die der Sowjets auszugleichen. Diese „trade-offs“ stellen noch heute eine vernünftige Basis für realen Fortschritt dar. Im Detail haben die Vereinigten Staaten vorgeschlagen, das volle Potential ihrer Träger Raketen im Austausch gegen eine substantielle Reduzierung des sowjetischen Vorteils an ballistischen Geschossen herunterszufahren. Leider lehnten die Sowjets es ab, über ein derartiges „trade-off“ auch nur zu diskutieren. Es war ganz klar, daß sie zu diesem Zeitpunkt nur einen Keil zwischen die Vereinigten Staaten und ihre europäischen Verbündeten treiben wollten.

Vor 136 Jahren schrieb Alexis de Tocqueville – vielleicht in Erinnerung an Jesaja und Joel –, daß Amerika und Rußland auf ganz unterschiedlichen Wegen wandelten: „Der Amerikaner kämpft gegen Hindernisse der Natur; der Russe schlägt sich mit den Menschen. Der erstere geht gegen die Wildnis und die Barbarei an, letzterer gegen die Zivilisation mit all ihren Waffen. Amerikas Eroberungen geschehen durch die Pflugschare, Rußlands durch das Schwert.“

Darüber hinaus prophezeite de Tocqueville, daß Amerika und Rußland nach dem mysteriösen Plan der Vorbestimmung eines Tages das Geschick des Erdalls in ihren Händen halten werden. Ohne unsere Erwartungen zu hoch zu schrauben, haben wir trotzdem Grund zu der Hoffnung, daß die Konferenz von Außenminister Shultz und seinem Kollegen Gromyko in den nächsten Tagen die Aussicht auf einen gerechten und dauerhaften Frieden erhöht und das Risiko eines nuklearen Kriegs mindert.

Mit Bomben kämpft die „Armee Gottes“ gegen Abtreibungen

Im vergangenen Jahr waren in den USA 24 Abtreibungskliniken Ziel von Bombenanschlägen. Und der Terror dauert an. Organisationen wie „Save a Baby“ oder „Birthright“ heizen die Diskussion an, wehren sich aber dagegen, mit den Anschlägen irgendwas zu tun zu haben.

Von FRITZ WIRTH

Das neue Jahr war noch keine 20 Minuten alt, als eine Explosion die Mauern einer Klinik in der Pennsylvania Avenue in Washington zerriss. Zwei Stunden später war Bürgermeister Marion Barry auf der Szene und sagte sehr deutlich, was er von diesem Attentat hält: „Dies ist blanke Terror. Heute war es eine Klinik, morgen wird es ein Wohnhaus, eine Synagoge, eine Kirche sein.“

Der Bürgermeister hat guten Grund zur Sorge. Eine Woche zuvor, am Heiligen Abend, als die Welt die Geburt Christi feierte, explodierte eine Bombe im Büro für Familienplanung in Washington. Einen Tag später wurden drei Kliniken in Pensacola in Florida durch Bombenexplosionen schwer beschädigt.

Das Ziel der Bomben und der Zeitpunkt der Explosionen waren kein Zufall. Hier wurden Gebäude attackiert, in denen die Geburt von Kindern verhindert wird. Es sind Abtreibungskliniken und Büros von Organisationen, die die Schwangerschaftsunterbrechung befürworten.

Seit dem Jahre 1982 sind in den Vereinigten Staaten 29 Abtreibungskliniken durch Bombenanschläge teilweise zerstört worden, davon allein 24 im letzten Jahr. Menschen wurden bei diesen Anschlägen noch nicht verletzt. Zwölf Personen wurden verhaftet, die beiden letzten am Dienstag dieser Woche. Sie gestanden die Anschläge in Pensacola. Sie hätten auf Befehl Gottes gehandelt, erklärten sie. Bei anderen Anschlägen gab es Anrufe, in denen sich Mitglieder der „Armee Gottes“ zu den Attentaten bekannten.

Die Anschläge zeigen: Die Abtreibungsdebatte in den USA hat neue Dimensionen erhalten. Die Argumente sind stumpf und verbraucht, schreie und unkontrollierte Emotionen werden zum Tatmotiv. Gewalt gegen unbewegliche Kinder wird mit Gewalt gegen Sachen gerichtet. Eine Reihe der bedrohten Kliniken ist in Festungen verwandelt worden. Zahlreiche Institute haben Wachposten engagiert, veranstalten in regelmäßigen Abständen Evakuierungsübungen und haben ihr Personal unterwiesen, wie man Post öffnet, ohne eine Bombenbombe zu zünden.

Die Bombenleger haben das nicht abschrecken können. Sie betrachten diese Kliniken als „staatlich geduldeten Mordanstalten“ und haben ihre gewalttätigen Aktivitäten im letzten Jahr von Monat zu Monat verschärft.

Schwangerschaftsunterbrechung ist seit dem Jahr 1973 in den Vereinigten Staaten legal. Nach Angaben des „Alan Guttmacher Instituts“ werden seitdem in den USA täglich durchschnittlich 4000 legale Abtreibungen vollzogen, jährlich insgesamt 1,5 Millionen. Ein Drittel der Patienten in diesen Kliniken sind Mädchen unter 19 Jahren.

Vor dem Hintergrund dieser Attentate haben sich die verbalen Auseinandersetzungen zwischen Gegnern und Befürwortern der Schwangerschaftsunterbrechung auf oft böse und irrationale Weise verschärft. So war denn auch Bürgermeister Barry nach dem letzten Washingtoner Anschlag in der Wahl seiner Worte und Vergleiche nicht zimperlich. „Dieser Terrorismus ist so schlimm wie der Terrorismus der Nazis gegen die Juden, wie die Morde des Ku Klux Klan und wie der Bombenanschlag auf unsere Botschaft in Beirut“, erheizte die Debatte an, indem er Namen nannte: „Die Jerry Falwells dieser Welt sollten nicht zögern, diese Art von Terror zu verurteilen.“

Jerry Falwell ist das Haupt der „Moral Majority“, der vor drei Jahren in seinem Kampf gegen die Abtrei-

bung die „Save a Baby“-Organisation gründete, die heute bereits in den USA 191 Zweigstellen unterhält. Ihr zur Seite steht die Organisation „Birthright“ mit 497 Büros in den USA. Insgesamt gibt es heute in den Vereinigten Staaten 1400 solcher Büros, die gegen die Abtreibung kämpfen und werdende Mütter, die eine Schwangerschaftsunterbrechung erwägen, ermuntern, ihre Kinder auszutragen und später zur Adoption freizugeben.

So mächtig diese Anti-Abortion-Lobby ist, die immerhin Präsident Reagan zu ihren Befürwortern zählen kann, sie scheiterte bisher bei ihrem Bemühen, eine Verfassungsänderung durchzusetzen, die die Schwangerschaftsunterbrechung illegal macht.

Seit dem Beginn der Terroranschläge gegen Abtreibungskliniken hält sich unter den „Abortionists“ der Verdacht, daß hier einige dieser Organisationen ihre Hand mit im Spiel haben. Und deshalb beharrte Bürgermeister Barry denn auch so sehr darauf, daß Jerry Falwell sich öffentlich von diesen Anschlägen distanzierte: „Ich möchte, daß er sich nicht damit begnügt, diese Bombenleger „Kriminelle“ zu nennen, sondern sie als „Terroristen“ beim Namen nennt.“

Falwell tat ihm den Gefallen. „Es ist unter der Würde eines Bürgermeisters, auch nur den Verdacht zu wecken, daß ich derartige Anschläge billigen könnte“, sagte Falwell zornig. „Ich habe diese Anschläge in der Ver-



An der Spitze der Abtreibungsgegner: Jerry Falwell

gangenheit oft als Terror bezeichnet. Zugleich aber fügte er hinzu: „Wir sollten jedoch nicht vergessen, was hinter jenen Mauern geschieht, nämlich der Mord an 1,5 Millionen Babys. Ich zögere deshalb auch nicht, jenes rückwärtslose Gesetz zu verurteilen, das dies möglich macht.“

Der freizügige Gebrauch des Wortes Terror in dieser Debatte hat gute Gründe. Die Lobby der „Abortionists“ möchte damit Reaktionen der Regierung provozieren, die nach ihrer Meinung den Terrorakt zu passiv gegenüberstehen. Vor allem aber möchte sie erreichen, daß die Welle von Bombenanschlägen von der Reagan-Administration als ein nationales Sicherheitsproblem betrachtet und in die Hände des FBI übergeben wird. Lane Bonner, der Sprecher des FBI, erklärte: „Diese Attentate fallen nicht in unseren Bereich, solange Beweise fehlen, daß es sich hier um eine Verschwörung handelt.“ Statt dessen liegt die Untersuchung dieser Anschläge in Händen des Schatzamtes, Abteilung für Alkohol, Tabak und Waffen.

Die Ärzte und Besitzer der Abtreibungsinstitute sind der Meinung, daß die Regierung nicht genug tut, sie zu schützen. „Wir sind legale, von der Regierung geprüfte Kliniken“, sagte Joanne Cannon, deren Klinik am Neujahrsmorgen um 0,20 Uhr bombardiert wurde. „Wir leben seit Monaten mit Haßbriefen und Demonstrationen vor unserem Haus. Es geht nicht an, daß die Argumente für und gegen die Schwangerschaftsunterbrechung nun mit der Waffe geführt werden.“

Ihr Notruf dürfte ungehört bleiben. Gestern ging bei der „Washington Times“ ein Anruf ein: „Die nächste Bombe wird irgendwo in Ohio explodieren.“

Wie Scargill sich die Revolution in England wünscht

Von CLAUD GEISMAR

Das hinterste innenpolitische Kapitel des Jahres 1984 wird in Großbritannien auch 1985 Schlagzeilen machen. Der Bergarbeiterstreik geht weiter. Pünktlich zum Jahresanfang stand Bergarbeiterführer Arthur Scargill in Doncaster für den Streikpostenkette vor einem E-Werk und erklärte: „Wir stehen 1985 hier mit der gleichen Entschlossenheit wie im März 1984. Der einzige Unterschied ist, daß wir jetzt noch mehr als damals von unserem Sieg überzeugt sind.“

Scargills Erklärung folgte der Mitteilung von Energieminister Peter Walker, daß die Bevölkerung auch 1985 keine Stromsperrungen zu fürchten braucht. Obwohl rund 120 000 Bergarbeiter weiter streiken, fördern über 60 000 arbeitende Kumpel inzwi-

schen wieder 600 000 Tonnen Kohle pro Woche. In den E-Werken wird außerdem zusätzlich Öl verfeuert, damit die Kohlehalde nicht zu sehr abschmelzen.

Wer in England immer noch daran zweifelt, was Arthur Scargill auch will, hatte in der Weihnachts- und Neujahrspause Gelegenheit ein kleines, rotes Buch zu lesen. Der Politologe und Journalist Nicholas Hagger hat sich die Mühe gemacht, Zitate aus den Reden und Interviews von Arthur Scargill zusammenzustellen. Unter dem Titel „Scargill, der Stalinist“ will der Autor zeigen, daß Scargill nicht nur für ein Streikergebnis kämpft, sondern auch die Revolution will.

Schon 1955 hatte der damalige Jungkommunist angekündigt: „Eines Tages wird es eine Revolution in

diesem Lande geben.“ Daß sich Scargills Ziele in den folgenden 30 Jahren nicht geändert haben, beweist ein Zitat aus dem Jahre 1978: „Ich will in England alles verstaatlichen.“ Im selben Atemzug hatte Scargill erklärt: „Wir wollten schon 1972 mit unserem Streik die Wirtschaft der Nation paralysieren, weil wir einen Klassenkampf führen.“

Dementsprechend kam Scargill 1983 bei einer Rede in der Schweiz zu dem Schluss: „Der Kapitalismus ist ein obszönes System, das gestürzt werden muß, bevor es sich zu einer faschistischen Diktatur entwickelt.“

Von welcher Grundeinstellung diese Haltung geprägt ist, zeigt ein anderes Zitat: „Ich bin gegen (die polnische Gewerkschaft) „Solidarität“, weil es sich um eine anti-sozialistische Organisation handelt, die el-

nen sozialistischen Staat stürzen will.“ Bei einem dritten Aufenthalt in Moskau hatte Scargill vorher im August 1983 erklärt: „Ich beteilige mich nicht an Angriffen auf die Sowjetunion, die ein sozialistisches System etabliert hat und die die Lebensqualität für ihre Völker verbessern will.“

Großbritanniens Öffentlichkeit ist daher nicht mehr überrascht, wenn feststellt, die Roten stecken nicht mehr unter den Betten. Sie sind auf unseren Fernsehschirmen oder im Radio. Sie stehen mit auf den Parteibühnen von Labour und dominieren im Gewerkschaftsdiskurs.

Die „Times“ faßte ihren Kommentar zu Scargills Zitate unter einer Überschrift zusammen, die wie ein böses Omen für das ganze Jahr 1985 klingt: „We have been warned“ – wir sind gewarnt worden. (SAD)

atlas
hotel sonnenhof
bodenmais

Rechenbühlweg 8-10
D-8373 Bodenmais
Telefon 099 21 73 41, 77 10, <170>

Ein Angebot, auf das Sie über kurz oder lang zurückkommen.

Wir bieten Ihnen Skilanglauf – so lang Sie möchten. In Bodenmais im Bayerischen Wald oder in Sasbachwalden im Schwarzwald. Langlaufloipen direkt ab Hotel. Sie können Ihren Langlauf nach eigenem Programm gestalten oder gleich einen Intensiv-Kurs mit geschulter Führung buchen.

Wenn Sie erst nur einmal probieren möchten, können Sie bei uns eine komplette Ausrüstung leihen.
Langlauf-Packerl
7 Übernachtungen im Doppelzimmer, in Bodenmais Zweibettzimmer, inkl. Halbpension, Langlauf-Spezialkurs für Anfänger und Fortgeschrittene.

5 Tage à 2,5 Std. (Mo.-Fr.), Technischschulung, Alpin-Schulung mit Langlaufski, Abschlussskirennen mit Siegerehrung.
Bodenmais 27,1.85 bis 17,3.85
Sasbachwalden 6.1.85 bis 31.3.85
588,- DM

atlas
hotel forstthof
sasbachwalden

Brandrüttel 26
D-7595 Sasbachwalden
Telefon 0 78 41/64 40

Was machen Sie dann?
Ich hab' gehört, auf der Strecke kommt ein schwieriger Anstieg.

Coupon
Bitte schicken Sie mir weitere atlas-Informationen über
☐ Bodenmais ☐ Langlauf-
☐ Sasbachwalden ☐ Prospekt
☐ Heidelberg
☐ Weil am Rhein (Brüff, August 1985)

Name _____
Str./Nr. _____
PLZ/Ort _____
Schicken Sie dieses Coupon an: atlas hotel AG senden, Ernst-Reuter-Platz 3-5, D-1000 Berlin 10, Telefon 0 30 31 12 50 03

Zwischenbericht über Vorwürfe gegen Leinen

HEINZ HECK, Bonn

Voraussichtlich bis Ende nächster Woche wird der Bundesrechnungshof einen Zwischenbericht über Abrechnungspraktiken des Vorsitzenden des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU), Jo Leinen, geben. Der Haushaltsausschuß des Deutschen Bundestages wird sich gleich in der ersten Sitzungswoche im neuen Jahr (14. bis 18. Januar) mit dem Bericht befassen. Auf Antrag der Unionsfraktion im Haushaltsausschuß vom 5. Dezember hat der Rechnungshof zu prüfen, ob der BBU und Jo Leinen öffentliche Mittel aus dem Forschungsetat korrekt abgerechnet haben.

Ein Sprecher der Frankfurter Prüfungsbehörde erklärte gestern auf Anfrage der WELT, daß „bisher keine abschließenden Erkenntnisse“ vorliegen. Man sei bemüht, die Terminvorstellungen des Haushaltsausschusses gerecht zu werden. Ob das gelinge, könne im Moment nicht gesagt werden. Ergänzend ist zu erfahren, daß eine Kontrolle der Abrechnungunterlagen bei Jo Leinen bisher unmöglich sei, da dieser erkläre, daß er sich in Urlaub befinde.

Bereits in der Ausschusssitzung am 5. Dezember hatte der Parlamentarische Staatssekretär beim Forschungsmittel, Albert Probst (CSU), ausführlich über die bisherigen Bemühungen der neuen Leitung berichtet. Belege und Abrechnungen in Ordnung zu bringen. Probst' Bericht macht deutlich, daß das Finanzgebaren Jo Leinens Anlaß zu zahlreichen Beanstandungen gab. So hatte die Arbeitsgemeinschaft Ökologischer Forschungsinstitute (AGÖV), vertreten durch Leinen, für einen Kohlekongreß im August 1981 25 050 Mark beantragt und im November 1981 25 000 Mark erhalten. Im Juli 1982 erhielt das Ministerium eine Schlussrechnung ohne Belege über 21 220,10 Mark. Der überzahlte Betrag von knapp 3800 Mark sei trotz zahlreicher Mahnungen erst im März 1983 überwiesen worden. Belege wurden dagegen nur über knapp 17 000 Mark erbracht. Die dadurch erforderliche Rückzahlung von knapp 4500 Mark wurde bis zum November 1984 mehrere Male ange-mahnt. Am 20. November 1984 seien Belege über 4132,97 Mark nachgereicht worden. Der verbleibende Restbetrag war bis zur Sitzung am 5. Dezember nicht eingegangen.

„So etwas kommt vor in Großunternehmen“

G+J-Chef Schulte-Hillen und die „Hitler-Tagebücher“

UWE BAHNSEN, Hamburg

Eine streckenweise sehr schweren Stand hatte gestern der Vorstandsvorsitzende des Hamburger Verlagshauses Gruner + Jahr, Gerd Schulte-Hillen (44), im Betrugsprozeß um die gefälschten Hitler-Tagebücher. Als Zeuge gab der Topmanager eine Darstellung der Ereignisse in dem von ihm geführten Unternehmen, die zu dem Fazit zwang: Die mit dem Projekt Hitler-Tagebücher befaßten G+J-Verlagsobere und „Stern“-Redakteure entschlossen sich zur Veröffentlichung des von dem damaligen Reporter Gerd Heide-mann beschafften Materials und leiteten auch Lizenzverhandlungen mit ausländischen Verlagshäusern in die Wege, obwohl die Rechtslage nicht eindeutig klar war und Zweifel an der Echtheit der Tagebücher nicht mit der erforderlichen Sorgfalt ausgeräumt waren.

Schulte-Hillen schilderte dem Gericht, wie er nach der Übernahme seines Amtes, das er am 1. Juli 1981 angetreten hatte, am 6. August 1981 ohne Bedenken eine erste Zahlungsfreigabe in dieser Sache über eine Million Mark unterzeichnete. „Ich erhielt einen Vermerk. Betrifft Heide-mann, Vorgang ist im Büro Schulte-Hillen bekannt. Nach der Zeichnungsregelung bei uns im Hause sind Zahlungsfreigaben ab 500 000 Mark dem Vorstandsvorsitzenden vorbehalten, und so war die Sache bei mir gelandet. Ich fragte meinen Vorstandskollegen Dr. Hensmann: „Was ist das hier? Kann ich das unterschreiben?“ Hensmann entgegnete: „Das hat Dr. Fischer Ihnen doch erzählt. Das ist die Sache mit den Hitler-Tagebüchern. Meines Erachtens können Sie unterschreiben.“

„Es war ein Fehler“

Diese und weitere Zahlungsfreigaben unterschrieb Schulte-Hillen in der Gewißheit, sich „auf diejenigen verlassen zu können, die von Anfang an in die Sache eingeschaltet waren. Für mich war das eine laufende Geschichte, die geprüft war, und daher habe ich ohne erneutes Nachhaken unterschrieben. Heute weiß ich, daß das ein Fehler war.“ Um die Details habe er sich nicht gekümmert, und das sei auch nicht seine Aufgabe als

Vorstandsvorsitzender gewesen: „Wir hatten auch noch andere Probleme.“

Die Folge war, daß der Topmanager Schulte-Hillen sich viele Monate hindurch wenn, dann nur am Rande zum Beispiel um die Frage kümmerte, ob das Haus Gruner + Jahr für den „Stern“ eigentlich zweifelsfrei die Rechte zur Veröffentlichung der Hitler-Tagebücher erworben hatte. Der Vorsitzende, Hans-Ulrich Schröder, hielt dem Zeugen Schulte-Hillen dazu vor: „Es ging ja um Material, das – wenn die Fundgeschichte zutrifft – unterschlagen oder gestohlen worden war. Was hatten Sie denn nun juristisch in der Hand?“

„Etwas überraschend“

„Die Entscheidung, zu kaufen, fiel vor meiner Zeit. Ich war der Meinung, daß alles rechtens und in Ordnung war. Im Frühjahr 1983, vor meinem Urlaubsantritt, ließ ich mich noch einmal über die Copyright-Situation informieren und stellte nun fest, daß diese Frage alles andere als geklärt war. Daraufhin gab ich der Rechtsabteilung den Auftrag, dieses Thema unverzüglich voranzutreiben.“ Doch schon vorher, am 10. Januar 1983, bat Gerd Schulte-Hillen mit seinem Vorstandskollegen Hensmann und dem stellvertretenden „Stern“-Verlagsleiter Wilfried Sorge in New York mit dem Chef des zur Bertelsmann-Gruppe gehörenden Verlagshauses Bantam Books über Lizenzen verhandelt.

Der Vorsitzende fand diese Vorgehensweise der G+J-Spitze sonderbar: „Es ist etwas überraschend – da reist der stellvertretende Verlagsleiter Herr Sorge zu Lizenzverhandlungen in der Weltgeschichte herum, und die Frage der Rechte war nicht geklärt.“

Schulte-Hillen: „Das ist eindeutig ein Versäumnis gewesen. Aber so etwas kommt vor in Großunternehmen.“ Ähnliche Versäumnisse unterliefen der Verlagsspitze und der „Stern“-Redaktion, als Fragen, die sich im Hinblick auf die Echtheit des Materials aus den vorliegenden Gutachten ergaben, nicht mit der erforderlichen Sorgfalt und dem notwendigen Nachdruck vor der Präsentation der Tagebücher in der Öffentlichkeit und den Angeboten an potentielle Lizenznehmer geklärt wurden.



Vom Spott gezeichnet: Klaus Böhle wird 60

Er ist ein freundlicher Mensch. Aber das, was er tut, ist so manchem nicht die reine Freude. Klaus Böhle ist nämlich Karikaturist. Seit 1963 zeichnet er als Nachfolger von Wolfgang Hicks regelmäßig für die WELT. So protestierte Ost-Berlins ständiger Vertreter in Bonn, Molt, im April 1983 höchst offiziell im Kanzleramt gegen eine Böhle-Karikatur, die es angeblich an dem rechten Respekt vor dem Partei- und Staatsratsvorsitzenden der „DDR“ fehlen ließ. Aber Böhle kann das nicht abschrecken. Letzten Juli

ließ er ihn z. B. als Protagonisten der „Menschlichen Erleichterungen“ über eine vergoldete Brücke schreiten (unser Bild). Klaus Böhle – wer ihn sieht, mag da Zweifel anmelden – wird heute 60 Jahre alt. Er hat das Schicksal seiner Generation weidlich geteilt: Krieg, Kriegsgefangenschaft, danach Studium. Dann hat er für alle möglichen Zeitungen gezeichnet, hat Fernsehen und viel Werbung gemacht. Ihm liegt eben das Komische und das Politische. Kein Wunder also, daß es heißt: Böhle? Karikaturist! mar

1984 kamen 36 000 Aussiedler

AP, Bonn

Mehr als 36 000 Aussiedler aus ost- und südosteuropäischen Staaten sind im Jahre 1984 in der Bundesrepublik aufgenommen worden. Wie das Bundesinnenministerium gestern mitteilte, kamen die meisten aus dem „polnischen Bereich“ (17 455). Es folgen Rumänien (16 563), die Tschechoslowakei (963) und die Sowjetunion (913). Die Bundesregierung zeigt sich nach Angaben eines Sprechers besorgt über den Rückgang der Zahl der Aussiedler aus der UdSSR und Polen seit 1977 bzw. 1984.

Arbeitslosenzahl unter 2 Millionen?

dpa, Bonn

Der wirtschaftspolitische Sprecher der Unionsfraktion, Wissmann, geht davon aus, daß es 1985 – zumindest während einiger Monate – weniger als zwei Millionen Arbeitslose geben wird. In den „Stuttgarter Nachrichten“ erklärte er, wichtig bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit sei eine Konjunkturerholung von zwei bis drei Prozent realem Wachstum, die Stärkung der Eigenkapitalquote der Klein- und Mittelbetriebe sowie die Erhöhung der Anzahl der Neugründungen.

„Totengedenken der ganzen NATO“

dpa, Bonn

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Alfred Dregger hat sich für ein gemeinsames Totengedenken aller Partner der westlichen Allianz zum 40. Jahrestag des Kriegsendes am 8. Mai 1945 ausgesprochen. In der „Esslinger Zeitung“ nannte er als Vorhild die Ehrung der Gefallenen des deutschen und französischen Volkes bei Verdun durch Staatspräsident François Mitterrand und Bundeskanzler Helmut Kohl. Ein solches Totengedenken stünde der Allianz gut an, meinte Dregger.

Angeklagter in Thorn belastet seinen Kollegen

dpa, Thorn

Im Prozeß gegen die vier polnischen Sicherheitsbeamten, die sich vor dem Bezirksgericht in Thorn wegen der Ermordung des Priesters Jerzy Popieluszko verantworten müssen, hat der Angeklagte Waldemar Chmielewski gestern entschieden bestritten, von irgendwelchen Plänen gewußt zu haben, den Geistlichen nicht nur einzuschüchtern, sondern auch zu töten. Gleichzeitig belastete er seinen mitangeklagten Offiziers-Kameraden Leszek Pekala, der vor ihm ausgesagt hatte, Pekala sei häufig selbst initiativ geworden und habe den Haupttäter Grzegorz Piotrowski unfähig beschimpft, als der erste Anschlag der Sicherheitsbeamten auf das Auto von Popieluszko mißlang.

Chmielewski stellte – wie schon vor ihm Pekala – den inzwischen degradierten Hauptmann Piotrowski als Haupttäter dar. Er schilderte, wie die drei Sicherheitsbeamten die Ausrüstung für die „Einschüchterung“ des Priesters kauften, sich auf die Tat vorbereiteten und wie der erste Versuch scheiterte, mit Steinwürfen einen Unfall des Autos von Popieluszko zu verursachen.

Bei der Entführung des Priesters hatte sich Chmielewski als Verkehrspolizist verkleidet, um den Wagen Popieluskos unter dem Vorwand einer Alkoholkontrolle anzuhalten. Von einem Kollegen beschaffte er auch die Handschellen, mit denen der Fahrer des Geistlichen, Waldemar Chrostowski, gefesselt wurde. Später stellte sich heraus, daß die Handschellen angefeilt waren und sich öffneten, als Chrostowski aus dem fahrenden Auto fliehen konnte.

Ob und wie weit höhere Stellen des polnischen Innenministeriums in die Entführungs- und Mordaffäre verwickelt waren, ging auch aus den Aussagen Chmielewskis nicht hervor. Namentlich belastete er lediglich mehrmals den wegen Anstiftung mitangeklagten Oberst Adam Pietruszka.

DIE WELT (USPS 605-590) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 36,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

NEUE ARGUMENTE FÜR EINEN NEUEN ALFA ROMEO.



ALFA 90 DIE AUTOMOBILE KULTUR

Ökonomische und ökologische Aspekte zukunftsweisender Automobiltechnik sind im Alfa 90/2.5 so konsequent verwirklicht worden, daß wir Ihnen gerade beim jetzigen Stand der Umweltdiskussion eine Bekanntschaft mit diesem zukunftsweisenden Fahrzeugkonzept unbedingt empfehlen wollen.

Zum einen brilliert das vitale 2.5 Liter V6 L-Jetronic Triebwerk nicht nur durch faszinierende Kraftentfaltung, sondern auch durch eine beeindruckende, zeitgemäße Wirtschaftlichkeit. Zum anderen sorgt die konsequente Anwendung innovativer Techniken zur Optimierung der Verbrennungsabläufe für eine deutliche Verringerung der Abgasemissionen.

Darüber hinaus läßt sich der Alfa 90/2.5 jederzeit mit einer Katalysatoranlage nachrüsten, sobald Sie die flächendeckende Versorgung mit bleifreiem Benzin als gesichert ansehen.

Sie sehen, daß Sie mit der Entscheidung für einen Alfa 90/2.5 in jedem Fall einen wertvollen Beitrag zur Entlastung unserer Umwelt leisten – ohne auf den Alfa Romeo-typischen Fahrspaß verzichten zu müssen.

Lassen Sie sich bei Ihrem Alfa Romeo-Händler den neuen Alfa 90 vorführen: eine Probefahrt wird Sie restlos überzeugen. Die finanziellen Vorteile bei der Investition in jedes neue Alfa Romeo-Modell übrigens auch:

- So können Sie wählen zwischen:
- einer Finanzierung mit 1,99% effektivem Jahreszins durch die Absatzkreditbank,
- einer Eintauschpreis-Garantie zum DAT/DEKRA Schätzpreis zzgl. 20%,
- und einem äußerst attraktiven Leasingangebot.

Lassen Sie sich ausführlich informieren und nutzen Sie Ihren direkten Draht zu Alfa Romeo: 081 77/80 79 (von 9-17 Uhr). Dort erhalten Sie auch die Anschrift Ihres nächstgelegenen Händlers.

DIE SCHÖNSTE FORM DER TECHNIK

Alfa Romeo



1 Lombard Central

Lombard Central

Angeklagter
Thorn belastet
seinen Kollegen

Harte Urteile gegen Protestanten in Griechenland

idea, Athen/Hannover

Mit „Überraschung und Enttäuschung“ hat die Europäische Evangelische Allianz (EEA) die Verurteilung von drei in Griechenland tätigen protestantischen Missionaren zur Kenntnis genommen. Der 45jährige Vorsitzende des hellenischen Missionsbundes, Pastor Costas Macris, der 39jährige Amerikaner Don Stephens und der 51jährige Brit Alan Williams (die beiden letzteren Mitarbeiter des internationalen Missionswerkes „Jugend mit einer Mission“) waren Ende 1984 vom Athener Landgericht zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil sie vor drei Jahren mit dem damals 13jährigen Konstantinos Kotsopoulos Gespräche über den Glauben geführt hatten. Die Mutter des Jungen hatte daraufhin die Missionare angezeigt. Die Anklage lautete auf „Proselitismus“ - Abwerbung eines Mitglieds der griechisch-orthodoxen Kirche - und „Entführung“ eines Minderjährigen.

Der Präsident der EEA, Pastor Helmut Grundmann (Burgwedel bei Hannover), der an der zehntägigen Verhandlung als Beobachter teilgenommen hatte, zeigte sich besonders überrascht von dem „unerwartet hohen Strafmaß“, einer Verdoppelung gegenüber dem Antrag des Staatsanwaltes. Von einer „Entführung“ habe man nach den Aussagen des Jugendlichen, der Angeklagten und den Verteidigern nicht sprechen können. Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt worden.

Einzelne Mitglieder der Europäischen Evangelischen Allianz, die in ost- und westeuropäischen Staaten vertreten sind, werden - so Grundmann - an nationale Regierungen und internationale Gremien appellieren und sich für die Gewährleistung völliger Religionsfreiheit in Griechenland einsetzen. Dazu müssten die Gesetze aus der Zeit des Diktators Metaxas geändert werden, die seit 1939 der griechisch-orthodoxen Staatskirche eine Vormachtstellung gegenüber anderen christlichen Kirchen einräumen.

Der Ausgang des Prozesses hat nach Grundmanns Ansicht gezeigt, daß „in Griechenland, einem Mitgliedsstaat der Europäischen Gemeinschaft, die Religionsfreiheit und damit die Menschenrechte nicht voll gewahrt sind“.

Der Islam wird zum Instrument der Willkür

Von Achim Remde

Die Darbietungen im Kobar-Gefängnis in Khartum, zu denen das Publikum durch Bekanntmachung in der Presse eingeladen wird, haben ein festes Programm: mit Wochens und freitags Amputationen - der Hand oder des Fußes oder kreuzweise beides -, an anderen Tagen Erhängen, Kreuzigung und Anspießungen.

Letzteres ist nicht nur Strafe für Alkoholkonsum, sondern mehr oder weniger für alles, was im Koran nicht erwähnt ist: Ausstellung von ungedeckten Schenken, Widerstand und Aufwiegelung gegen die Staatsgewalt. Mit Auspeitschung wird auch der bloße Verdacht der Absicht bestraft, unzüchtige Handlungen zu begehen, als Unzucht gilt schon jede Art des Tanzes, an dem Personen beiderlei Geschlechts teilnehmen.

Über all dies wacht die Sittenpolizei, ein paramilitärischer Verband islamischer Freiwilliger, der sich um rechtsstaatliche Grundsätze wenig kümmert. Das Prinzip, daß eine Tat zum Zeitpunkt ihrer Begehung strafbar gewesen sein muß - nulla poena sine lege - ist abgeschafft. Jetzt gilt: „Alles, was unmoralisch ist, ist auch illegal.“ Was unmoralisch ist, entscheiden islamische Richter.

Selbst die Moslembrüder, die Präsident Numeiri zu seinen Verbündeten gemacht hat, beschwerten sich im Geheimen über seine Unkenntnis des Islam, verglichen sein Regime mit Willkürherrschaft. Numeiri seinerseits redet von ihnen als Agenten des Auslands, Verrätern und Heuchlern und deutet an, daß er „Material“ gegen sie in der Hand habe. Die traditionellen Verbündeten im Ausland - Ägypten, die Golfstaaten und vor allem die USA, die in Sudan ein Bollwerk gegen den Kommunismus und einen wichtigen Stützpunkt zwischen Libyen und Äthiopien sahen - sind zunehmend auf Distanz gegangen.

Vergeblich hat Numeiri in Geheimkontakten versucht, sein Verhältnis zu den feindlichen Nachbarn Libyen und Äthiopien zu normalisieren. Sein Angebot, der eritreischen

Separatistenbewegung, die Mengistu schwer zu schaffen macht, die Stützpunkte zu entziehen, wenn dieser seinerseits der südsudanesischen Befreiungsfront des John Garang die Basis entziehe, wurde ausgeschlagen.

Abgesehen von den Moslembrüdern stehen innenpolitische Gruppierungen, vor allem die einflussreichen religiösen Bewegungen der Ansar und Khatmia, in Opposition zu Numeiri. Sie haben sich zu einer „Front der Nationalen Rettung“ vereinigt, die das „pseudo-islamische“ System Numeiris abschaffen, aber bei einer Verfassung bleiben will, in der der Islam die wesentliche Quelle jeder Gesetzgebung sein soll. Das verhindert eine Allianz mit der südsudanesischen Befreiungsfront, die einen säkularisierten Staat anstrebt, in dem alle Religionen - 75 Prozent der Sudanesischen sind Moslems, 20 Prozent Animisten und fünf Prozent Christen - gleichberechtigt nebeneinander existieren können.

Die „Front der Nationalen Rettung“ spekuliert auf einen Volksaufstand, zu dem die Sudanesischen allen Anlaß hätten. Sie leiden nicht nur unter einer Repression, die unter Berufung auf den Islam elementare Menschenrechtsverletzungen zum System erhebt, sondern auch unter einem kontinuierlichen Niedergang der Wirtschaft, der zu einer beispiellosen Verschlechterung der Lebensverhältnisse und zu einer Hungersnot von äthiopischen Ausmaßen geführt hat.

Offiziere aus den nördlichen Provinzen Darfur und Kordofan, wo die Hungersnot den Exodus von einer halben Million Menschen verursacht hat, sind zu John Garangs Guerrilla im Süden gestoßen. Mit fürstlicher Besoldung und zahlreichen Privilegien versucht Numeiri, die höheren Ränge der Armee auf seiner Seite zu halten. Doch diese wollen von der Islamisierung nichts wissen und verabscheuen die Moslembrüder, die ihnen in der Vergangenheit noch aus dem Untergrund mit libyscher Unterstützung empfindliche Verluste beigebracht hatten. Demoralisiert durch den erfolglosen Kampf gegen die Guerrilla im Süden, würde die Armee sich wahrscheinlich einem Sturz Numeiris zumindest nicht widersetzen.

Paris will nicht noch ein Algerien

Lage in Neukaledonien gibt Gerüchten von vorzeitigen Wahlen in Frankreich Auftrieb

A. GRAF KAGENECK, Paris

Paris schwört zu Beginn des neuen Jahres vor Gerüchten über eine vorzeitige Auflösung der Nationalversammlung und die Ausschreibung von Neuwahlen ein Jahr vor dem verfassungsgemäßen Termin 1988. Wie immer sind diese Gerüchte nicht verifizierbar. Auslöser für Wahlen könnte die sich rapide verschlechternde Lage in Neukaledonien sein, die Frankreich vor ein neues Entkolonisationsdrama nach algerischem oder tschadischem Muster stellen würde.

Um ein solches zu vermeiden, könnte Präsident Mitterrand versucht sein, den Gordischen Knoten mit einem vorzeitigen Ruf an die Wahlen zu durchschlagen. Er würde dabei davon ausgehen, daß eine Mehrheit der Franzosen eine Politik befürwortet, die eine rasche Entlassung des Territoriums in die Unabhängigkeit vorsieht.

Einer der engsten Vertrauten des

Staatspräsidenten und Erster Sekretär der Sozialistischen Partei, Lionel Jospin, bezeichnete eine solche Entwicklung in Neukaledonien als unausweichlich.

In einem Rundfunkinterview sagte er: „Neukaledonien muß auf irgendeine Weise zur Unabhängigkeit gelangen. Vielleicht in Etappen und auf eine Art, die den europäischen Siedlern den Verbleib auf den Inseln ermöglicht. Aber wir werden nicht ein neues Psychodrama der Entkolonisierung zulassen, wie es die Rechtsopposition anzufachen versucht, um innenpolitische Unruhe zu schaffen. Schließlich haben wir unseren Kolonien seit 30 Jahren die Unabhängigkeit gewährt, ohne daß es zu einem Zusammenbruch Frankreichs gekommen ist.“

Möglicherweise hat Jospin laut gesagt, was Mitterrand denkt. Der Präsident erwähnte Neukaledonien in seinen diversen Neujahrsbotschaften

mit keinem Wort. Er wird den Bericht abwarten, den ihm sein Sonderemissär Pisani am Samstag übergeben soll, und in dem alle Aspekte des Problems nach vierwöchiger Untersuchung vor Ort zusammengefaßt sind.

Die Opposition stemmt sich gegen jeden Versuch, das Territorium aufzugeben. Sie verfügt über eine erdrückende Mehrheit unter den französischen Siedlern, während die für ihre Unabhängigkeit eintretenden militanten Elemente der Urbewölkerung mit der Sympathie der Sozialisten und Kommunisten Frankreichs rechnen können. Gaullisten und Giscardisten haben einen anderen Grund, Neukaledonien nicht zum Anlaß für vorzeitige Wahlen kommen zu lassen: Sie rechnen damit, die Regierung auf wirtschaftlichem und sozialem Feld schlagen zu können. Jedes Ausweichmanöver Mitterrands wäre daher für sie von Übel.

Juden in der UdSSR bitten Shultz um Hilfe

rr, New York

In einem eindringlichen Appell haben 73 sowjetische Juden, die sich offensichtlich von den sowjetischen Behörden in ihrem Leben bedroht fühlen, US-Außenminister George Shultz aufgefordert, gegenüber dem sowjetischen Außenminister Andrej Gromyko auf die Rechte der jüdischen Minderheit in der UdSSR zu pochen.

„Heute müssen Sie für uns und über uns sprechen. Sprechen, weil unsere Minder zum Schweigen verurteilt sind. Aufstehen über die Gefahr, die unsere bloße Existenz bedroht“, heißt es in einem ganzseitigen Inserat, das die Union der Räte für die sowjetischen Juden (UCSJ), die sich nach Angaben ihres Sprechers für die Belange der in der Sowjetunion lebenden Juden einsetzt, am vergangenen Mittwoch im „Wall Street Journal“ aufgegeben hatte.

Nach dem Willen der Organisation soll Shultz die Abrüstungsgespräche mit Gromyko am kommenden Montag und Dienstag in Genf dazu nutzen, seinem sowjetischen Amtskollegen das von den Betroffenen unterschriebene Inserat vorzulegen.

Mit dem Appell will die UCSJ als Interessenvertretung der UdSSR-Juden die Aufmerksamkeit der amerikanischen Ostpolitik und der Wirtschaft am Vorabend der Shultz-Gromyko-Gespräche auf die sowjetischen Juden richten. Der Aufruf sei, so die Organisation, vor etwa 14 Tagen von der Gruppe sowjetischer Juden übermittelt worden. In der Anzeige seien ihre Namen und Herkunfts-orte genannt.

Die Juden erwarten von Shultz eine Klarstellung gegenüber seinem sowjetischen Amtskollegen, daß die Vereinigten Staaten auf das Wohlergehen derjenigen achten würden, deren Namen genannt seien. Aus den Angaben der Union geht hervor, daß die jüdische Minderheit in der Sowjetunion zunehmend gewaltsam unterdrückt wird.

Die Organisation habe in den letzten Wochen vermehrt Berichte über zunehmende „Brutalität und Gewalttaten“ an Juden in der Sowjetunion erhalten, sagte der UCSJ-Sprecher. Diese Schilderungen gingen weit über das hinaus, was sonst in der Erinnerung der Menschen haften geblieben sei.

Ushiba - ein Freund der Deutschen

Von GÜNTER DIEHL

Heute findet in Tokio die Trauerfeier für Nobuhiko Ushiba statt, der an Silvester im Alter von 75 Jahren verstorben ist. Japan nimmt von einem bedeutenden Diplomaten und Staatsmann Abschied. Wir hier in Deutschland verlieren mit Ushiba einen treuen Freund.

Schon in jungen Jahren kam Ushiba nach Deutschland, studierte unsere Sprache, die er bis an sein Lebensende mit dem Wortschatz eines gebildeten Deutschen beherrschte. Die letzten Friedensjahre und zu Beginn des Zweiten Weltkrieges arbeitete er als Attaché an der japanischen Botschaft in Berlin. Im Kriege kehrte er nach Tokio zurück.

Von 1949 an finden wir ihn im Amt des japanischen Premierministers und bis 1954 im Ministerium für Handel und Industrie. 1970 geht er als Botschafter nach Washington. Wieder in Japan, rückt er ins Kabinett als Sonder- und Staatsminister für wirtschaftliche Außenbeziehungen.

Auch und gerade deutsche Politiker und Diplomaten haben den Vorzug gehabt, seine Kunst, eine schwierige Verhandlung zu führen, ausgiebig kennenzulernen. Immer fest in der Verteidigung der japanischen Sache, was er für Japans gutes Recht

ansah, doch gleichzeitig bemüht, die Probleme des Partners zu verstehen. Ushiba stand im Mittelpunkt der stürmischen wirtschaftlichen Entwicklung Japans, die als „Wirtschaftswunder“ die Zusammenstöße mit den Interessen anderer Industriemächte abfangen mußte. Ihm kam es zu, ein Konzept zu entwickeln, wie Konkurrenten in der Weise zusammenarbeiten konnten, die die Effizienz der hochentwickelten Länder stärkt.

So sehr Japans Verhältnis zu den Vereinigten Staaten Ziel und Inhalt seiner Arbeit war, so sehr lag ihm Europa am Herzen, nicht zuletzt sein geliebtes Deutschland. Trotz seiner Zuneigung war er keineswegs unkritisch. Richtlinie seines Handelns war das Wohl und Wehe des japanischen Kaiserreiches und seines Volkes. Gerade deshalb war er ein so zuverlässiger Partner. Er sah mit Sorge den deutschen Nebelwald. Er hatte noch die Genugtuung zu erfahren, daß Deutschland begann, sich wieder eine klare Vorstellung von seinen Zielen zu machen. Er sah mit Freude, daß wir sein Land als Freund ansahen, auf dem Weg in das nächste Jahrtausend.

Im Oktober war er noch einmal in Bonn, um sich selbst wieder einen Eindruck von unserem Denken und Handeln zu verschaffen.

Nobuhiko Ushiba, Diplomat und Wirtschaftsfachmann, starb im Alter von 75 Jahren. FOTO: AP

LFA 9

Dr. Mildred Schedl
Viel ist erreicht.
Viel mehr bleibt zu tun:
Spendenkonto
909090 bei allen
Banken, Sparkassen
und Postscheckamt
Konto 909090-501.
Dem Leben zuliebe
Deutsche
Krebshilfe e.V.

Erwirtschaften Sie bis zu
11% p.a.
Lombard
Festgeldanlagen

1 Jahr Festgeld	10% p.a.
2 Jahre	10% p.a.
3	10% p.a.
4	10% p.a.
5	11% p.a.

Für Anlagen von 1.000 bis 1.000.000. Zinsen werden jährlich ausbezahlt.
Die oben genannten Zinsen sind zum Zeitpunkt der Übernahme der Preise gültig.

Nachfolgend einige der Vorteile einer Festgeldanlage bei Lombard:

- Ihre Gelder erwirtschaften einen guten Zinssatz, der sich während der Anlagezeit nicht mehr ändert.
- Alle Zinsbeträge werden ohne Abzug von Steuern ausbezahlt.
- Ihr Konto wird vertraulich behandelt.
- Da die Devisenkontrolle in Großbritannien nicht mehr besteht, können Ihre Gelder zum Zeitpunkt der Rückzahlung in £-Sterling oder in einer anderen Währung in jegliches Land überwiesen werden.
- Wir sind ein Mitglied einer der größten Bankgruppen der Welt.
- Für die Führung des Kontos entstehen keine Gebühren.

Wir quotieren andere Zinssätze für Anlagen von 1-5 Jahren, wobei die Zinsauszahlungen monatlich, vierteljährlich oder halbjährlich stattfinden und für Anlagen mit einer 3- oder 6-monatigen Kündigungsfrist.

Für weitere Details über unsere Anlagegeschäfte und Zinssätze bitten wir Sie, uns nach besten des Coupons zu kontaktieren.

Wir unterhalten bei der Deutschen Westminster Bank AG, Zweigstelle, 4000 Düsseldorf 1, Kiefersplatz 33, das Konto 9187518 914, auf das Sie Ihre Einzahlungen vornehmen können.

Diese Bedingungen gelten nicht unbedingt für Anlagen in Großbritannien.

Lombard North Central
Anlagekonten
An: Lombard North Central PLC
Abt. 840
17 Bruton Street
London W1A 3DH, England
Telefon: 400 3434

NAME: _____ (BUCHSTABEN MITTEL)
ADRESSE: _____

© Eigentum der: Standard Life Ltd. 137/138, 54, der Great Street, Lombard Street, London W1A 3DU
Ein Mitglied der National Westminster Bankgruppe
Kapital 62.500.000.000 überschrieben.

Das war 1984

Chronik '84
des 20. Jahrhunderts

Monat für Monat, Tag für Tag
über 200 Bilder, Karten, Tafeln
zum Sammeln und Nachschlagen

980 DM

Überall, wo es Bücher gibt!

Diese Formel macht aus großen Augenblicken kleine Ewigkeiten

Fe₃O₄

von Bürgern für immer
verbunden sind, weil sie als
Stifter ihr Vermögen zum
Wohle aller eingesetzt haben,
ist lang.

Auch heute stiften viele
Mitbürger große und
kleine Vermögen, um mit
einer Stiftung die Wissen-
schaft zu fördern. Nicht
immer sind es allein die
Naturwissenschaften, die sie
fördern wollen. Oft setzen
sie mit einer Stiftung ein
Lebenswerk fort, oder ihr
persönliches Interesse für ein
Wissenschaftsgebiet wird
zum Anlaß, eine Stiftung zu
errichten. Nicht selten ist es
auch nur der Wunsch, Sinn-
volles zum Wohle aller
zu tun.

Der Stifterverband für die
Deutsche Wissenschaft
verwaltet zur Zeit 90 gemein-
nützige, private Stiftungen.
Fragen Sie uns, wenn Sie
über die Errichtung einer
Stiftung nachdenken.
Schreiben Sie, rufen Sie uns
einfach an oder lassen Sie
sich mit dem Coupon
zunächst einmal mehr Infor-
mationen schicken.

Sie werden sehen: als
Stifter müssen Sie kein
Millionär sein. Auch mit
relativ kleinen Stiftungs-
beträgen können Sie Großes
bewirken. In Ihrem Namen
oder im Namen eines
geliebten Menschen.
Für unser Land.

Es ist die Formel für
Magnetit, ein
magnetisches Mineral mit
dem höchsten Eisengehalt
aller Erze (72,4 %).
Pulverisiert und auf Kunst-
stoffbändern bewahrt es die
guten wie die schlechten
Töne der Menschheit, hält
es die flüchtigen Bilder eines
Augenblicks magnetisch für
alle Zeiten fest.

Magnetbänder,
Magnetplatten und
Mikroprozessoren steuern
Weltraumfahrten und
Satelliten, Montagestraßen
und Roboter, Forschungs-
abläufe und Heilprozesse,
Großrechner und Heim-
computer. Sie werden das
Gesicht der Welt verändern.

Ein Industrieland wie
unseres, in dem fast
jeder dritte Arbeitsplatz vom
Weltmarkt abhängt, muß in
Wissenschaft und Technik
vorn bleiben.

Siege haben auch in der
Forschung viele Väter.
Die Liste wissenschaftlicher
Erfolge, die mit dem Namen

**Stifterverband für die
Deutsche Wissenschaft e. V.**
Brucker Holt 56-60 · Postfach 23 03 60 · 4300 Essen 1
Telefon 02 01/71 10 51 — Stiftungszentrum —

An den
Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e. V.
— Stiftungszentrum —
Brucker Holt 56-60 · 4300 Essen 1

Bitte ankreuzen.

☐ Ich interessiere mich für gemeinnützige Stiftungen und
Wege zu ihrer Errichtung.
Bitte schicken Sie mir unverbindlich Informationsmaterial.

☐ Ich möchte mehr wissen über die Arbeit
des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft.

Name _____
Straße _____
PLZ, Ort _____

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Recht auf Heimat

Schlesier-Motto auch intern unstrittig: „WELT“ vom 23. Dezember

Zu Ihrem Bericht seien einige Anmerkungen gestattet:

Ebenso wenig wie die erfolgte Vertreibung läßt sich die Wahrheit unterdrücken. „Schlesien bleibt unser“, wir alle sind damit angesprochen.

Die Wahrheit ist das einzige Fundament für die Gerechtigkeit, und erst die Gerechtigkeit gewährt dann wieder den echten Frieden Karl Jaspers.

Der Vorschlag von MdB Sauer „Heimat Schlesien“ enthält diese eindeutige Aussage leider nicht, sondern läßt vielfache Interpretationen zu. Heimatempfinden betrifft mein Inneres. Das Recht auf die Heimat dagegen bestimmt meinen Anspruch gegenüber anderen Menschen. Herr Sauer muß das wissen, und die mangelhafte Formulierung der Ostverträge macht uns doch bereits genügend Arger!

Der Verlust unserer Ostgebiete betrifft alle Deutschen. Nur Umerziehung, Aufbauleistung hier und Wohlstand konnten diese natürliche Bewußtsein verdrängen.

Daß die Vertriebenen als Betroffene ihr Schicksal besonders empfinden, ist nur zu verständlich. Die gerade heute so oft beschworene Einigkeit (für die uns die Polen ein Beispiel geben) hat sich einst im Ersten Weltkrieg mit der Ostpreußen-Hilfe so

hervorragend und spontan bewährt und könnte es erneut. Warum sollte sie uns nun für alle Zeit verlorengegangen sein?

Das eigene Bekennen von Willen und Wahrheit, wie es hier nüchtern geschieht, bietet einen sicheren Grund für Gespräche, die zur Lösung einmal geführt werden müssen, so schwer und hart sie auch sein mögen. Neu begründet oder bewahrt wird aber gewiß Achtung voreinander, und Vertrauen kann wachsen, weil die Charta der Heimatvertriebenen von 1950 dafür steht. Ein deutscher Dichter (Schiller) ist es schließlich, der uns das verpflichtende Wort gegeben hat: „Weh! dem, der zu der Wahrheit geht durch Schuld, sie wird ihm nimmermehr erfreulich sein“. Ahnen-Erbe bewahren kann niemals Schuld sein!

Wir sind immer noch Staatsbürger des de jure bestehenden Deutschen Reiches, und die Bundesrepublik Deutschland maßt sich keinesfalls Rechte an, sondern fühlt sich in ihrer beschränkten Freiheit für alle Deutschen in die Pflicht genommen. Sie hat das in ihren Gesetzen zum Ausdruck gebracht. Sollten sich die Vertriebenen nach fast 40 Jahren in ihrem Vertrauen darauf getäuscht haben?

F. Birkholz, München 5

Zieht sich eine Spritzenbehandlung ergebnislos über längere Zeit hin, so spricht der Arzt von einem „langwierigen Fall“, der Geduld erfordert. Und die Kosten?

Krankengymnastik ist nicht gleich Krankengymnastik. Massage nicht gleich Massage. Da offenbar jede Kontrolle fehlt, z. B. durch Gesundheitsbehörden o. ä., muß man als Patient länger „probieren“, bis man die Stelle gefunden hat, wo man optimal behandelt wird. Auch das erhöht die Kosten. Wie sieht oftmals ein Besuch beim Arzt aus: Er tritt ein, läßt sich die Beschwerden schildern, reißt sich sinnend das Kinn und gibt – schon im Hinausgehen – die Verordnung. Dauer: zwei Minuten! Und die Kosten?

Röntgenaufnahmen und Ergebnisse medizinischer Untersuchungen sollten dem Patienten unaufgefordert – zumindest aber auf Wunsch – ausständig werden. Wenn der Patient zu spät kommt, braucht er diese Unterlagen dann nicht erneut erstellt zu werden. Das spart Kosten. Es müßten in den Ärztekammern Listen über spezielle Kenntnisse von Ärzten aufgestellt werden und den Patienten zugänglich sein. Es ist doch keine Schande, wenn ein Arzt nicht über alles Bescheid weiß – es würde ihn ehren, wenn er einen Patienten zu seinem Kollegen schickt, der mehr Erfahrung mit dem vorliegenden Leiden hat! So brauchte der Patient nicht mehr auf eigene Faust zu suchen und könnte schneller und kostensparend behandelt werden.

Bei Dauerleiden sind die gleichen Medikamente über Wochen, Monate, evtl. Jahre zu nehmen; Rezeptur zur Wiederholung gibt es nicht. Die Ausstellung von Rezepturen erfordert Arztsuchen und Verwaltungskosten; das könnte gespart werden.

Es wäre endlich an der Zeit, dem Patienten nicht immer tiefer in die Tasche zu greifen, sondern auch den Ärzten und Therapie-Unternehmen auf die Finger zu sehen.

Mit freundlichen Grüßen B. Walther, Hamburg 73

Sehr geehrte Damen und Herren, bei seinen flotten Sprüchen über die geplante Krankenkosten-Einsparungsaktion verpaß leider Herr Minister Böhm die leidigen „Nichtkrankheiten“ in der Krankenversicherung

Krankenkosten?

Ritter will billigere Arztsuchen. Gedenke: „WELT“ vom 27. Dezember

Ich gebe Herrn Minister Böhm recht, daß die „Solidargemeinschaft der Pflichtversicherten“ nicht für jeden „Luxusbedarf“ zuständig ist. Aber schon die Formulierung „jeder“ läßt durchblicken, daß es auch „Luxusbedarf“ gibt, der zu erfüllen ist. Welche bzw. wieviele Patienten halten das Gesundheitssystem für einen „Selbstbedienungsladen“? Tragen diese wesentlich zum Gesamtaufwand bei? Was sollen solche immer wiederholten vagen Beschimpfungen der Patienten (der Dolmetschen, der Leidenden)? Wer entscheidet, was eine Behandlung „das Nötigste“ ist? Was das sein soll, ist bislang noch nirgends formuliert worden. Wer entscheidet, welches Medikament sinn-

voll und dennoch kostengünstig ist? Sicher, mir ist meine Gesundheit lieb und teuer, und daher möchte ich bestmögliche Diagnose und Behandlung haben. Das muß aber nicht unbedingt das Neueste und Teuerste sein!

Oft hat man den Eindruck, der Arzt behandle so, daß alle Geräte und Therapiemöglichkeiten seiner Praxis bis zur Kapazitätsgrenze ausgenutzt werden. Hier könnte der Arzt viel zur angestrebten Kostendämpfung beitragen. Es ist für den Arzt bequem, eine „Spritze“ zu verabreichen – dem Patienten fehlt jede Kontrolle. Auf die Frage nach dem Medikament erhält man oft eine unklare, abwehrende Antwort, so daß man nicht weiter fragen mag. Dem Patienten wird der Überblick genommen, ob es sich medizinisch um „das Nötigste“ handelt.

Halle Elvis – ARD, 20.15 Uhr

vorn Spiegel den Hüftschwung und das Timbre des Idols ein und tourneerte gar, mit drahtverstärkter Perücke, durch Schweden.

So ähnlich fing vor Jahren auch der Engländer Shakin' Stevens an, und fand dann eine Art der Synthese. Heute gehört Stevens – mit eigenen Songs – zum festen Idole-Stamm auch der deutschen Teenager.

Der jüngste Mächtigen-Elvis ist neun Jahre alt, heißt Jonas Hurst und ist ein Stevens-Landsmann, der 1983 mit einem Einstandssong („Spish Splash“) Erinnerungen an das Original aus Tennessee lebendig werden ließ – ein munterer Gag, mehr wohl wird für Jonas nicht drin sein.

Alles drin dagegen, und das seit Mitte der siebziger Jahre, ist für eine ganze Reihe Elvis-verrückter Amerikaner: Rick Saucedo (28) kommt im Monat auf durchschnittlich 100 000

Fans aufgewühlt durch den Schauspiel und Synchronsprecher („Colombo“, „Rockford“) Peter Kirchberger (40), der das Publikum in dem Stück „Elvis“ von Regina Lefner nicht nur durch propre Handwerkskunst in Traumwelten eines widerständigen „King“ transportierte. Doch Kirchberger, einst Mitglied der Gruppe „Rudolf Rock und die Schocker“, überzeugte „nicht als Imitator, sondern als vollblütiger Nachfahre“.

Ein anderer Hamburger, der Studientrat Ulli Pfaff (35), verlegte sich dagegen wirklich aufs Imitieren, übte

Seit 1973 im Elvis-Geschäft ist, auch von Seattle aus, Johnny Rusk (42), der in Disneyland als Pferdewagenkutscher sein Geld verdient, bevor er ins Imitationsfach schwankte. Und ebenfalls aus Tennessee kommt Larry „Sig El“ Seth (36), ein Ex-Bauarbeiter, den seine kranke Hand schickte zum Umstellen brachte. Bei ihm begann alles mit einer Annonce: „Sänger sucht Auftrittsgelegenheit als Elvis-Double“. Keiner der Genannten aber schafft es, so Elvis-like auszuweisen wie einer der ganz neuen Kopistenstars, der Sänger Jonathan, der, wie die meisten anderen, spezialisiert ist auf den späten Elvis der Las-Vegas-Sessions...

Geschäftsmacherei oder Idolatrie in höchster Vollendung, das ist die Frage. Wie auch immer: Der echte Elvis Presley bleibt unschlagbar. Auch mit 50. Auch sieben Jahre nach seinem einsamen Tod.

ALEXANDER SCHMITZ

Gedoubelt bis zum Exzeß: Elvis Presley und seine weltweiten Imitatoren

Perfekte Travestien ohne Playback

Der König ist tot, es lebe der King! So heißt es, seit der King of Rock'n'Roll, Elvis Aaron Presley, 1977 starb, durch fast alle Länder dieser Erde und erschallt gerade in diesen Tagen in neuem Fortissimo. Am 8. Januar wäre der Sänger aus Tupelo, Mississippi, 50 Jahre alt geworden – ein rundes Jubiläum für einen Superstar, der schon zu Lebzeiten ein Mythos war. Die Elvis-Mühle leiert und leiert und treibt Blüten von mindestens jener Geschmacklosigkeit, mit der des Hüftschwingers Manager „Colonel“ Tom Parker einst seinen Schützling vermarktet hat – mit einer perfekt funktionierenden, totalen Souvenirindustrie.

Und dann gibt es da noch jene Phalanx zum Teil skrupelloser, zum Teil begabter Presley-Imitatoren, von denen immer mal wieder berichtet wurde und wird, seit das Original am 16. August 1977 in seinem Anwesen Graceland zu Memphis verschied – clevere Geschäftsmacher darunter, denen zugute kommt, daß Fan-Clubs immer wieder die Kunde streuen, der Meister sei überhaupt nicht tot, sondern habe sich mit Hilfe entsprechender Desinfektionen und einer radikalen Gesichtsoperation nur der Öffentlichkeit entziehen wollen. Alles Mumpitz, wissen klare Denker. Die anderen unter den Elvis-Nachmachern sind, ganz einfach, devote Fans gewesen, denen Presley-Parodien auf den Bühnen nicht reichten: Sie studierten ihr Vorbild in detail und lieferten tatsächlich frappierend perfekte Travestien, ohne Playback-Tonband und gedubbed Gitarrengeklirr.

Gerade erst wurden Hamburger

Fans aufgewühlt durch den Schauspiel und Synchronsprecher („Colombo“, „Rockford“) Peter Kirchberger (40), der das Publikum in dem Stück „Elvis“ von Regina Lefner nicht nur durch propre Handwerkskunst in Traumwelten eines widerständigen „King“ transportierte. Doch Kirchberger, einst Mitglied der Gruppe „Rudolf Rock und die Schocker“, überzeugte „nicht als Imitator, sondern als vollblütiger Nachfahre“.

Ein anderer Hamburger, der Studientrat Ulli Pfaff (35), verlegte sich dagegen wirklich aufs Imitieren, übte

Seit 1973 im Elvis-Geschäft ist, auch von Seattle aus, Johnny Rusk (42), der in Disneyland als Pferdewagenkutscher sein Geld verdient, bevor er ins Imitationsfach schwankte. Und ebenfalls aus Tennessee kommt Larry „Sig El“ Seth (36), ein Ex-Bauarbeiter, den seine kranke Hand schickte zum Umstellen brachte. Bei ihm begann alles mit einer Annonce: „Sänger sucht Auftrittsgelegenheit als Elvis-Double“. Keiner der Genannten aber schafft es, so Elvis-like auszuweisen wie einer der ganz neuen Kopistenstars, der Sänger Jonathan, der, wie die meisten anderen, spezialisiert ist auf den späten Elvis der Las-Vegas-Sessions...

Geschäftsmacherei oder Idolatrie in höchster Vollendung, das ist die Frage. Wie auch immer: Der echte Elvis Presley bleibt unschlagbar. Auch mit 50. Auch sieben Jahre nach seinem einsamen Tod.

ALEXANDER SCHMITZ

KRITIK

Dekorativer Schwachsinn

Jetzt haben die Ersten also die Katze aus dem Sack gelassen. Sie ließen uns nicht nur sehen und hören, sie ließen uns regelrecht spüren, mit welchem Raffinement sie die Privaten das Fürchten lehren wollen. „Konsalik muß her“, hieß der rettende Einfall, und der Mann, der bestellt wird, momentan kein zweiter, die deutsche Sprache verwendender Autor, half Zehn Titel seines meterlangen Werkes stellte er dem NDR als Vorlage zu – möglichst – kongenialen Verfilmungen zur Verfügung.

Und den öffentlich-rechtlichen Fernsehprofis gelang, dank ihrer

jahrzehntelangen Erfahrung, gleich mit dem Auftakt „Liebe läßt alle Blumen blühen“ (ARD) ein kleines Kunststück: Sie fertigten ein so unglaubwürdiges, ein so ungereimtes Filmchen, das man fast schon wieder mit respektvoller Erwartung zu einem Konsalik zwischen zwei Buchdeckeln greift. Das gedruckte Wort läßt doch immerhin die Phantasie noch blühen. Diese Bildschirmausbeute hingegen verlangte vom Zuschauer ein 105-Minuten-Arrangement mit dekorativem Schwachsinn.

Wenn es wenigstens handfester Blödsinn geworden wäre! So richtig

ruft uff's Schlimme. Aber dazu hatten sie nicht die Traute. Statt dessen strickten sie mühe Handlungsfäden zu einer schmutzigen Klamotte zusammen: zarte, schlecht gespielte Gefühle, ein bißchen Emanzipationsgehebe, ein Schuß Verbrechen, Klamauk und viel edles Interieur.

Dazu Dialoge von einer Kraft, die Nachwuchsschreiber wieder boffen lassen darf. Ich weiß, es ist eine Riesendummheit, sagt die Protagonistin heilschichtig, als sie sich schmelzend zu ihrem hartnäckigen, kleinen Urlaubsbegleiter herabbeugt. Verzeihen wir ihr und allen Beteiligten. BRIGITTE HELFER

Mit freundlichen Grüßen Dr. L. Liehmann, Bad Reichenhain

„Ideeeller Verlust“ „Frühliche Weltanschauer“ WELT vom 24. Dezember

Kirchlich und religiös gesinnten Mitbürgern gelingt bisweilen nicht die Balance zwischen der Lebensbejahung in materiellen Dingen und den von Christus geforderten Teilen zugunsten der Hilfsbedürftigen. Andererseits bekundet eine langjährige Erfahrung, daß vor allem jene Kirchgänger, die z. B. für Glocken oder eine neue Orgel spenden, oft auch am meisten für die Dritte Welt etwas übrig haben. Dem Beitrag Enno von Loewenstern ist insofern zuzustimmen, als durch die Verächtlichmachung des weltwirtschaftlichen Schenkens langfristig ein ideeller Verlust eintreten könnte, obwohl es sich vorgründig hinreichend um den „Mammon“ handelt. Es ginge (sieht man einmal von den ungleich weniger bedeutenden „Osterhasen“-Präsentationen ab) der einzige allgemeine Gesetzkreislauf, eine „Sitt“ verloren, und damit doch ein immerhin möglicher Austausch von Zuwendung und Liebe. Daher auch der für den Heil-

zu erwähnen, die zusätzlich alle Mitglieder finanzieren müssen. Allen voran die Rentner, die die Abtreibungskosten – demnächst wieder durch erhöhte Abzüge von ihrer Rente – bezahlen.

Diesen kostenintensiven Posten gilt es zuzulernen aus der Krankenversicherung herausoperieren. Das bringt bei der bekannt gewordenen Zahl von Abtreibungen eine ganze Menge an sicher kalkulierbaren Einsparungen. In jeder Beziehung gegenüber den Versicherten eine gerechtere Lösung, als die angekündigten Maßnahmen, deren Wirksamkeit von vornherein als recht zweifelhaft erscheint.

Mit freundlichen Grüßen Dr. L. Liehmann, Bad Reichenhain

„Ideeeller Verlust“ „Frühliche Weltanschauer“ WELT vom 24. Dezember

Kirchlich und religiös gesinnten Mitbürgern gelingt bisweilen nicht die Balance zwischen der Lebensbejahung in materiellen Dingen und den von Christus geforderten Teilen zugunsten der Hilfsbedürftigen. Andererseits bekundet eine langjährige Erfahrung, daß vor allem jene Kirchgänger, die z. B. für Glocken oder eine neue Orgel spenden, oft auch am meisten für die Dritte Welt etwas übrig haben. Dem Beitrag Enno von Loewenstern ist insofern zuzustimmen, als durch die Verächtlichmachung des weltwirtschaftlichen Schenkens langfristig ein ideeller Verlust eintreten könnte, obwohl es sich vorgründig hinreichend um den „Mammon“ handelt. Es ginge (sieht man einmal von den ungleich weniger bedeutenden „Osterhasen“-Präsentationen ab) der einzige allgemeine Gesetzkreislauf, eine „Sitt“ verloren, und damit doch ein immerhin möglicher Austausch von Zuwendung und Liebe. Daher auch der für den Heil-

zu erwähnen, die zusätzlich alle Mitglieder finanzieren müssen. Allen voran die Rentner, die die Abtreibungskosten – demnächst wieder durch erhöhte Abzüge von ihrer Rente – bezahlen.

Diesen kostenintensiven Posten gilt es zuzulernen aus der Krankenversicherung herausoperieren. Das bringt bei der bekannt gewordenen Zahl von Abtreibungen eine ganze Menge an sicher kalkulierbaren Einsparungen. In jeder Beziehung gegenüber den Versicherten eine gerechtere Lösung, als die angekündigten Maßnahmen, deren Wirksamkeit von vornherein als recht zweifelhaft erscheint.

Mit freundlichen Grüßen Dr. L. Liehmann, Bad Reichenhain

„Ideeeller Verlust“ „Frühliche Weltanschauer“ WELT vom 24. Dezember

Kirchlich und religiös gesinnten Mitbürgern gelingt bisweilen nicht die Balance zwischen der Lebensbejahung in materiellen Dingen und den von Christus geforderten Teilen zugunsten der Hilfsbedürftigen. Andererseits bekundet eine langjährige Erfahrung, daß vor allem jene Kirchgänger, die z. B. für Glocken oder eine neue Orgel spenden, oft auch am meisten für die Dritte Welt etwas übrig haben. Dem Beitrag Enno von Loewenstern ist insofern zuzustimmen, als durch die Verächtlichmachung des weltwirtschaftlichen Schenkens langfristig ein ideeller Verlust eintreten könnte, obwohl es sich vorgründig hinreichend um den „Mammon“ handelt. Es ginge (sieht man einmal von den ungleich weniger bedeutenden „Osterhasen“-Präsentationen ab) der einzige allgemeine Gesetzkreislauf, eine „Sitt“ verloren, und damit doch ein immerhin möglicher Austausch von Zuwendung und Liebe. Daher auch der für den Heil-

zu erwähnen, die zusätzlich alle Mitglieder finanzieren müssen. Allen voran die Rentner, die die Abtreibungskosten – demnächst wieder durch erhöhte Abzüge von ihrer Rente – bezahlen.

Diesen kostenintensiven Posten gilt es zuzulernen aus der Krankenversicherung herausoperieren. Das bringt bei der bekannt gewordenen Zahl von Abtreibungen eine ganze Menge an sicher kalkulierbaren Einsparungen. In jeder Beziehung gegenüber den Versicherten eine gerechtere Lösung, als die angekündigten Maßnahmen, deren Wirksamkeit von vornherein als recht zweifelhaft erscheint.

Mit freundlichen Grüßen Dr. L. Liehmann, Bad Reichenhain

„Ideeeller Verlust“ „Frühliche Weltanschauer“ WELT vom 24. Dezember

Kirchlich und religiös gesinnten Mitbürgern gelingt bisweilen nicht die Balance zwischen der Lebensbejahung in materiellen Dingen und den von Christus geforderten Teilen zugunsten der Hilfsbedürftigen. Andererseits bekundet eine langjährige Erfahrung, daß vor allem jene Kirchgänger, die z. B. für Glocken oder eine neue Orgel spenden, oft auch am meisten für die Dritte Welt etwas übrig haben. Dem Beitrag Enno von Loewenstern ist insofern zuzustimmen, als durch die Verächtlichmachung des weltwirtschaftlichen Schenkens langfristig ein ideeller Verlust eintreten könnte, obwohl es sich vorgründig hinreichend um den „Mammon“ handelt. Es ginge (sieht man einmal von den ungleich weniger bedeutenden „Osterhasen“-Präsentationen ab) der einzige allgemeine Gesetzkreislauf, eine „Sitt“ verloren, und damit doch ein immerhin möglicher Austausch von Zuwendung und Liebe. Daher auch der für den Heil-

zu erwähnen, die zusätzlich alle Mitglieder finanzieren müssen. Allen voran die Rentner, die die Abtreibungskosten – demnächst wieder durch erhöhte Abzüge von ihrer Rente – bezahlen.

Diesen kostenintensiven Posten gilt es zuzulernen aus der Krankenversicherung herausoperieren. Das bringt bei der bekannt gewordenen Zahl von Abtreibungen eine ganze Menge an sicher kalkulierbaren Einsparungen. In jeder Beziehung gegenüber den Versicherten eine gerechtere Lösung, als die angekündigten Maßnahmen, deren Wirksamkeit von vornherein als recht zweifelhaft erscheint.

Mit freundlichen Grüßen Dr. L. Liehmann, Bad Reichenhain

„Ideeeller Verlust“ „Frühliche Weltanschauer“ WELT vom 24. Dezember

Kirchlich und religiös gesinnten Mitbürgern gelingt bisweilen nicht die Balance zwischen der Lebensbejahung in materiellen Dingen und den von Christus geforderten Teilen zugunsten der Hilfsbedürftigen. Andererseits bekundet eine langjährige Erfahrung, daß vor allem jene Kirchgänger, die z. B. für Glocken oder eine neue Orgel spenden, oft auch am meisten für die Dritte Welt etwas übrig haben. Dem Beitrag Enno von Loewenstern ist insofern zuzustimmen, als durch die Verächtlichmachung des weltwirtschaftlichen Schenkens langfristig ein ideeller Verlust eintreten könnte, obwohl es sich vorgründig hinreichend um den „Mammon“ handelt. Es ginge (sieht man einmal von den ungleich weniger bedeutenden „Osterhasen“-Präsentationen ab) der einzige allgemeine Gesetzkreislauf, eine „Sitt“ verloren, und damit doch ein immerhin möglicher Austausch von Zuwendung und Liebe. Daher auch der für den Heil-

zu erwähnen, die zusätzlich alle Mitglieder finanzieren müssen. Allen voran die Rentner, die die Abtreibungskosten – demnächst wieder durch erhöhte Abzüge von ihrer Rente – bezahlen.

Diesen kostenintensiven Posten gilt es zuzulernen aus der Krankenversicherung herausoperieren. Das bringt bei der bekannt gewordenen Zahl von Abtreibungen eine ganze Menge an sicher kalkulierbaren Einsparungen. In jeder Beziehung gegenüber den Versicherten eine gerechtere Lösung, als die angekündigten Maßnahmen, deren Wirksamkeit von vornherein als recht zweifelhaft erscheint.

Mit freundlichen Grüßen Dr. L. Liehmann, Bad Reichenhain

„Ideeeller Verlust“ „Frühliche Weltanschauer“ WELT vom 24. Dezember

Kirchlich und religiös gesinnten Mitbürgern gelingt bisweilen nicht die Balance zwischen der Lebensbejahung in materiellen Dingen und den von Christus geforderten Teilen zugunsten der Hilfsbedürftigen. Andererseits bekundet eine langjährige Erfahrung, daß vor allem jene Kirchgänger, die z. B. für Glocken oder eine neue Orgel spenden, oft auch am meisten für die Dritte Welt etwas übrig haben. Dem Beitrag Enno von Loewenstern ist insofern zuzustimmen, als durch die Verächtlichmachung des weltwirtschaftlichen Schenkens langfristig ein ideeller Verlust eintreten könnte, obwohl es sich vorgründig hinreichend um den „Mammon“ handelt. Es ginge (sieht man einmal von den ungleich weniger bedeutenden „Osterhasen“-Präsentationen ab) der einzige allgemeine Gesetzkreislauf, eine „Sitt“ verloren, und damit doch ein immerhin möglicher Austausch von Zuwendung und Liebe. Daher auch der für den Heil-

zu erwähnen, die zusätzlich alle Mitglieder finanzieren müssen. Allen voran die Rentner, die die Abtreibungskosten – demnächst wieder durch erhöhte Abzüge von ihrer Rente – bezahlen.

Diesen kostenintensiven Posten gilt es zuzulernen aus der Krankenversicherung herausoperieren. Das bringt bei der bekannt gewordenen Zahl von Abtreibungen eine ganze Menge an sicher kalkulierbaren Einsparungen. In jeder Beziehung gegenüber den Versicherten eine gerechtere Lösung, als die angekündigten Maßnahmen, deren Wirksamkeit von vornherein als recht zweifelhaft erscheint.

Mit freundlichen Grüßen Dr. L. Liehmann, Bad Reichenhain

„Ideeeller Verlust“ „Frühliche Weltanschauer“ WELT vom 24. Dezember

Kirchlich und religiös gesinnten Mitbürgern gelingt bisweilen nicht die Balance zwischen der Lebensbejahung in materiellen Dingen und den von Christus geforderten Teilen zugunsten der Hilfsbedürftigen. Andererseits bekundet eine langjährige Erfahrung, daß vor allem jene Kirchgänger, die z. B. für Glocken oder eine neue Orgel spenden, oft auch am meisten für die Dritte Welt etwas übrig haben. Dem Beitrag Enno von Loewenstern ist insofern zuzustimmen, als durch die Verächtlichmachung des weltwirtschaftlichen Schenkens langfristig ein ideeller Verlust eintreten könnte, obwohl es sich vorgründig hinreichend um den „Mammon“ handelt. Es ginge (sieht man einmal von den ungleich weniger bedeutenden „Osterhasen“-Präsentationen ab) der einzige allgemeine Gesetzkreislauf, eine „Sitt“ verloren, und damit doch ein immerhin möglicher Austausch von Zuwendung und Liebe. Daher auch der für den Heil-

zu erwähnen, die zusätzlich alle Mitglieder finanzieren müssen. Allen voran die Rentner, die die Abtreibungskosten – demnächst wieder durch erhöhte Abzüge von ihrer Rente – bezahlen.

Diesen kostenintensiven Posten gilt es zuzulernen aus der Krankenversicherung herausoperieren. Das bringt bei der bekannt gewordenen Zahl von Abtreibungen eine ganze Menge an sicher kalkulierbaren Einsparungen. In jeder Beziehung gegenüber den Versicherten eine gerechtere Lösung, als die angekündigten Maßnahmen, deren Wirksamkeit von vornherein als recht zweifelhaft erscheint.

Mit freundlichen Grüßen Dr. L. Liehmann, Bad Reichenhain

„Ideeeller Verlust“ „Frühliche Weltanschauer“ WELT vom 24. Dezember

Kirchlich und religiös gesinnten Mitbürgern gelingt bisweilen nicht die Balance zwischen der Lebensbejahung in materiellen Dingen und den von Christus geforderten Teilen zugunsten der Hilfsbedürftigen. Andererseits bekundet eine langjährige Erfahrung, daß vor allem jene Kirchgänger, die z. B. für Glocken oder eine neue Orgel spenden, oft auch am meisten für die Dritte Welt etwas übrig haben. Dem Beitrag Enno von Loewenstern ist insofern zuzustimmen, als durch die Verächtlichmachung des weltwirtschaftlichen Schenkens langfristig ein ideeller Verlust eintreten könnte, obwohl es sich vorgründig hinreichend um den „Mammon“ handelt. Es ginge (sieht man einmal von den ungleich weniger bedeutenden „Osterhasen“-Präsentationen ab) der einzige allgemeine Gesetzkreislauf, eine „Sitt“ verloren, und damit doch ein immerhin möglicher Austausch von Zuwendung und Liebe. Daher auch der für den Heil-

zu erwähnen, die zusätzlich alle Mitglieder finanzieren müssen. Allen voran die Rentner, die die Abtreibungskosten – demnächst wieder durch erhöhte Abzüge von ihrer Rente – bezahlen.

Diesen kostenintensiven Posten gilt es zuzulernen aus der Krankenversicherung herausoperieren. Das bringt bei der bekannt gewordenen Zahl von Abtreibungen eine ganze Menge an sicher kalkulierbaren Einsparungen. In jeder Beziehung gegenüber den Versicherten eine gerechtere Lösung, als die angekündigten Maßnahmen, deren Wirksamkeit von vornherein als recht zweifelhaft erscheint.

Mit freundlichen Grüßen Dr. L. Liehmann, Bad Reichenhain

„Ideeeller Verlust“ „Frühliche Weltanschauer“ WELT vom 24. Dezember

Kirchlich und religiös gesinnten Mitbürgern gelingt bisweilen nicht die Balance zwischen der Lebensbejahung in materiellen Dingen und den von Christus geforderten Teilen zugunsten der Hilfsbedürftigen. Andererseits bekundet eine langjährige Erfahrung, daß vor allem jene Kirchgänger, die z. B. für Glocken oder eine neue Orgel spenden, oft auch am meisten für die Dritte Welt etwas übrig haben. Dem Beitrag Enno von Loewenstern ist insofern zuzustimmen, als durch die Verächtlichmachung des weltwirtschaftlichen Schenkens langfristig ein ideeller Verlust eintreten könnte, obwohl es sich vorgründig hinreichend um den „Mammon“ handelt. Es ginge (sieht man einmal von den ungleich weniger bedeutenden „Osterhasen“-Präsentationen ab) der einzige allgemeine Gesetzkreislauf, eine „Sitt“ verloren, und damit doch ein immerhin möglicher Austausch von Zuwendung und Liebe. Daher auch der für den Heil-

zu erwähnen, die zusätzlich alle Mitglieder finanzieren müssen. Allen voran die Rentner, die die Abtreibungskosten – demnächst wieder durch erhöhte Abzüge von ihrer Rente – bezahlen.

Diesen kostenintensiven Posten gilt es zuzulernen aus der Krankenversicherung herausoperieren. Das bringt bei der bekannt gewordenen Zahl von Abtreibungen eine ganze Menge an sicher kalkulierbaren Einsparungen. In jeder Beziehung gegenüber den Versicherten eine gerechtere Lösung, als die angekündigten Maßnahmen, deren Wirksamkeit von vornherein als recht zweifelhaft erscheint.

Mit freundlichen Grüßen Dr. L. Liehmann, Bad Reichenhain

„Ideeeller Verlust“ „Frühliche Weltanschauer“ WELT vom 24. Dezember

Kirchlich und religiös gesinnten Mitbürgern gelingt bisweilen nicht die Balance zwischen der Lebensbejahung in materiellen Dingen und den von Christus geforderten Teilen zugunsten der Hilfsbedürftigen. Andererseits bekundet eine langjährige Erfahrung, daß vor allem jene Kirchgänger, die z. B. für Glocken oder eine neue Orgel spenden, oft auch am meisten für die Dritte Welt etwas übrig haben. Dem Beitrag Enno von Loewenstern ist insofern zuzustimmen, als durch die Verächtlichmachung des weltwirtschaftlichen Schenkens langfristig ein ideeller Verlust eintreten könnte, obwohl es sich vorgründig hinreichend um den „Mammon“ handelt. Es ginge (sieht man einmal von den ungleich weniger bedeutenden „Osterhasen“-Präsentationen ab) der einzige allgemeine Gesetzkreislauf, eine „Sitt“ verloren, und damit doch ein immerhin möglicher Austausch von Zuwendung und Liebe. Daher auch der für den Heil-

zu erwähnen, die zusätzlich alle Mitglieder finanzieren müssen. Allen voran die Rentner, die die Abtreibungskosten – demnächst wieder durch erhöhte Abzüge von ihrer Rente – bezahlen.

Diesen kostenintensiven Posten gilt es zuzulernen aus der Krankenversicherung herausoperieren. Das bringt bei der bekannt gewordenen Zahl von Abtreibungen eine ganze Menge an sicher kalkulierbaren Einsparungen. In jeder Beziehung gegenüber den Versicherten eine gerechtere Lösung, als die angekündigten Maßnahmen, deren Wirksamkeit von vornherein als recht zweifelhaft erscheint.

Mit freundlichen Grüßen Dr. L. Liehmann, Bad Reichenhain

„Ideeeller Verlust“ „Frühliche Weltanschauer“ WELT vom 24. Dezember

Kirchlich und religiös gesinnten Mitbürgern gelingt bisweilen nicht die Balance zwischen der Lebensbejahung in materiellen Dingen und den von Christus geforderten Teilen zugunsten der Hilfsbedürftigen. Andererseits bekundet eine langjährige Erfahrung, daß vor allem jene Kirchgänger, die z. B. für Glocken oder eine neue Orgel spenden, oft auch am meisten für die Dritte Welt etwas übrig haben. Dem Beitrag Enno von Loewenstern ist insofern zuzustimmen, als durch die Verächtlichmachung des weltwirtschaftlichen Schenkens langfristig ein ideeller Verlust eintreten könnte, obwohl es sich vorgründig hinreichend um den „Mammon“ handelt. Es ginge (sieht man einmal von den ungleich weniger bedeutenden „Osterhasen“-Präsentationen ab) der einzige allgemeine Gesetzkreislauf, eine „Sitt“ verloren, und damit doch ein immerhin möglicher Austausch von Zuwendung und Liebe. Daher auch der für den Heil-

zu erwähnen, die zusätzlich alle Mitglieder finanzieren müssen. Allen voran die Rentner, die die Abtreibungskosten – demnächst wieder durch erhöhte Abzüge von ihrer Rente – bezahlen.

Diesen kostenintensiven Posten gilt es zuzulernen aus der Krankenversicherung herausoperieren. Das bringt bei der bekannt gewordenen Zahl von Abtreibungen eine ganze Menge an sicher kalkulierbaren Einsparungen. In jeder Beziehung gegenüber den Versicherten eine gerechtere Lösung, als die angekündigten Maßnahmen, deren Wirksamkeit von vornherein als recht zweifelhaft erscheint.

Mit freundlichen Grüßen Dr. L. Liehmann, Bad Reichenhain

„Ideeeller Verlust“ „Frühliche Weltanschauer“ WELT vom 24. Dezember

Kirchlich und religiös gesinnten Mitbürgern gelingt bisweilen nicht die Balance zwischen der Lebensbejahung in materiellen Dingen und den von Christus geforderten Teilen zugunsten der Hilfsbedürftigen. Andererseits bekundet eine langjährige Erfahrung, daß vor allem jene Kirchgänger, die z. B. für Glocken oder eine neue Orgel spenden, oft auch am meisten für die Dritte Welt etwas übrig haben. Dem Beitrag Enno von Loewenstern ist insofern zuzustimmen, als durch die Verächtlichmachung des weltwirtschaftlichen Schenkens langfristig ein ideeller Verlust eintreten könnte, obwohl es sich vorgründig hinreichend um den „Mammon“ handelt. Es ginge (sieht man einmal von den ungleich weniger bedeutenden „Osterhasen“-Präsentationen ab) der einzige allgemeine Gesetzkreislauf, eine „Sitt“ verloren, und damit doch ein immerhin möglicher Austausch von Zuwendung und Liebe. Daher auch der für den Heil-

zu erwähnen, die zusätzlich alle Mitglieder finanzieren müssen. Allen voran die Rentner, die die Abtreibungskosten – demnächst wieder durch erhöhte Abzüge von ihrer Rente – bezahlen.

Diesen kostenintensiven Posten gilt es zuzulernen aus der Krankenversicherung herausoperieren. Das bringt bei der bekannt gewordenen Zahl von Abtreibungen eine ganze Menge an sicher kalkulierbaren Einsparungen. In jeder Beziehung gegenüber den Versicherten eine gerechtere Lösung, als die angekündigten Maßnahmen, deren Wirksamkeit von vornherein als recht zweifelhaft erscheint.

Mit freundlichen Grüßen Dr. L. Liehmann, Bad Reichenhain

„Ideeeller Verlust“ „Frühliche Weltanschauer“ WELT vom 24. Dezember

Kirchlich und religiös gesinnten Mitbürgern gelingt bisweilen nicht die Balance zwischen der Lebensbejahung in materiellen Dingen und den von Christus geforderten Teilen zugunsten der Hilfsbedürftigen. Andererseits bekundet eine langjährige Erfahrung, daß vor allem jene Kirchgänger, die z. B. für Glocken oder eine neue Orgel spenden, oft auch am meisten für die Dritte Welt etwas übrig haben. Dem Beitrag Enno von Loewenstern ist insofern zuzustimmen, als durch die Verächtlichmachung des weltwirtschaftlichen Schenkens langfristig ein ideeller Verlust eintreten könnte, obwohl es sich vorgründig hinreichend um den „Mammon“ handelt. Es ginge (sieht man einmal von den ungleich weniger bedeutenden „Osterhasen“-Präsentationen ab) der einzige allgemeine Gesetzkreislauf, eine „Sitt“ verloren, und damit doch ein immerhin möglicher Austausch von Zuwendung und Liebe. Daher auch der für den Heil-

zu erwähnen, die zusätzlich alle Mitglieder finanzieren müssen. Allen voran die Rentner, die die Abtreibungskosten – demnächst wieder durch erhöhte Abzüge von ihrer Rente – bezahlen.

Diesen kostenintensiven Posten gilt es zuzulernen aus der Krankenversicherung herausoperieren. Das bringt bei der bekannt gewordenen Zahl von Abtreibungen eine ganze Menge an sicher kalkulierbaren Einsparungen. In jeder Beziehung gegenüber den Versicherten eine gerechtere Lösung, als die angekündigten Maßnahmen, deren Wirksamkeit von vornherein als recht zweifelhaft erscheint.

Mit freundlichen Grüßen Dr. L. Liehmann, Bad Reichenhain

„Ideeeller Verlust“ „Frühliche Weltanschauer“ WELT vom 24. Dezember

Kirchlich und religiös gesinnten Mitbürgern gelingt bisweilen nicht die Balance zwischen der Lebensbejahung in materiellen Dingen und den von Christus geforderten Teilen zugunsten der Hilfsbedürftigen. Andererseits bekundet eine langjährige Erfahrung, daß vor allem jene Kirchgänger, die z. B. für Glocken oder eine neue Orgel spenden, oft auch am meisten für die Dritte Welt etwas übrig haben. Dem Beitrag Enno von Loewenstern ist insofern zuzustimmen, als durch die Verächtlichmachung des weltwirtschaftlichen Schenkens langfristig ein ideeller Verlust eintreten könnte, obwohl es sich vorgründig hinreichend um den „Mammon“ handelt. Es ginge (sieht man einmal von den ungleich weniger bedeutenden „Osterhasen“-Präsentationen ab) der einzige allgemeine Gesetzkreislauf, eine „Sitt“ verloren, und damit doch ein immerhin möglicher Austausch von Zuwendung und Liebe. Daher auch der für den Heil-

zu erwähnen, die zusätzlich alle Mitglieder finanzieren müssen. Allen voran die Rentner, die die Abtreibungskosten – demnächst wieder durch erhöhte Abzüge von ihrer Rente – bezahlen.

Diesen kostenintensiven Posten gilt es zuzulernen aus der Krankenversicherung herausoperieren. Das bringt bei der bekannt gewordenen Zahl von Abtreibungen eine ganze Menge an sicher kalkulierbaren Einsparungen. In jeder Beziehung gegenüber den Versicherten eine gerechtere Lösung, als die angekündigten Maßnahmen, deren Wirksamkeit von vornherein als recht zweifelhaft erscheint.

Mit freundlichen Grüßen Dr. L. Liehmann, Bad Reichenhain

„Ideeeller Verlust“ „Frühliche Weltanschauer“ WELT vom 24. Dezember</

NACHRICHTEN

Pfannkuch nominiert

Düsseldorf (sid) - Mit dem neuen deutschen Hallenmeister Peter Pfannkuch (Hannover) beginnt das deutsche Tennis-Team am 9. Januar das Training für die Endrunde um den Kingscup in der Essener Gruga-Halle (14. - 20. Januar). Weiter gehen zum deutschen Team: Westphal (Neuss), Schwaier (München), Popp (Neuss) und Osterhagen (Hamburg).

Pfarrer für Nationalelf

Selb (sid) - Die deutsche Fußball-Nationalmannschaft soll bei internationalen Turnieren wieder von einem Pfarrer betreut werden. Diese Ansicht vertritt der evangelische Dekan Heinz Schindler (Selb).

Leonard verunglückt

Beltsville (dps) - Der frühere Profi-Box-Weltmeister Sugar Ray Leonard wurde bei einem Verkehrsunfall verletzt. Leonard, der Brustquetschungen und Schnittverletzungen im Gesicht und an den Händen erlitt, war mit seinem Jeep nach einem Zusammenprall mit einem anderen Wagen in den Straßengraben geschleudert worden.

ZAHLEN

RAD

32. Kölner Sechstagerrennen, Endstand: 1. Thurnau/Clark (Deutschland/Australien) 222 Punkte, eine Runde; 2. Kristin/Rinklin (Deutschland) 337; 3. Schütz/Frank (Deutschland/Dänemark) 263.

VOLLEYBALL

Internationales Acht-Nationen-Turnier, Damen, in Bremen, erster Spieltag, Gruppe A: Deutschland - CSSR 3:0, Südkorea - Kanada 3:0.

TENNIS

Masters-Turnier für Spieler unter 21 Jahren in Birmingham, Herren-Einzel, zweite Runde: Nyström (Schweden) - Westphal (Deutschland) 6:4, 6:3; Doppel-Weltmeisterschaft, Herren, in London: Tarcov/Günthard (Ungarn/Schweiz) - Simonsson/Järryd (Schweden) 3:6, 6:3, 1:6, 7:5, 7:6; Einzelturnier in Las Vegas (1,3 Millionen Dollar): 1. Runde: McEnroe - Kriekel (beide USA) 5:7, 6:4, 6:3; Connors - Arias (beide USA) 6:0, 6:4; Gerulaitis (USA) - Vilas (Argentinien) 6:4, 6:7, 6:3.

EISHOCKEY

Europapokal: Kölner EC - Bozen 9:3 (Hinspiel: 6:1). Köln damit für die Endrunde qualifiziert.

GEWINNZAHLEN

Mittwochsloste: 9, 15, 16, 18, 20, 22; Zusatzzahl: 33. - Gewinnzahlen vom Mittwochsloste: Klasse 1: 508 049, 2: 46 186, 30, 3: 1 812, 40: 41,00, 5: 5,30. (Ohne Gewähr).

SKISPRINGEN / Der Bundestrainer wehrt sich

Roscher will von einer Pleite nichts wissen

R. v. HOLST, Innsbruck. Sieben Personen huschen durch den Innsbrucker Hofgarten. Es ist längst dunkel, der Weg ist kaum noch zu sehen. Das Thermometer zeigt minus 15 Grad. Ein paar Spaziergänger führen noch ihre Hunde aus. Und Konditionstrainer Rudi Tusch, "Spurt", Hundert Meter weiter bleiben die sechs deutschen Skispringer ausgepumpt stehen. "Leichter Trab", lautet das nächste Kommando. Von der nahen Schwarzwand-Kirche, in der Könige, Fürsten und andere Türl-Größen in Bronze gegossen liegen, tönt die Kirchturmuhre. Es ist 17.30 Uhr.

Seit einer halben Stunde absolviert die deutsche Nationalmannschaft der Skispringer noch ein leichtes Konditionstraining. Beim Sprungtraining zuvor in Innsbruck auf dem Berg Isel hatte die Mannschaft gut abgeschnitten. Andreas Bauer 102,5 m, Thomas Klauer 102 m. Und doch konnten auch diese guten Ergebnisse das schlechte Resultat des Nijmegen-Springens nicht vergessen machen. "Wir haben an dem schlechtesten Ergebnis für deutsche Springer seit dem Bestehen der Vierschanzentournee noch zu knabbern", sagt Rudi Tusch, der ab 1984, wenn der Vertrag von Bundestrainer Ewald Roscher abläuft, Chef werden soll. Er sagt: "Das ist noch eine harte Geschichte."

Im Hotel Greif nippt Ewald Roscher abends an seinem Rotwein und sagt: "Es ist immer wieder erstaunlich, daß die guten Ergebnisse der Deutschen nicht gemeldet werden, immer nur das Negative. Das schadet unserem Sport." Der 37-Jährige, dem man einmal mehr "Weichheit" vorwirft, mag "von dem ganzen Unsinn der deutschen Pleite" nichts mehr hören, so wie es die Sportagenturen in den letzten Tagen berichtet haben. "Ich habe nach dem Springen von Garmisch sogar daran gedacht, Schluß zu machen, aber die deutschen Skispringer sind an der Weltspitze. Hinter den Österreichern und den Norwegern belegen wir noch vor den Finnen und den Springern aus der DDR den dritten Platz. Mit Peter Rohwein, Andreas Bauer und Thomas Klauer haben wir drei Springer von absoluter Weltklasse." Damit, so scheint es, ist das verlorene Image der deutschen Skispringer wieder ins rechte Licht gerückt.

Rudi Tusch: "Es nützt überhaupt nichts, den Springern Vorwürfe zu machen. Selbst nach einem schlechten Ergebnis müssen wir ihnen noch sagen, wie gut sie sind."

Daß diese Art der Streicheleinheiten auch Probleme mit sich bringt, gibt Ewald Roscher gerne zu. "Wenn wir unsere Springer nicht richtig aufpassen, die nicht wieder neu motivieren, ihnen vor allem ihre Angst nehmen, die jeder hat, auch ein Weissflog oder Nykänen, dann können wir unseren Läden hier dichten machen." Im Klartext bedeutet das: Selbst schlechte Leistungen, wie in Garmisch gesehen, dürfen nicht so bewertet werden, wie sie eigentlich sind, nämlich miserabel. "Wenn wir bei allem, was wir sagen, nicht aufpassen, laufen uns am Ende noch die Springer weg", befürchtet Rudi Tusch.

Seit dem Amtsantritt von Ewald Roscher hat sich, wie er selbst sagt, das deutsche Skispringen maßgeblich verbessert. "So viele gute Weltcup-Wertungen hatte vor mir noch niemand." Trotzdem hat das Skispringen strukturelle Probleme. "Wenn wir jetzt nicht aufpassen", sagt der 57-Jährige, "sinken wir in die Bedeutungslosigkeit ab." Denn, so begründet er die düsteren Zukunftsaussichten, "an der Basis, in den Ski-klubs, wird keine Nachwuchsarbeit geleistet."

Beim Deutschen Skiverband liegt ein von ihm und Rudi Tusch ausgearbeitetes Konzept vor, das jetzt auch umgesetzt werden soll: In zahlreichen Orten sollen Trainer auf Honorarbasis den Nachwuchs fördern. "Es kann nicht angehen, daß wir in den Jahrgängen 1965/66 nur zwei Springer haben. Jede andere Sportart kann aus dem vollen schöpfen", begründet Roscher den neuen Weg.

Um in Zukunft eine bessere Talent-suche zu ermöglichen, müßten neue Anlagen gebaut werden. Rudi Tusch: "Wir brauchen 20-m-Schanzen. Da werden die Talente gemacht. Leider können wir eine solche Entwicklung nicht bestimmen. Und die Vereine haben bislang nur Interesse an Großveranstaltungen." So wurden in Oberstdorf in neue Anlagen, die fast niemand braucht, über 20 Millionen Mark investiert. Auch daran krankt das deutsche Skispringen. Dies sollte nicht vergessen werden.

STANDPUNKT

Zwei Klassen

War das 33. Kölner Sechstagerrennen vorläufig auch das letzte? Nach Frankfurt, wo im Oktober des vergangenen Jahres die Veranstaltung abgesagt wurde, droht ein weiterer deutscher Sechstageschauplatz aus dem internationalen Kalender zu verschwinden. 50 000 Mark Verlust haben die Veranstalter offiziell zugegeben, intern wird sich die Summe wohl verdoppeln.

Die wirtschaftlichen Möglichkeiten waren in Köln immer schon begrenzt. In der kleinsten Halle aller sechs deutschen Sechstages-Städte können keine finanziellen Sprünge möglich sein. Von Zuschauerzahlen wie in München (89 000) und Bremen (118 500) können die Kölner mit ihren gerade 25 000 Besuchern nur träumen.

Es hat sich deshalb eine Zweiklassen-Gesellschaft herauskristallisiert. Die Kölner haben zu dem ganz auf Unterhaltungs-Elemente verzichtet und nur auf die Zugkraft der Stars gesetzt. Doch die gibt es leider nicht mehr. Die überhöhten Preise für Bier und Würstchen tun ein übriges, um die Besucher abzuschrecken. Gerade hier wäre der Hebel anzusetzen, auch wenn die Veranstalter meistens davon nichts wissen wollen. DW.

EISHOCKEY

Dopingvorwürfe vom Kölner EC

sid, Düsseldorf. Herbert Plum, Mannschaftsarzt des Eishockey-Bundesligaklubs Kölner EC, hat im Zusammenhang mit der Augenverletzung des Kölners Steve McNeil Dopingvorwürfe erhoben. Plum: "Aufgrund meiner Beobachtungen glaube ich, daß von Spielern aus Mannheim, Landshut und Schwenningen, aber auch aus Düsseldorf etwas genommen wird."

Nach Plums Meinung werden vor allem Amphetamine (stimulierendes Kreislaufmittel) verabreicht oder selbst genommen. "Symptome sind überhöhte Pupillen oder regungsloser Gesichtsausdruck. Ein Zusammenhang mit der wachsenden Brutalität kann bestehen, weil das Doping zu einer Überreaktion führen kann."

SKI ALPIN / WELT-Interview mit Willi Lesch

„Wir Favorit? Das sehe ich nur ganz locker“

KLAUS BLUME, Bonn. Mit dem Slalom der Damen in Maribor (Jugoslawien) und dem Herren-Slalom in Bad Wiessee wird heute die alpine Weltcup-Saison 1984/85 fortgesetzt. Seitdem war das deutsche Team so erfolgreich wie in diesem Winter. Im Gesamt-Weltcup der Damen liegt die Münchnerin Marina Kiehl sogar auf Platz eins. In vier Wochen beginnen in Bormio (Italien) die Weltmeisterschaften. Die deutschen Damen gehören zum Favoritenkreis. Die WELT sprach darüber mit Bundestrainer Willi Lesch (42).

WELT: Marina Kiehl führt in der Weltcup-Wertung. Kann sie den Gesamt-Weltcup gewinnen?

Lesch: Um zu gewinnen, müßte sie im Slalom stärker sein. Unser Ziel sind aber in diesem Winter die Weltmeisterschaften in Bormio, nicht der Weltcup-Sieg.

WELT: Gabe es in diesem Winter aber keine Weltmeisterschaften, wäre die Situation sicher anders...

Lesch: Ohne Weltmeisterschaft ganz bestimmt. Dann würden wir zum Beispiel noch einmal auf den Slalom setzen, dann kann man sich auch Extra-Probleme schaffen.

WELT: Marina Kiehl führt im Weltcup, Maria Eppler-Beck, Michaela Gerg und Traudl Hächer gehören zu den ersten zehn der Weltcup-Wertung. Kam die jetzige Situation überraschend?

Lesch: Nein, sie kam wirklich nicht überraschend. Und deshalb birgt sie für uns vor den Weltmeisterschaften in vier Wochen auch keine Probleme in sich.

WELT: Und der Druck der Öffentlichkeit?

Lesch: Der war immer da. Ob gut oder weniger gut gefahren wird. Wenn uns die Medien jetzt in einer Favoritenrolle sehen, ob für Weltcup-Rennen oder für die Weltmeisterschaften, dann kann ich es auch nicht ändern. Ich kann niemanden beeinflussen. Aber gut, wenn man uns als Favoriten sieht, dann sehe ich das ganz locker.

WELT: Kuno Messmann, der alpine Sportwart des Deutschen Ski-Verbandes, hat gesagt, er erwarte bei den Weltmeisterschaften vom deutschen Team eine Medaille. Ist das nicht zu viel an Understatement?

Lesch: Ich wünsche mir auch eine Medaille - fürs Damenteam.

WELT: Immer schön bescheiden bleiben, oder...

Lesch: Na gut, unter den jetzigen Voraussetzungen könnte das auch mehr werden.

WELT: Aber nicht im Slalom?

Lesch: Sicher nicht, denn wir haben bei den jungen Leuten derzeit keine absolute Slalomspezialistin, obwohl wir im Slalombereich schwerpunktmäßig gearbeitet haben. Schließlich wollen wir aufholen.

WELT: Es gab jahrelang einen Star im deutschen Damen-Team: Irene Eppler. In diesem Winter nun führt sie hinter den jüngeren Mädchen her. Ist es der letzte Winter der Irene Eppler? Wird sie ihre erfolgreiche Laufbahn endgültig beenden?

Lesch: Sie sagt es, wobei man vorsichtig sein muß. Sie wünscht sich sicher einen besseren Abgang, als sie ihn jetzt hätte. Und den hätte sie auch verdient, wenn man sich die Erfolge der Irene Eppler noch einmal vor Augen hält.

WELT: Irene Schwester Maria hat im Herbst gesagt, sie käme erst Ende Januar so richtig in Schwung. Nun aber ist sie hervorragend in die Saison gestartet, gleich mit einem Sieg bei den World Series in San Siro. Hat Maria Eppler geblickt, oder stimmt etwas an der Planung nicht?

Lesch: Sie war selbst verblüfft. Erst Ende Januar wollte sie in Form sein, doch im Slalom wurde sie im Vorbereitungstraining von den jungen Läuferinnen sehr gefordert, und das hat ihr Leistungsniveau zwangsläufig schon zu Beginn des Winters stark angehoben. Und das kann nur gut für sie sein. Nur so läßt es sich erklären, daß Maria Eppler-Beck schon so gut in Schuß ist.

WELT: Marina Kiehl ist ganz vorn. Die nur einen Monat ältere Michaela Gerg scheint aber immer noch etwas hinterherzuhinken. Wie erklären Sie sich das?

Lesch: Siegen möchten viele, aber siegen können - das ist eine andere Sache. Ob Michaela ein absoluter Siegertyp ist, muß sich noch zeigen. Sie zeigt Ansätze. Im übrigen: Wenn jemand fünfte und sechste Plätze bei Weltcup-Rennen erreicht, hinkt er nicht hinterher.

SCHACH / WM

Interessanter neunter Zug

L. P. Bonn

Auch die 37. Partie der Schach-Weltmeisterschaft zwischen Titelverteidiger Anatoli Karpow und seinem Herausforderer Garri Kasparow endete remis. Dieses längste Schachpartie in der Geschichte des Schach führt jetzt schon dazu, daß sich Statistiker die Zeit mit Zahlenspielen vertreiben. Die sowjetische Nachrichtenagentur Tass veröffentlichte folgende Rechnung: Für die 36 Partien, die 1984 gespielt wurden, benötigte der Weltmeister 78 Stunden und 17 Minuten Bedenkzeit für seine insgesamt 1593 Züge. Kasparow machte 1599 Züge und dachte genau eine Minute weniger nach.

Nach der ersten Partie des Jahres 1985 steht es weiterhin 5:1 für den Weltmeister. Noch immer braucht er nur einen Sieg, um seinen Titel zu verteidigen. Das zähe Ringen geht also weiter. Viele Moskauer stöhnen inzwischen vernehmlich auf, wenn sie in der Stadtmitte am Gewerkschaftshaus, in dessen Säulensaal die beiden spielen, vorbeigehen.

Die 37. Partie war wenigstens für die Eröffnungstheorie interessant. Es scheint, daß Kasparow die zahlreichen zusätzlichen Ruhetage zur Verbesserung seiner Vorbereitung genutzt hat. Nach seinem wenig bekannten 9. Zug in der Sizilianischen Verteidigung mied Karpow jedenfalls jedes Risiko und gab sich mit Ausgleich und Remis zufrieden.

Die Notation (Karpow Weiß, Sizilianisch): 1.e4 e5, 2.Sf3 d6, 3.d4 cxd4, 4.Sxd4 Sg6, 5.Sc3 Sc6, 6.Lg5 e6, 7.d5 Le7, 8.d-d4 0-0, 9.Sb5...

In der 35. Partie geschah 9.f4 h6, 10.Lb4 e5! ebenfalls mit einem schnellen Remis.

9...a5! Dieser Gegenangriff wird in theoretischen Büchern nur am Rande vermerkt. Es droht ein weiterer Vormarsch des Bauern bis a3. Nach 10.Lb5 ist a4! auch möglich: 11.Lxa4 Sxe4. Falls 10.a3 a4, 11.Sd4, so folgt wie in der Partie der Befreiungszug d5!

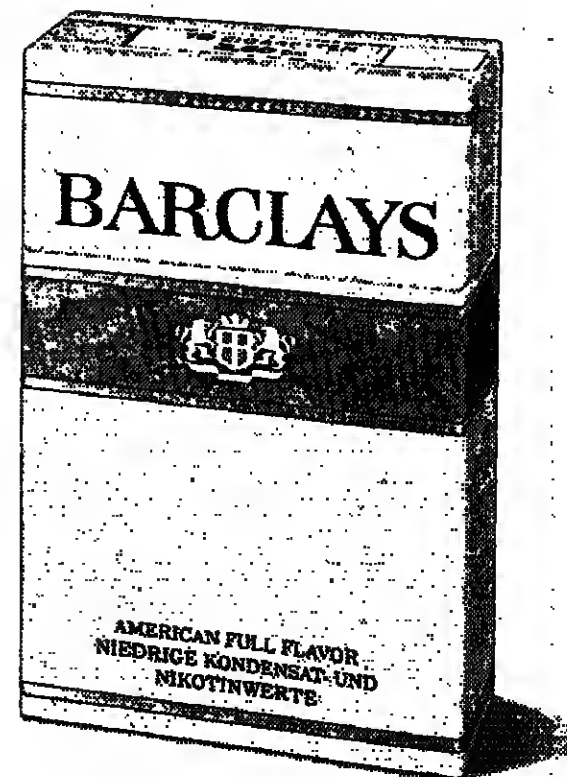
10.a4 d5!, 11.Lxd5... Das ist völlig harmlos. Einen kleinen Vorteil verspricht vielleicht 11.Lxf6 Lxf6, 12.exd5 Lxc3, 13.Dxc3 exd5, 14.Sd4 oder 12...Sb4?, 13.d6! 11...Sxd5, 12.Lae7 Sxe7, 13.Sb5 Ld7, 14.La2 Sf5, 15.Sb4 Sxd4. Remis.

Kräftig oder leicht?

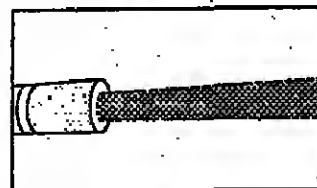
Neu. Die erstaunliche Barclays.
Kräftige American Blend - mit wenig Kondensat und wenig Nikotin.

Ja.

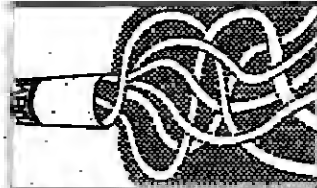
Barclays.
Die erste Kräftige,
die eine Leichte ist



Ja! Beides stimmt: Die neue Barclays ist tatsächlich die erste Kräftige, die eine Leichte ist. Denn einerseits sorgen kräftige, hochwertige Qualitäts-Tabake und die einzigartige Actron-Technologie für wesentlich mehr Geschmacksentfaltung. Andererseits bieten die niedrigen Werte einen wirklich angenehmen Rauchgenuss. Sie sollten Barclays probieren!



Bei herkömmlichen, gefilterten Filterzigaretten strömt das Luft/Rauch-Gemisch als Strahl an den meisten Geschmackswerten vorbei.



Bei Barclays mit der Actron-Technologie wird das Luft/Rauch-Gemisch im Mundraum verteilt und spricht dort sämtliche Geschmackswerten an. Ergebnis: Mehr Geschmack.

Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 0,2 mg Nikotin und 1 mg Kondensat (Tar). (Durchschnittswerte nach DIN). Maschinennesswerte. Beim Rauchen deutlich höhere Werte möglich.

Prozeß von Lambsdorff verurteilt

Fortsetzung von Seite 1

Die Ermittlungen in der Parteispionagen-Affäre gegen Lambsdorff als früherer nordrhein-westfälischer FDP-Schatzmeister laufen seit 1980, die wegen Vorteilsnahme seit drei Jahren. Vor über einem Jahr wurde dann auf einer spektakulären Pressekonferenz von der Staatsanwaltschaft die Anklage vorgelegt, die dann im Juni zugelassen wurde und zum Rücktritt von Lambsdorff als Wirtschaftsminister führte. Damit, so meinte er gestern, sei „offensichtlich“ deren „Hauptziel“ erreicht worden. Lambsdorff, der wiederholt seine Unschuld bekräftigt hatte, verwies gestern noch einmal auf seine damaligen Äußerungen, nach denen „Gerechtigkeit auch schnelle Gerechtigkeit“ bedeute.

Die Staatsanwaltschaft wirft Lambsdorff vor, in seiner Zeit als Wirtschaftsminister vom Flick-Konzern 135 000 Mark erhalten zu haben. Sie beruft sich dabei auf Aufzeichnungen des ehemaligen Chefbuchhalters Rudolf Diehl. Außerdem steht er in dem Verdacht, dem Finanzamt als früherer FDP-Schatzmeister in NRW Steuern in Höhe von 2,25 Millionen Mark vorenthalten zu haben, indem Spenden für seine Partei zunächst an als gemeinnützig anerkannte Einrichtungen gezahlt worden seien sollen.

Wilhelm erklärte, die Staatsanwaltschaft habe die Ermittlungen in den Steuervorgängen „mit größtmöglicher Beschleunigung fortgeführt“, nachdem das Landgericht bei der Anklagezulassung wegen Bestechung beziehungsweise Bestechlichkeit einen „Sachzusammenhang“ angedeutet hätte. Es seien „die äußersten Anstrengungen“ unternommen worden, um die Strafkammer noch vor dem 10. Januar in die Lage zu versetzen, „einen Überblick über die gesamten Vorwürfe zu gewinnen und die erforderlichen strafprozessualen Entscheidungen zu treffen“.

Dagegen übten, ähnlich wie Lambsdorff, auch dessen Anwälte Müller und Sven Thomsen Kritik am Vorgehen der Staatsanwaltschaft. Deren Verhalten müsse „befremden“. Es stelle „sich als eine Zumutung an das Gericht und die Verfahrensbeteiligten dar“.

Noch massiver reagierte nach dem Bekanntwerden der Verschönerung des Prozesses FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann. Er sprach von einer neuen rechtspolitischen Vernachlässigung, die offensichtlich das Ziel der nordrhein-westfälischen Ermittlungsbehörden sei. Jetzt seien nicht nur die Rechtspolitiker aus allen Parteien gefragt. Er forderte gleichzeitig ausdrücklich die SPD-führte Düsseldorf-Landesregierung mit Ministerpräsident Johannes Rau an der Spitze zum Eingreifen auf. Denn es sei an der Zeit, daß Lambsdorff Gerechtigkeit widerfahre und ein zügiges Verfahren stattfindet.

Vietnam greift Grenzlager Son Sams an

Fortsetzung von Seite 1

Schlacht um Ampil besonders blutig werden wird. Für Hanoi ist die Einnahme von Ampil eine Frage der Wahrung seines Gesichtes, da ein früherer Versuch zur Einnahme dieses Camps (im April 84) von den KPNLF-Verteidigern abgewehrt werden konnte.

Jetzt stehen in Ampil 3400 KPNLF-Kämpfer etwa 4000 massiv gerüsteten Vietnamesen gegenüber. Ampil liegt 25 Kilometer nördlich von Nong Samet. Nach einer während des Vietnamkriegs (bis April 1975) bewährten Taktik zielt Hanoi darauf ab, seinen Feind zu zermürben, ihn durch an den Verhandlungstisch zu zwingen und ihn zur Annahme eines Diktats vietnamesischer Interessen zu zwingen.

Die KPNLF unter Son Sann ist die politisch wichtigste Gruppe in der Dreiparteienkoalition der am 22. Juni 1983 formierten Widerstandsregierung. Diese Widerstandsregierung wurde offiziell von der UNO anerkannt. Die beiden anderen Parteien unterstehen der Führung von Prinz Sihanouk und den ehemaligen Roten Khmer. Die einstigen Roten Khmer sind darunter mit bis zu 60 000 Soldaten die kampfkraftigste Organisation. Die Armee von Prinz Sihanouk (ANF) zählt etwa 5000 Guerillas.

Bisher sind die Sihanouk- und Rote-Khmer-Lager, von kleineren Attacken abgesehen, von der Trockenzeitoffensive verschont geblieben. Kampflüge für die bedrängten KPNLF-Brüder ist für sie jedoch nur beschränkt möglich. Die Sihanoukisten müssen zur Verteidigung ihrer eigenen Lager gewappnet sein, die Mehrheit der Roten-Khmer-Kämpfer befindet sich im Landesinneren. Sie nutzen die Konzentration der Vietnamesen an der Grenze, um im Hinterland an Boden zu gewinnen und den Soldaten Hanois die Versorgungslinien zu blockieren. Beobachter erwarten, daß die Roten Khmer bald mit größeren Attacken gegen vietnamesische Logistikinstallationen beginnen werden.

Nakasone sichert Öffnung des japanischen Marktes zu

Reagan zerstreut Bedenken gegenüber Genfer Gesprächen

FRITZ WIRTH, Washington
In einem Gipfeltreffen des Lächelns und des good will haben Präsident Reagan und der japanische Premierminister Nakasone beschlossen, neue intensive Anstrengungen zu unternehmen, um die wirtschafts- und handelspolitischen Spannungen zwischen beiden Ländern zu überwinden. Es war die fünfte Begegnung zwischen beiden Regierungschefs. Nach den enttäuschenden Ergebnissen früherer Gespräche zeichnen sich dieses Mal in der Sache Fortschritte ab.

„Wir stimmen überein, in den kommenden Monaten große Anstrengungen zu unternehmen, unsere Märkte zu öffnen und dem protektionistischen Druck in beiden Ländern zu widerstehen“, erklärte Reagan nach dem dreistündigen Gespräch in einem Hotel in Los Angeles.

Um diesen Bemühungen, die schon auf vorhergehenden amerikanischen-japanischen Gipfeltreffen unterstrichen wurden, dieses Mal mehr Nachdruck zu geben, kamen beide Regierungschefs überein, diesen handelspolitischen Annäherungs- und Normalisierungsprozeß von den beiden Außenministern Shultz und Abe überwachen zu lassen.

Es fiel in der anschließenden Pressekonferenz auf, wie häufig der amerikanische Präsident bei der Beschreibung der beiderseitigen Handelsprobleme, die sich weitgehend als ein Einbahnverkehr mit einem amerikanischen Handelsbilanzdefizit von 35 Milliarden Dollar darstellt, die Vokabel „dringend“ gebrauchte. Man weiß in Washington, daß sich dieses Ungleichgewicht nicht kurzfristig und drastisch beheben läßt, hofft jedoch, daß die Japaner zunächst einmal auf einigen für die Amerikaner interessanten Bereichen wie Telekommunikation, Computern und medizinischen Geräten ihre Einfuhrrestriktionen lockern.

„Wir stimmen überein, daß ein Scheitern unserer Bemühungen, unsere Handelsprobleme zu überwinden, unsere Fähigkeit beeinträchtigen würde, unsere gemeinsame Vision einer internationalen Partnerschaft zwischen den USA und Japan zu erfüllen“, erklärte Reagan. Der amerikanische Präsident versprach eine aktive Folgewirkung.

Mehr Werbung: Folgen andere Sender dem Beispiel des HR?

Neuer Zündstoff in der medienpolitischen Diskussion

Nea, Frankfurt
Das Vorgesprechen des Hessischen Rundfunks bei der Ausweitung der Fernsehwerbung kündigt nach Ansicht von Fachleuten neue allgemeine Irritationen in der medienpolitischen Diskussion an. Zum einen liegt dem Hessischen Zeitungsverlegerverband bereits ein Rechtsgutachten des Mainzer Juristen Professor Ricker vor, das in der Ausweitung der HR-Werbung auf das dritte TV-Programm eine eindeutige Verletzung verfassungsrechtlicher Normen sieht und sogar ein Einschreiten der hessischen Landesregierung in Ausübung ihrer Rechtsaufsichtspflicht für geboten erachtet.

Mit einem solchen Einschreiten ist freilich nicht zu rechnen. Auch ein möglicher Kläger vor dem Bundesverfassungsgericht ist noch nicht in Sicht. Zwar hat auch das Land Rheinland-Pfalz massive rechtliche Beden-

kung von diesen Gesprächen, die auf seinen Wunsch zustande kamen.

Die Begegnung zwischen beiden Regierungschefs war die bislang letzte einer Serie von bilateralen Treffen mit führenden amerikanischen Botschaftern vor dem Genfer Abrüstungsdialog in der kommenden Woche. Wie schon zuvor in seinen Begegnungen mit Bundeskanzler Kohl und Premierminister Thatcher war Reagan vor allem daran gelegen, ein hohes Maß an Übereinstimmung in abrüstungstrategischen Fragen zu erzielen. Reagan versicherte Nakasone, daß seine Regierung bei den bevorstehenden Abrüstungsgesprächen die japanischen Interessen berücksichtigen werde. Er versprach dem Gast aus Tokio, die Vereinigten Staaten würden keinem Abkommen mit der Sowjetunion zustimmen, das die Verlagerung von SS-20-Raketen aus dem europäischen in den fernöstlichen Teil der Sowjetunion zulasse. In japanischen Kreisen wird befürchtet, daß eine mögliche Reduzierung von sowjetischen Mittelstreckenraketen in Europa durch eine verstärkte Raketenstationierung im asiatischen Raum kompensiert werden könnte.

Reagan erklärte, er Nakasone habe versichert, seine Regierung beabsichtige, die Abrüstungsgespräche mit den Sowjets mit großem Ernst und großer Entschlossenheit zu führen. „Wenn die Sowjets zur Kooperation bereit sind, wird es auch Fortschritte geben, doch es liegen noch einige harte Verhandlungen vor uns“.

Reagan hatte unmittelbar vor seinem Gespräch mit Nakasone zusammen mit Außenminister Shultz die amerikanische Marschrichtung für künftige Abrüstungsverhandlungen abgesteckt. Auf amerikanischer Seite erwartet man nicht, daß es bereits in Genf zu Konfrontationen kommen wird. Es gebe dort zunächst einmal darum, die Positionen und Gedanken der anderen Seite kennenzulernen und einen Fahrplan für wirkliche Verhandlungen auszuarbeiten. Irigendwelche Waffensysteme jedoch, besonders das Konzept der amerikanischen strategischen Verteidigungsinitiative, stehen vorerst nicht zur Diskussion.

Seite 2: Höhere Ebene

ken gegen das Vorgehen des HR angemeldet. Aber Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) hat auf Fragen bereits antwortet, daß nicht gerade er, der sich seit Monaten um den medienpolitischen Konsens der Parteien und Bundesländer bemüht, sich in der Rolle des Klägers sehen wolle.

Die Zeitungsverleger, die im Vorgesprechen des HR einen existenzgefährdenden Angriff auf das Gleichgewicht zwischen öffentlich-rechtlichem Rundfunk und privatwirtschaftlich organisierter Presse sehen, können selber nicht klagen.

Jetzt werden vermutlich auch andere ARD-Anstalten die zuständigen Aufsichtsgremien bedrängen, ihnen eine solche relativ mühsame Aufstockung ihrer Finanzen zu gestatten. Der Rundfunkrat des HR hatte diese Genehmigung pikareskerweise auch mit dem Stimmen der anwesenden CDU-Vertreter erteilt.

Strategie des Flick-Konzerns „ein Lehrstück für die Politik“

WELT-Gespräch mit dem Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses, Manfred Langner

STEFAN HEYDECK, Bonn

Als „Lehrstück für die Politik“ hat der Vorsitzende des Flick-Untersuchungsausschusses, Manfred Langner (CDU), die bisherigen Erkenntnisse des Ausschusses bezeichnet, der seit dem 18. Januar an 49 Tagen bislang 30 Zeugen aus Politik und Wirtschaft vernommen hat. Wie Langner in einem WELT-Gespräch sagte, scheine es ohne Frage zu sein, daß der Flick-Konzern eine systematische Strategie und ein klares Konzept bei der Verfolgung seiner Steuerbetrugsanträge auf der Ebene der Verwaltung, der Ministerien und der Politik betrieben habe. Dabei seien alle taktischen Einzelheiten jeweils genau bedacht worden.

Dieses Lehrstück, so Langner, sollten für die Zukunft alle mit Subventionsvergaben befaßten Beamten, Politiker und Parlamentarier kennen. Sie sollten wissen, daß „angeblich belanglose Einzelheiten dann doch irgendwann einmal wieder als belangvoll angesehen“ worden seien. Als eine der Folgerungen sollte nach seiner Meinung das Beschleunigungsverfahren für die steuerbegünstigte Wiederanlage von Verkaufserlösen nach dem Einkommensteuergesetz (EinkStG) für die bisherige Wirtschafts- und Finanzministerien zuständig sind, gestrichen werden. Denn dies sei „ja der ganze Anlaß für diese ungeheuren Aktivitäten des Konzerns in Richtung Bonner Landschaft“ gewesen. Statt dessen sollten künftig die Fi-

nanzminister entscheiden. Skeptisch zeigte er sich gegenüber den Vorstellungen der SPD, die die Kriterien der volkswirtschaftlichen Förderungswürdigkeit stärker herausstellen wollen. Dies würde zu „noch mehr Bürokratie“ führen.

Der Ausschuß solle seine Beweis-erhebung möglichst Anfang März beenden. Das elfköpfige Gremium soll während der nächsten 17 Sitzungen versuchen, seinen Auftrag so „zu erledigen“, daß das Parlament noch vor der Sommerpause über den Bericht diskutieren und eventuelle gesetzgeberische Schlussfolgerungen noch vor Ablauf der Legislaturperiode ziehen kann. Langner meinte, „große Teile“ des Berichts könnten „schon heute“ geschrieben werden und würden „mit Sicherheit gemeinsam“ von der Regierungskoalition und der Opposition getragen werden.

Der Ausschuß sollte einen Schwerpunkt der weiteren Beweis-aufnahme darin sehen, herauszufinden, ob und welche Geldströme vom Flick-Konzern an die SPD oder die Friedrich-Ebert-Stiftung geflossen sind. Langner verwies darauf, daß der frühere Manager Eberhard von Brauchitsch ausgesagt hatte, die in den Listen des ehemaligen Chefbuchhalters Rudolf Diehl einzelnen SPD-Politikern zugeordneten Beträge dem verstorbenen Schatzmeister Alfred Nau gegeben zu haben. Dies sei bisher jedoch noch von keinem Zeugen bestätigt worden. Allerdings habe der

frühere Manager Klaus Götze ausgesagt, daß er im Frühjahr 1981 mit von Brauchitsch, der von einer Art Notwehr gegen angeblich rechtswidrige Widerstände gesprochen hatte, über eine noch ausstehende Zahlung an Nau geredet hatte. Langner: „Dem muß nachgegangen werden.“

Die Gerichte müßten jetzt aufräumen, ob gezielt Gelder an Amtsträger geleitet worden seien. Was den politischen Bereich darüber hinaus angehe, sei „auffällig“, daß während der Zeit der Genehmigungsverfahren die Friedrich-Ebert-Stiftung und die Parteien der damaligen Regierungskoalition „besonders stark bedacht“ worden seien.

Langner bedauerte, daß es nicht gelungen sei, von Brauchitsch und den früheren Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff erneut zu laden. Wegen des ursprünglich für den 10. Januar vorgesehenen Verfahrens vor dem Bonner Landgericht sei es ihnen jetzt „überhaupt nicht zuzumuten“, bei uns noch parallel Aussagen zu machen“. Zugleich meldete er Vorbehalte an, ob einige Zeugen erneut vernommen werden müssen. So habe sich etwa bei der Vernehmung des Bundeskanzlers gezeigt, daß zum Schluß „gar keine echten neuen Fragen mehr gekommen sind“. Otto Schily, der offenbar die Beweis-aufnahme fortsetzen will, müsse selbst wissen, „wieweit das damit zu tun hat, daß sein eigenes Verbleiben im Parlament davon abhängt“.

Schmidt: Spaltung mit französischer Hilfe überwinden

DW, Hamburg

Der frühere Bundeskanzler Helmut Schmidt sieht gute Chancen, das Verhältnis zwischen Frankreich und Deutschland zu vertiefen. Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand böten eine gute Voraussetzung, um sowohl die wirtschaftspolitische Zusammenarbeit in der Europäischen Gemeinschaft auszubauen als auch bei der Harmonisierung der französischen und deutschen Verteidigung Fortschritte zu erzielen, schrieb Schmidt in der jüngsten Ausgabe der „Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“.

Nach Meinung des früheren Kanzlers sind beide Länder aufeinander angewiesen, um ihre politischen Ziele zu verwirklichen. Einerseits könne Frankreich seine angestrebte Weltrolle „nur im Tandem mit den Deutschen verwirklichen“. Andererseits könne auch die Bundesrepublik Deutschland die Auswirkungen seiner Spaltung nur dann mildern, wenn es von Frankreich darin unterstützt werde. Gerade wegen der deutsch-französischen Zusammenarbeit auf dem Verteidigungssektor seien die „Revanchismus“-Vorwürfe von Regierungen aus dem sowjetischen Machtbereich unbegründet, erklärte Schmidt weiter.

Wirtschaftspolitisch könnte nach Ansicht des Sozialdemokraten die europäische Integration durch den Eintritt in eine zweite Stufe des Europäischen Währungssystems (EWS) vorangetrieben werden. Das währungspolitische Gewicht Europas ließe sich auf diese Weise vergrößern.

Europarat debattiert über „DDR“-Situation

DW, Bonn

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats wird sich auf Antrag von Abgeordneten aus sieben westeuropäischen Staaten mit der Lage der politischen Häftlinge in der „DDR“ befassen, kündigte der Sprecher der deutschen Delegation, der CDU-Abgeordnete Gerhard Reddemann, an. Außerdem werde der Flüchtlingsausschuß des Europarates die Behandlung von Ausreisewilligen durch die Ost-Berliner Regierung untersuchen und der Frage von Menschenrechtsverletzungen nachgehen. Diese Aktivitäten seien vor allem durch die Haltung der „DDR“-Regierung gegenüber den Hilfesuchenden in der deutschen Botschaft in Prag ausgelöst worden, erklärte Reddemann.

Weitere zwölf Flüchtlinge haben gestern die Botschaft der Bundesrepublik in Prag verlassen und die Heimreise in die „DDR“ angetreten. Bereits am Mittwoch waren 17 der zuletzt noch 57 Menschen abgereist, die mit ihrem Aufenthalt die Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland erzwingen wollten. Damit hielten sich gestern nach drei Informationen noch 28 „DDR“-Einwohner in der Bonner Vertretung auf. Bei ihnen, so hieß es, dauere der „Überlegungsprozeß“ noch an. Es wird aber erwartet, daß sich in den nächsten Tagen weitere Personen zur Rückreise entschließen.

In Bonn hatte am Mittwoch Regierungssprecher Jürgen Sudhoff erklärt, die Abreise der „DDR“-Flüchtlinge beruhe auf deren freier Entscheidung. Die Bundesregierung habe darauf keinen Einfluß genommen.

Genscher nennt Grenz-Diskussion „schädlich“

hey, Bonn

Eine erneute Diskussion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Ostblock-Staaten über Grenzverläufe ist nach den Worten von Bundesaußenminister Genscher „nutzlos, überflüssig und schädlich“. In einer Aussprache auf 1985 bekräftigte er gestern noch einmal, daß die Grenzen in Europa „von uns Deutschen weder heute noch künftig in Frage gestellt“ würden. Genscher, der auf den Willen zum Dialog und zur Zusammenarbeit mit allen östlichen Staaten hinwies, hob hervor, daß das „verständliche Anliegen aller Polen, in dauerhaften festen Grenzen zu leben“, respektiert werde. Der deutsch-polnischen Versöhnung und der Normalisierung der Beziehungen zu Polen würde auf der Grundlage des Warschauer Vertrags große Bedeutung beigemessen.

Weiter begrüßte der Außenminister den neuen bevorstehenden Dialog zwischen den Supermächten, die sich über Sicherheitsfragen verständigen müßten, der den Forderungen und Interessen der Bundesrepublik Deutschland entspreche. Die „Wende im politischen Klima“ mache sich bereits bemerkbar. Moskau, so Genscher, habe die Erfahrung gemacht, daß „eine auf Abkoppelung zielende Politik entgegengesetzte Wirkungen haben“ könne. So wisse man auf beiden Seiten des Atlantiks, daß die europäischen NATO-Mitglieder eine konstruktive Rolle beim Aufbau stabiler West-Ost-Beziehungen spielen können und müssen. Bonn sei bereit, dazu seinen Beitrag zu leisten, ohne daß es zu einer „Verwischung der System-Gegensätze“ komme.

Anschlag in Heidelberg. War es die RAF?

DW, Stuttgart

Als Teil der „Gesamtstrategie der Roten Armee Fraktion (RAF)“ wertet das Landeskriminalamt (LKA) Baden-Württemberg einen fehlgeschlagenen Brandanschlag auf das Institut für Genforschung der Universität Heidelberg am Mittwochabend. Nach Angaben der Polizei wurde bei dem Anschlag niemand verletzt. Allerdings sei durch Verwüstungen von technischen Einrichtungen an dem Gebäude, das im Februar seiner Bestimmung übergeben werden soll, ein erheblicher Sachschaden angerichtet worden. Die Bauschäden sprachen von über 100 000 Mark.

Als Indiz dafür, daß die Täter dem terroristischen Umfeld zuzurechnen sind, wertet das LKA die Tatsache, daß die Wände im Gebäude mit Panolen wie „Zusammenlegung der politischen Gefangenen“ besprüht waren. Aus diesem Grund müsse der Vorfall mit der Serie von Anschlägen in Verbindung gebracht werden, für die die RAF in jüngster Zeit in Bekennerbrieffen die Verantwortung übernommen habe.

Arbeiter hatten am 2. Januar im Keller des Neubaus einen Brandanschlag gefunden, der mit einer Zündvorrichtung verbunden gewesen sei, sich jedoch nicht entzündet habe. Außerdem hätten die Täter, so das LKA, weitere „technische Manipulationen“ versucht. So wurden beispielsweise wertvolle Geräte mit Bodenkleeblätter und Motorenöl übergossen und so schwer beschädigt.

Ein Sachschaden von ebenfalls mehreren tausend Mark wurde gestern bei einem Brandanschlag auf ein Wachhaus des US-Militärflugplatzes in Heidelberg-Pfaffengrund angerichtet. Nach Angaben der Polizei wurde dabei niemand verletzt. Die unbekannten Täter gehören vermutlich der Terrorzelle an. In die Ermittlungen wurde auch das baden-württembergische Landeskriminalamt eingeschaltet.

CSU: Kompromißlos für Sicherheit

dpa, München

Die „alarmierenden und sich häufenden“ terroristischen Anschläge der letzten Wochen bestärken die CSU, ihre Grundsatzzpositionen in Fragen der inneren Sicherheit immerhalb der Regierungskoalition unerschütterlich zu vertreten. Bei diesem Thema gibt es nach Meinung von CSU-Generalsekretär Gerold Tandler beim Koalitionspartner FDP Stimmen, die sich von der Haltung der CSU „abgründig unterscheiden“. Wenn es um diese Fragen gehe, sei die CSU „für faule Kompromisse nicht zu haben“, erklärte Tandler am Donnerstag im CSU-Parteitag „Bayernkurier“. Wer dem Staat die notwendigen Instrumente zur Abwehr seiner Feinde verweigere, „degradiert unsere Republik zum Nachwachstumsstaat“, sagte Tandler unter Anspielung auf den liberalen Koalitionspartner.

Hausarrest für Bischof

KNA, Zürich

Der Bischof von Danang, Pham Ngoc Chi, ist von den vietnamesischen Behörden unter Hausarrest gestellt worden. Damit wurde er ein weiteres Opfer der restriktiven Kirchenpolitik des kommunistischen Landes. Vor kurzem wurde seinem Kollegen Nguyen Van Hoa verboten, ohne schriftliche Erlaubnis der Behörden auf Firmreisen zu gehen. Überdies wurde es Priestern in der Gegend von Phan Rang bereits vor einigen Jahren verboten, sich zu Exerzitien oder anderen Zusammenkünften zu treffen. Oftmals ist den Geistlichen als einzige seelsorgliche Aktivität das Abhalten von Sonntagsgottesdiensten gestattet, in denen jedoch nicht gepredigt werden darf.

China reformiert Volksarmee

rtt/APF, Peking

Der von Chinas Regierung eingeleitete wirtschaftspolitische Reformkurs wird sich nun auch im Militärwesen bemerkbar machen. Die chinesische Armee soll nach den Worten von Generalstabschef Yang Dezhi verkleinert und modernisiert werden. In einem gestern veröffentlichten Interview der Zeitung „China Daily“ sagte der 74-jährige General, durch die Umgestaltung solle Geld in der Armee gespart werden, um Personal für den Aufbau der Wirtschaft freizusetzen. Gleichzeitig kündigte er jedoch eine verbesserte Bewaffnung und Ausbildung der Truppen an, die nach Berechnungen des Londoner Instituts für strategische Studien vier Millionen Mann umfassen. Bereits in den vergangenen beiden Jahren war die chinesische Truppenstärke dem Institut zufolge um 100 000 verringert worden. Aufgrund des pragmatischen Kurses des chinesischen Führungspolitikers Deng Xiaoping hat die Volksbefreiungsarmee ihr früheres Ansehen, aber auch ihren politischen Einfluß weitgehend verloren.

Eine Fernsehpremiere mit Nachricht, Spiel und Sport

Von RAINER NOLDEN

Das machen wir schon“ steht zuversichtlich auf einem Poster; ein Blickfang in dicker roter Schrift, der so hoch hängt, daß man ihn von jedem Schreibtisch aus sehen kann. Ein bißchen Ermunterung zur Premiere und den hektischen Tagen zuvor kann schließlich nicht schaden.

Um Punkt 18.45 Uhr am Mittwochabend war es dann soweit: Erstmals ging das Axel-Springer-Fernsehen (ASF) als eigenverantwortlicher Teil des SAT-1-Programms „auf Sendung“. Es werde wohl für die meisten Premierengäste, die sich zu diesem Ereignis am Hamburger Valentinsmarkt 24 eingefunden hatten, zunächst noch „ein seltsames Erlebnis“ bleiben, frozte Wolfgang Müller, der Programmverantwortliche des ASF. „Wenn wir Glück haben, können uns heute in der Bundesrepublik allenfalls 150 000 bis 160 000 Haushalte sehen. Genau weiß das offensichtlich keiner. Die Angaben der Bundespost schwanken von Tag zu Tag.“ Bis zum Jahresende könnten allerdings – vorausgesetzt, die „politischen Winde wehen günstig“ – 600 000 Haushalte erreicht werden.

Das Interesse der Zuschauer jedenfalls, so verkündete man mit beachtlichem Stolz, sei beachtlich. Rund 1500 SAT-1-Seher haben nach dem ersten Sendetag angerufen und den Verantwortlichen des neuen Kanals Loh und Glückwünsche ausgesprochen. Und knapp zwei Dutzend Zuschauer erkundigten sich in Ham-

burg empört, warum bei ihnen das zusätzliche Programm nicht auf den Bildschirm komme. Die Zahlen weisen besonders schwer, wenn man bedenkt, daß sich die Anrufer mühsam die Rufnummern erfragen mußten. Denn die neuen Programmhinweise sind in den derzeitigen Fernsehbüchern noch nicht zu finden.

Um Zahlen ging's dann auch gleich im ersten ASF-Programmbeitrag, dem Konzentrationsspiel „Zahlen und Buchstaben“, das Moderator Wolf-Dieter Herrmann mit zwei Kandidaten bestritt. Während das Buchstabenstück sich als eine Abart des altkannnten „Scrabble“ entpuppte, kranke das Zahlenspiel zunächst einmal an seinen schwer zu durchschauenden Regeln. Aber Spieler Herrmann umschiffte mit Anstand die Premierenkliken, und der glückliche Gewinner konnte 500 Mark einstecken.

Obwohl die meisten der Moderatoren, die durchs Programm führen, zum ersten Mal vor der Kamera stehen und sich darüber hinaus noch auf ihre Mit-Moderatoren einstellen müssen – dafür hatten sie ganze 28 Tage „Vorlauf-Zeit“ – brauchen sie sich vor ARD und ZDF nicht zu verstecken. Einer der wenigen alten Hasen ist Armin Halle, der locker und lässig durch die Nachrichtensendung „Blick“, verantwortet von der Gesellschaft Aktuell Presse-Fernsehen, führt. Und sie verkauft keinesfalls nur – wie oft genug zu lesen war – „Friede, Freude, Eierkuchen“, sondern wendet sich ernst und kriti-

schen Themen in durchaus angemessenem Umfang zu.

Hier wird jedoch nicht das eingeführte Schema von der Hierarchie der Nachricht zu x-ten Male wiederholt; die klassischen Ressorts werden vielmehr in ungeohnter Mixtur serviert – und das nicht mit der Leichenhitlermelodie, die andere Nachrichtensprecher für angemessen halten. Meldungen werden abwechselnd von einer weiblichen und einer männlichen Stimme aus dem „Off“ verlesen, was die Konzentration des Zuschauers erhöht und erhöht. Manche Nachricht

seinen weiteren Vertiefungsplänen zu fragen. „Soll ich schon reden?“ erkundigte sich der Minister, der längst auf Sendung war. Und dann beklagte er sich halb ärgert, halb beklagt darüber, daß man ihm erst vorgeworfen habe, zu schnell zu verkabeln, ihm jetzt aber genau das Gegenteil vorhalte. Dies alles, wohlgeachtet, ging ohne vorherige Absprache live über den Sender.

Nur bei den Schlagzeilen, die zur jeweiligen Nachricht eingehandelt werden, hapert's noch ein wenig. „Rausch-Erfolge“ war beispielsweise eine Meldung überschrieben, die von der zunehmend erfolgreichen Drogenbekämpfung in Berlin berichtete; „Plakette ungültig“ hieß es, als vom Ablauf der blauen TÜV-Plaketten zum 1. Januar 1985 die Rede war. Schließlich könnten die „Blick“-Macher sprachkundigen Zuschauern entgegenkommen, indem sie fremdsprachige Interviews nicht übersetzen, sondern untertiteln. Ein Interview mit Liv Ullmann wurde in der altkannnten Weise (mit deutsch eingetragener Version) präsentiert.

Hier soll nun keinesfalls der totalen Improvisation das Wort gesprochen werden. Manch ein Versprecher, manch ein Hänger, den man der neuen Mannschaft der mangelnden Erfahrung wegen nachsicht, darf nicht zur „Masche“ stilisiert werden. Dann könnte das Sympathiepotential für die Moderatoren (neben Halle teilten sich Eddie Lange und Helmut Schilling, den er in seinem Urlaubsort ausfindig machte, um ihn nach



Anschlag in Heidelberg
es die RAF

Freitag, 4. Januar 1985
Nr. 3

Fusion mit Musik

des - Überraschung konnte das Ja des Bundeskartellamtes zur be-
tragten Fusion der beiden Schall-
plattenfirmen Ariola (Bertelsmann)
und RCA Records (USA) beileibe
nicht auslösen. Im Gegensatz zu
ähnlichen Überlegungen zwischen
Polygram (Siemens/Philips) und
Warner Communications, die durch
die US-amerikanische Wett-
bewerbsbehörde FTC vereitelt wor-
den, sind nämlich bezogen auf die
Bundesrepublik keine wesentlichen
Verschiebungen der Marktan-
teile zu erwarten. Und nur diese
Frage spielte bei der Entscheidung
der Berliner Kartellwächter, die
sich bei den Mitbewerbern rückver-
sichert hatten, eine Rolle. Bei der
Ariola-Konzernmutter, dem Güters-
loher Medienriesen Bertelsmann,
dürfte trotz der erwarteten Zustim-
mung die Erleichterung groß sein.
Der Musik-Bereich gehörte lange
Zeit zu den Sorgenkindern.

Mit dem neuen Partner RCA hat
Ariola bereits gute Erfahrungen ma-
chen können: Die US-Tochter Ari-
ola bekam erst Boden unter die Fü-
ße, als RCA 50 Prozent der Ariola-
Anteile übernahm und das Manage-
ment „amerikanisierte“. Inzwi-
schen schreibt Ariola wieder
schwarze Zahlen. Die regionale
Dreiteilung des Musikmarktes - au-
ßerhalb, deutschsprachiger Raum
und Rest-Europa - mit unterschied-
lichen Beteiligungsverhält-

nissen entspricht der derzeitigen
Marktstellung der beiden Unter-
nehmen. Im kreativen Bereich wird
es nur geringe Veränderungen ge-
ben. Die positiven Effekte der Fu-
sion kommen vielmehr aus der ge-
meinsamen Nutzung produktiver
und vertrieblicher Facilitäten.

Sauberer Service

Wb. - Alle nörgeln sie nur an der
Post herum: Die Briefe laufen so
lange, daß man sie fast zu Fuß zu-
stellen könnte, das Telefonnetz ist
immer zur falschen Zeit überlastet,
und überhaupt entwickelt sich der
Service - vor allem im gelben Be-
reich - reziprok zu den steigenden
Gebühren. Doch jetzt tritt der Gelbe
Riese den Gegenbeweis an.

Deutsche Hausfrauen, die einem
der großen Waschmittelhersteller
die Treue gehalten haben und diese
hehre Haltung auch versichern wol-
len, brauchen ihre sorgsam gesam-
melten Gutscheine-Schnipsel nicht
mehr zum nächsten Briefkasten zu
tragen. Statt dessen dürfen sie da-
mit direkt zum Postamt kommen,
das in aller Regel meist ein wenig
weiter entfernt ist, und sich dort
geduldig in die Schlange einreihen.
Als Lohn des Wartens winkt Frau
Saubermann immerhin ein Zehn-
marktschein, den sonst der Briefträ-
ger gebracht hätte. So haben wirk-
lich alle etwas davon: Der Wasch-
mittel-Riese spart die Schnipsel-
Administration, die Post die
Transportbelastung, und ihrer bei-
der Kunde - darf sich wenigstens
ein bißchen bewegen.

In der Sackgasse

Von CLAUD DERTINGER

Die Dollarhaushalte, die sich nach
dem Jahreswechsel entgegen
vielen Erwartungen noch verstärkt
hat, bereitet den Frankfurter Wäh-
rungsbehörden Sorgen. Denn der hohe
Dollarkurs verteuert den Import und
verschlechtert das ansonsten ruhige
Preisklima im Inland. Im Hause der
Bundesbank werden deshalb Überle-
gungen angestellt, ob der Höhenflur
des Dollars nicht mit einer Leitzinsen-
erhöhung in der Bundesrepublik ge-
bremst werden kann.

Die Sorgen der auf Geldwertstabi-
lität bedachten Bundesbankoberen
erscheinen durchaus verständlich. Im-
merhin hat sich - trotz sinkender
Weltmarktpreise für Rohstoffe - der
Anstieg der Einfuhrpreise in den Mo-
naten Mai bis Oktober (auf Jahresrate
umgerechnet) auf rund zehn Prozent
mehr als verdoppelt. Im Oktober wa-
ren die Importpreise um sieben Pro-
zent höher als vor einem Jahr, im
August um 4,5 Prozent. Der von den
höhen Dollarnotierungen ausgehen-
de Kostenschock für Rohstoffe und
Vorprodukte hat, wie die Bundesbank
in ihrem letzten Monatsbericht
schrieb, die inländischen Unter-
nehmen teilweise zu deutlichen Preiskor-
rekturen nach oben veranlaßt, vor al-
lem bei Exportgütern, zuletzt aber
auch im Inlandsgeschäft, wovon die
Verbraucherpreise nicht unberührt
blieben. Der Preisindex für die Le-
benshaltung (jeweils für die letzten
sechs Monate auf Jahresrate umge-
rechnet) hat sich nach Steigerungen
zwischen 1,7 und 1,2 Prozent in den
Monaten April bis September zum
Jahresende um 2,7 Prozent erhöht.
Im Oktober und Anfang November
sah es zwar noch so aus, als würde der
Rückgang des Dollarkurses von über
3,15 auf unter drei Mark die stören-
de Entwicklung stoppen; doch das
war ein Trugschluß.

Die Bundesbank wird ihrer
primären Aufgabe, die Stabilität
des Geldwerts zu sichern, nicht ge-
recht, wenn sie nicht überlegen, was
gegen den Dollarhöhenflug als Ur-
sache des unerfreulichen Preisstren-
den unternehmen könnten. Theoretisch
sind zwei Waffen denkbar: Interven-
tionen und eine Erhöhung des deut-
schen Zinsniveaus, die den Zinsvor-
teil von Dollarlagen vermindert.
Die Topmanager der Bundesbank
sind freilich Realisten genug, daß sie
sich von Interventionen gegen den

weltweit festen Dollar keine nachhal-
tigen Erfolge versprechen. Sie wür-
den, weil sie allein auf weiter Flur
stünden und von den USA keine Un-
terstützung bekämen, letztlich nur
Währungsreserven verpulvern, ohne
den starken Dollartrend hechen zu
können. Sinnvoll könnten dagegen
gelegentlich massive Dollarverkäufe
aus den regelmäßigen Dollarreinhä-
ben sein. Auf diese Weise kann der
Markt wenigstens zeitweilig verunsich-
ert werden. Eine Dauerstrategie
wäre das freilich auch nicht.

Als Alternative wird in der Bundes-
bank wieder einmal über eine Erhö-
hung des Lombardsatzes diskutiert,
dem wohl dann auch der Diskontsatz
folgen würde. Hinter diesen Gedan-
ken steht die Überlegung, daß höhere
deutsche Zinsen den Tausch von D-
Mark in höher verzinsliche Dollarlai-
gen weniger reizvoll machen und
gleichzeitig die Attraktivität von D-
Mark-Anlagen für Ausländer ver-
stärken könnten.

Eine Zinserhöhung verspräche si-
cherlich Erfolg, wenn massive
Kapitalabflüsse die Hauptursache der
Dollarhaushalte wären. Doch im Okto-
ber hat die Bundesrepublik erstmals
seit dem Frühjahr netto wieder lang-
fristiges Kapital importiert, wozu be-
sonders Auslandsengagements in
festverzinslichen deutschen Wertpa-
piere beigetragen haben, eine Ent-
wicklung, die sich seither verstärkt
haben dürfte. Zudem ist der Zinsvor-
teil von Dollarlagen gegenüber D-
Mark-Anlagen seit dem Sommer von
6% auf etwa 3,4 Prozentpunkte am
Eurogeldmarkt und von knapp sechs
auf 4,4 Prozentpunkte am Kapital-
markt geschrumpft.

Die Tatsache, daß der Dollar trotz-
dem neue Rekordhöhen erklimmt,
spricht dafür, daß es noch andere
Gründe für die weltweite Dollarhaus-
se geben muß als zinsinduzierte Kapi-
talbewegungen. Deswegen sollte die
Bundesbank auch nicht versuchen,
mit einer Leitzinserhöhung die D-
Mark zu stärken. Der Schock könnte
sogar nach hinten losgehen, weil er
als Angstreaktion verstanden würde.
Zudem müßte eine Zinserhöhung als
Weichenstellung für die Kapitalströ-
me so drastisch ausfallen, daß sie zu
konjunkturentwärtenden Politikum
würde. Das internationale Vertrauen
in die D-Mark würde dadurch sicher-
lich nicht gerade gestärkt.

FRANKREICH

Fabius: Sanierungspolitik wird konsequent fortgesetzt

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris
Die französische Regierung werde
die Sanierungspolitik konsequent
fortsetzen, erklärte Premierminister
Laurent Fabius nach einer informel-
len Kabinettsitzung, auf welcher die
großen Linien der diesjährigen Wirt-
schafts- und Sozialpolitik erörtert
worden sind. „Wir müssen rigoros
bleiben und die Zukunft unserer Kin-
der vorbereiten“, antwortete Fabius
auf die Frage, ob mit Blick auf die
Parlamentswahlen im Frühjahr 1986
die Schleusen nicht geöffnet würden.

Den Zeitpunkt für eine Aktion der
Konjunkturbelebung hält der Pre-
mierminister noch nicht für gekom-
men. Allerdings bleibe die Arbeitslo-
sigkeit die größte Sorge der Regie-
rung. Fabius bestätigte hier aber nur
das bekannte Ziel, daß bis Ende die-
ses Jahres jedem arbeitslosen Ju-

gendlichen unter 21 Jahren ein Aus-
bildungsplatz oder eine Beschäfti-
gung von öffentlichen Nutzen ange-
boten werden soll.

Ziffern zur Begrenzung der ge-
samten Arbeitslosigkeit lehnte Fa-
bius unter Hinweis darauf ab, daß es
an den Unternehmen liege, wie weit
sie ihre Belegschaft abbauen oder er-
weitern. Nachdem die sozialistische
Regierung zunächst versucht hat, die
Zahl der Arbeitslosen bei zwei Millio-
nen zu stabilisieren, wurde inzwi-
schen die Schwelle von 2,5 Millionen
überschritten. Im letzten Jahr ist sie
um 300 000 gestiegen. Saisonberein-
igt waren es Ende November 2,381
Millionen.

Darüber und über die negative
Kaufkraftentwicklung zeigt sich die
französische Bevölkerung zuneh-
mend unzufrieden, wie die jüngsten
Meinungsbefragungen ergeben.

MITTELSTAND / Eigenkapitalhilfe des Bundes war 1984 stärker gefragt denn je

Förderung von Existenzgründern bringt Entlastung am Arbeitsmarkt

Die Ausgaben des Bundes zur Förderung kleiner und mittlerer Unter-
nehmen werden von 180 Millionen Mark 1984 in diesem Jahr auf fast 250
Millionen Mark steigen. Allein für die Eigenkapitalhilfe zugunsten von
Existenzgründern wurden die Haushaltsmittel auf knapp 104 Millionen
Mark verdoppelt. Nach Ansicht des Parlamentarischen Staatssekretärs im
Bundeswirtschaftsministerium, Martin Grüner (FDP), ist diese Aus-
weitung notwendig und gerechtfertigt. „Mittelstandspolitik ist Beschäfti-
gungsförderungspolitik“, erklärte Grüner in Bonn.

Schließlich würden von den insge-
samt 1,9 Millionen Unternehmen bis
zu 500 Beschäftigten und freiberufli-
chen Praxen zwei Drittel aller Ar-
beitsplätze bereitgestellt. Die Schlüs-
selfunktion bei der Lösung der an-
stehenden Probleme zeige sich auch
in der Berufsausbildung: Zwei Drittel
der Lehrlinge arbeiteten in Betrieben
mit weniger als 50 Mitarbeitern.

In seiner „Bilanz der Mittel-
standspolitik“ rückte Grüner die Ver-
besserung der steuerlichen Rahmen-
bedingungen an die erste Stelle: Mit
der Einführung eines Freibetrages
von 125 000 Mark sowie einem Ab-
schlag von 25 Prozent auf das Be-
triebsvermögen sei die ertragsunab-
hängige Belastung vermindert und
kleine Betriebsvermögen weitestge-
hend von der Vermögenssteuer be-
freit worden.

Höhe Beschäftigungswirkungen
und ein Anstoß zu einem beschleu-
nigten Strukturwandel gehen nach
Auffassung der Bundesregierung von
den Förderprogrammen für Firmen-
gründer aus. Die Zahl der vom Bund
unterstützten Gründer lag 1984 mit
knapp 17 000 (von geschätzten

Den Nutzen dieser Programme
sieht Grüner auch durch die geringe
Ausfallquote bestätigt. So haben von
den Gründern, die 1979 Eigenkapital-
hilfe erhielten, bis heute erst 5,2 Pro-
zent wieder aufgeben müssen. Die in-
tensive Beratung der Antragsteller sei
wohl der Grund, glaubt Grüner.

Wann die bereits mehrfach ange-
kündigte Ansparsförderung für Exi-
stenzgründer anlaufen wird, konnte
der Politiker noch nicht sagen. Er
rechne jedoch damit, daß die Abstim-
mung mit der EG-Kommission und
den Bundesländern spätestens in der
zweiten Jahreshälfte abgeschlossen
werden könnte. Einen Schwerpunkt
der Mittelstandspolitik sieht er in der
Stärkung der Innovationskraft der
Mittel- und Kleinbetriebe. Die öffent-
lichen Personalkostensubsidien für
in Forschung und Entwicklung ein-
gesetzte Mitarbeiter wurden im letzten
Jahr von 11 000 Unternehmen in An-
spruch genommen. Erstmals können
jedoch auch Software-Unternehmen
den Zuschuß erhalten.

Die neu beschlossene Zuwachsfor-
derung des Forschungsministers so-
le eine Ergänzung sein und dem Mit-
telstand einen Anreiz bieten, zusätz-
liche Arbeitskräfte für Forschung
und Entwicklung einzustellen. Für
beide Programme stehen in diesem
Jahr 435 Mill. Mark zur Verfügung.
Grüner strich den indirekten Charak-
ter dieser Förderung heraus: „Der
Staat fragt nicht, was der Unterneh-
mer machen will.“

PRIVATE ENTWICKLUNGSHILFE

Asien bleibt auch 1985 der Investitionsschwerpunkt

HEINZ HECK, Bonn

Die bundeseigene Deutsche Finan-
zierungsgesellschaft für Beteili-
gungen in Entwicklungsländern
(DEG) hat sich 1984 an 40 Investi-
tionsprojekten in 29 Entwick-
lungs-ländern beteiligt. Der durch-
schnittliche Finanzierungsbeitrag (etwa je
zur Hälfte Beteiligungen und Darle-
hen) ist gegenüber 1983 von 2,0 auf 1,1
Millionen Mark zurückgegangen. An-
gesichts dieser „stark mittelständisch
geprägten“ Zusagegröße sei das Fi-
nanzierungsvolumen gegenüber 1983
von 108 auf 55 Millionen Mark zu-
rückgegangen.

Für 1985 erwarten die DEG-Ges-
chäftsführer Leutfried Karenberg
und Manfred Lohmann eine erneute
Zunahme des Beteiligungsgeschäfts.
Erstmals für 1985 haben sie keine
neuen Mittel aus dem Bundesaus-
halt beantragt. Als Schwerpunkt des
„85er Investitionstätigkeit nennen sie
Asien, speziell die ASEAN-Länder; da-
neben auch Lateinamerika, vor allem
Brasilien, Kolumbien und Mexiko
(der IDI schickte Mitte 1985 eine Un-
ternehmer-Delegation nach Ecuador
und Kolumbien).

Bereits 1984 lag der regionale
Schwerpunkt des DEG-Geschäfts
mit 23 Neuzugängen in Asien. Dieser
Trend bestätigte, daß Asien als In-
vestitionskontinent in der Weltwirt-
schaft ganz allgemein an Bedeutung
gewinne. Bemerkenswert erscheint,
daß trotz der verschlechterten Bedin-
gungen in Afrika der Schwarze Konti-

nent mit 20 Zusage 1984 zweitwich-
tigste Investitionsregion blieb.

Karenberg und Lohmann traten ge-
genüber der WELT dem häufig auch
aus dem Parlament zu hörenden Vor-
wurf entgegen, die DEG sei nicht mit-
telstandsfreundlich genug. Nach den
in langen Beratungen mit dem Gesell-
schafter (vertreten durch das Ent-
wicklungsministerium) 1983 neu for-
mulierten geschäftspolitischen Rich-
tlinien dürfe die DEG 35 Prozent ihres
Geschäftsvolumens mit den hundert
umsatzstärksten deutschen Großun-
ternehmen abwickeln. Mit etwa 20
Prozent Anteil bleibe die tatsächliche
Nutzung weit dahinter zurück.

Auch erinnern die beiden Ge-
schäftsführer an den gerade 1984 im
Durchschnitt deutlich gesunkenen
DEG-Beitrag je Projekt. Das größte
Engagement habe mit 7,5 Millionen
Mark einer Leasing-Gesellschaft in
Thailand gegolten, das kleinste mit
65 000 Mark einem Finanzierungs-
fonds für die mittelständische Wirt-
schaft in Mexiko. Die mittelständische
Ausprägung der DEG-Arbeit gelte
sowohl hinsichtlich der deutschen
Partner wie auch der Beteili-
gungsunternehmen in der Dritten
Welt: Von den 40 Projektzusage (da-
neben wurden acht Studien finan-
ziert) entfielen nur vier auf Vorhaben
mit Großunternehmen (zusammen
sieben Millionen Mark). Am 5. Fe-
bruar wird die DEG-Geschäftsfüh-
rung dem Bundestagsausschuß für
wirtschaftliche Zusammenarbeit be-
richten.

AUF EIN WORT



„Wenn in der Sozialen
Marktwirtschaft Unter-
nehmen in Freiheit und
Eigenverantwortung -
mit der Chance des Ge-
winns und mit dem Ri-
siko des Verlustes - pla-
nen und entscheiden
können, dürfen und sol-
len, dann wäre es sys-
temfremd, wenn der
Staat dem ausbildenden
Betrieb prinzipiell die
Bestimmung und die
Auswahl der Ziele und
Inhalte durch generell
gültige Ausbildungs-
ordnungen vorschreibt.“

Prof. Dr. Rolf Berke, Inhaber des
Lehrstuhls für Wirtschaftspsychologie
an der Universität Erlangen-Nür-
berg. FOTO: DIE WELT

IW: Grundstein für Aufschwung gelegt

dpa/VWD, Köln

Der Grundstein für einen langan-
haltenden Aufschwung in der Bun-
desrepublik Deutschland ist nach
Meinung des Kölner Instituts der
deutschen Wirtschaft (IW) gelegt. Ein
mittelfristiges Wirtschaftswachstum
von drei Prozent im Jahr liege
„durchaus im Bereich des Wahr-
scheinlichen“, betonte der Direktor
des Instituts, Gerhard Fels, im jün-
gsten IW-Informationsservice. Voraus-
setzung dafür sei jedoch, daß Fehler
in der Tarifpolitik und der Wirt-
schaftspolitik unterblieben.

RÖHRENSTREIT

Neue Forderungen der USA erschweren eine Einigung

WILHELM HADLER, Brüssel
Nicht rechtzeitig unter Dach und
Fach bringen konnten die EG und
Washington am Jahresende das ge-
plante Abkommen über eine Be-
schränkung der europäischen Röh-
renexporte. Da die Amerikaner in
letzter Stunde neue Forderungen ge-
stellt haben, müßten die Verhandlung-
en nach den Feiertagen wieder auf-
genommen werden. Auch gestern
hielt das Tauziehen an.

Die USA verlangen, daß die in ame-
rikanischen Häfen unter Zollver-
schluß liegenden Röhrenlieferungen
in die Jahresquote für 1985 (7,8 Pro-
zent des amerikanischen Marktes)
einbezogen werden. Die EG, die sich
nur mit größter Mühe über eine inter-
ne Lastenverteilung bei den vorge-
sehen Exportbeschränkungen geeinigt
hatte, wurde dadurch vor neue
Probleme gestellt.

Brüssel bezeichnete die Forderung
Washingtons als überraschend und
unberechtigt. Einmal wisse die Ge-
meinschaft nicht, um welche Mengen
es sich überhaupt handle (die Schät-
zungen schwanken zwischen 100 000
und 200 000 Tonnen, was etwa 1,5
bzw. 2,5 Prozent des amerikanischen
Verbrauchs ausmache). Vor allem
aber ist die EG der Meinung, daß die
USA am 29. November mit ihrem ein-
seitigen Importstopp eindeutig gegen
die Regeln des Allgemeinen Zoll- und
Handelsabkommens (GATT) verstoßen
haben und daß Lieferungen aus dem
Vorgang folglich nicht unter die Kon-
tingente fallen können.

Die Gemeinschaft könne erst von
dem Zeitpunkt an in die Verantwor-
tung genommen werden, von dem an
sie die Möglichkeit habe, ihre Expor-
te zu kontrollieren, hieß es in Brüssel.

DIW-KONJUNKTURPROGNOSE

Exportsteigerung schwächer, aber weiter treibende Kraft

Ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von zwei Prozent erwartet
das Deutsche Institut für Wirtschafts-
forschung (DIW) in diesem Jahr in
der Bundesrepublik. Wichtigste An-
triebsmotor bleibe weiterhin der
Export. Zwar wird sich nach Ansicht
der Berliner Konjunkturforscher die
Expansion der realen Warenausfuhr
abschwächen, aber noch um sieben
(Vorjahr: neun) Prozent höher sein als
1984.

Dabei gehen, heißt es im DIW-Wo-
chenbericht, Impulse auch von der
mäßigen Ausweitung in den euro-
päischen Industrieprodukten aus, durch
die die Nachfrage nach Investitions-
gütern überdurchschnittlich zuneh-
men werde. Aus den Opec-Staaten
und Entwicklungsländern sei dage-
gen allenfalls mit stagnierender
Nachfrage zu rechnen. Die Ausfuhr
in Staatshandelsländer würden kaum

steigen. Der Wettbewerbsvorsprung
gegenüber wichtigen Konkurrenten
bleibe 1985 erhalten. Auch eine Auf-
wertung der D-Mark - das DIW rech-
net 1985 mit einer Anpassung der
Wechselkurse im Europäischen Wäh-
rungssystem - beeinträchtige die Ex-
portchancen kaum.

Die Investitionsneigung der Unter-
nehmen wird in diesem Jahr anhal-
ten. So prognostiziert das DIW bei
den Ausstattungsinvestitionen ein
Plus von 7 Prozent. Dieser günstigen
Entwicklung stünde allerdings ein
Rückgang der Bauinvestitionen ge-
genüber.

Für den Arbeitsmarkt sieht das In-
stitut auch 1985 - dem dritten Jahr
der wirtschaftlichen Erholung - keine
Perspektiven. Insgesamt werde die
Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer
nur um 0,2 Prozent zunehmen; die
Zahl der Arbeitslosen weiter über
zwei Millionen bleiben.

BAUPREISABSPRACHEN / Bundesgerichtshof korrigiert Kammergericht

Verjährungsfristen nicht abgelaufen

HANNA GIESKES, Bonn

Da hätten sie sich zu früh gefreut -
die acht Bauunternehmer, denen das
Kammergericht in Berlin verstand-
nisvolle Unterstützung bei der Ab-
wehr der Bußgelder gewährt hatte,
die ihnen vom Kartellamt wegen
Preisabsprachen auferlegt worden
waren. Fünf Verfahren waren einge-
stellt worden, es gab zwei Frei-
sprüche und eine drastische Straf-
minderung. Nun hat der Bundesge-
richtshof die Theorien der Kammer-
richter verworfen.

Es geht um Verletzungen der Auf-
sichtspflicht und deren Verjährung.
Aufsichtspflicht deshalb, weil in vie-
len Fällen nicht die Unternehmens-
leitungen, sondern deren Mitarbeiter
die Absprachen ausgehandelt hatten.
Dennoch adressierte das Amt seine
Bußgeldbescheide an die Leitenden,
weil sie ihre Mitarbeiter hätten besser
beaufsichtigen müssen. Der eigens
zur Verhandlung aller dieser Fälle beim

Kammergericht installierte Hilfs-
senat hielt indes diese Pflichtverletzung
für verjährt, mithin die Bußgeldbe-
scheide für hinfällig.

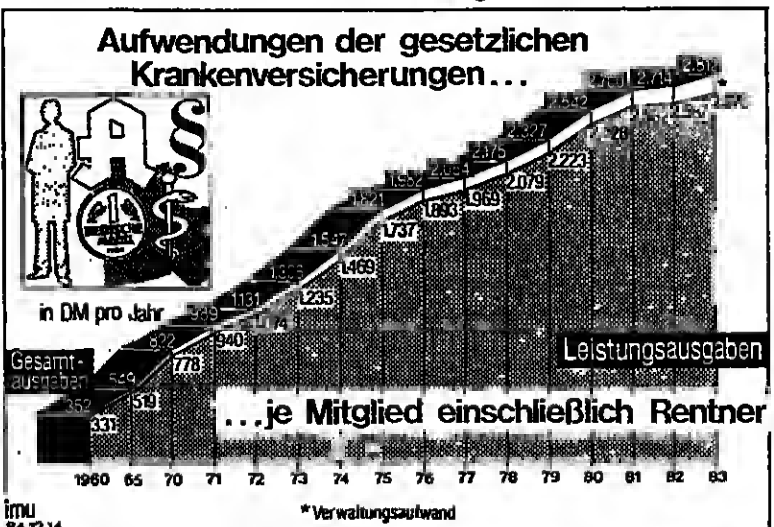
Die Staatsanwaltschaft ließ darauf-
hin einige Fälle in die Rechtsbe-
schwerde nach Karlsruhe gehen, und
die Bundesrichter haben das Kam-
mergericht korrigiert: Erstens begün-
ne die Verjährung für alle an der Ab-
sprache Beteiligten mit dem Zeit-
punkt der Vorlage der Schluss-
rechnung und nicht mit dem oft Jah-
re zuvor ausgefertigten Kartell.
Zweitens sei bei mehreren Abspra-
chen, die sich zeitlich überlappen, der
Termin der allerletzten Schlussre-
chnung entscheidend.

Das tut nicht nur den bisher „Da-
vongekommenen“ weh - sie werden
erneut durch die Mühen des Kam-
mergerichts gedreht, und der Aus-
gang wird weit weniger angenehm
sein als beim ersten Mal. Viel
schmerzhafter wird es die noch zur

Verhandlung anstehenden 37 Unter-
nehmen treffen, denn darunter sind
einige „wirklich große Fische“, wie es
im Kartellamt heißt. Auch sie hatten
gehofft, noch einmal davonzukom-
men.

In der Wettbewerbsbehörde, wo
der Ausgang der bisherigen Verfab-
ren mit wachsendem Erstaunen ge-
regt wurde, hat das „Machtwort“
aus Karlsruhe für Erleichterung ge-
sorgt. „Sonst wäre unsere Mühe um-
sonst gewesen“, betont Sprecher Hu-
bertus Schön, dem Mühe habe es
gekostet, bis im September 1983 die
Bußgeldbescheide über insgesamt 57
Millionen Mark gegen 83 Bauunter-
nehmen abgeschickt werden konn-
ten. Er ist auch aus einem anderen
Grund erleichtert: Jetzt bleibt uns
hoffentlich die Diskussion um eine
Kriminalisierung des Kartellrechts
erspart, die unweigerlich gekommen
wäre, wenn das Kammergericht wei-
tergemacht hätte wie bisher.“

WIRTSCHAFTS JOURNAL



Zwischen 1960 und 1983 sind die Gesamtausgaben der gesetzlichen
Krankenversicherungen je Versicherten von 352 auf 2812 DM, also um das
Achtfache, angestiegen. Der Anstieg verläuft in eine Wellenlinie. Un-
gefähr alle fünf Jahre (1970, 1975 und 1981) entstand ein Wellenberg der
Ausgaben.

Industrieproduktion auf hohem Niveau

Bonn (HE) - Die Industrieproduktion
ist nach Mitteilung des Wirt-
schaftsministeriums im November
saisonbereinigt auf dem hohen Okto-
ber-Niveau geblieben. Im Zwei-
monatsvergleich (Oktober/November
gegenüber August/September), der
konjunkturelle Grundtendenz besser
zum Ausdruck bringt, wird dagegen
ein Zuwachs von 3,5 Prozent regi-
striert. Alle Hauptgruppen des Ver-
arbeitenden Gewerbes verzeichnen
Produktionssteigerungen; in der In-
vestitionsindustrie ist sie mit 4,5
Prozent am deutlichsten ausgefallen.
Die Bautätigkeit nahm nach dem vor-
angegangenen kräftigen Rückgang
sogar um 5,5 Prozent zu. Die In-
dustrieproduktion im Oktober/Novem-
ber 1984 brachte gegenüber dem Vor-
jahr sogar eine Steigerung um sechs
Prozent.

Mehr Firmengründungen

Bonn (DW) - Das Interesse, ein
eigenes Unternehmen zu gründen, ist
nach wie vor groß. Im vergangenen
Jahr ließen 36 202 Bundesbürger eine
Firma in das Handelsregister eintra-
gen. Damit wurde das hohe Vorjah-
resniveau (36 083 Handelsregister-
Eintragungen) sogar noch leicht über-
troffen. Gleichzeitig hat sich die Zahl
der Konkurse und Unternehmenslö-
sungen stabilisiert. Insgesamt wird
(Vorjahr: 4 542) und 25 651 (26 436)
Betriebe im Handelsregister gelöscht.
Diese Zahlen ermittelte die in Bonn
erscheinende Fachzeitschrift „Die
Geschäftsidee“.

Neues Pensionsgeschäft

Frankfurt (ed.) - Mit einem Min-
destbetragszins von 5,1 Prozent bie-
tet die Bundesbank dem Kredite-
werbe ein Wertpapierpensionsge-
schäft mit Laufzeit vom 7. Januar bis
zum 4. Februar an.

Finanzspritze für Arbed

Brüssel (AFP) - Die EG-Kommission
hat dem deutschen Stahlkonzern
Arbed Saarstahl weitere finanzielle
Hilfe in Höhe von 80 Mill. DM bewil-
ligt, wie gestern in Brüsseler Kom-
missionskreisen bekannt wurde. Dies
sind Kreise zufolge wird auch die
italienische Stahlindustrie zusätz-
liche Subventionen in Höhe von
10 000 Mrd. Lire erhalten. Arbed
Saarstahl wurde aus der EG-Kasse
bisher mit 543 Mill. DM unterstützt.

Insgesamt hatte die Bonner Regie-
rung um Zuschüsse von insgesamt
750 Mill. DM ersucht. Die EG-Kom-
mission unterstrich gestern den au-
ßergewöhnlichen Charakter der von
ihr bewilligten Hilfe.

Ohne Beschlüsse

Frankfurt (dpa/VWD) - Der Zen-
tralbankrat der Deutschen Bun-
desbank hat gestern in seiner ersten
Sitzung im neuen Jahr keine kre-
ditpolitischen Beschlüsse gefaßt.

Umsatz auf Rekordhöhe

Frankfurt (dpa/VWD) - Die Frank-
furter Wertpapierbörse konnte 1984
mit einem Rekordumsatz von 121,5
Mrd. DM den Umsatz des Vorjahres
um 29,9 Prozent übertreffen. Gegen-
über 1982 beträgt die Steigerung nach
Angaben des Vorstands der größten
deutschen Börse 82,1 Prozent. Der
Kursindex der amtlich notierten
deutschen Aktien kletterte auf einen
absoluten Höchststand von 165,33
Punkten (Vorjahresende: 153,14
Punkte).

Verbranch gestiegen

Hamburg (dpa/VWD) - Der Mine-
ralölverbrauch in der Bundes-
republik Deutschland ist im vergan-
genen Jahr zum ersten Mal seit 1979
leicht gestiegen. Nach Schätzungen
der Esso AG, Hamburg, wurden 1984
mit rund 102,1 Mill. Tonnen knapp
zwei Prozent mehr verbraucht als
1983. Insgesamt war der deutsche Mi-
neralölmarkt gekennzeichnet durch
einen höheren Kraftstoffbedarf, einen
nur wenig veränderten Absatz von
leichtem Heizöl und eine deutlich zu-
rückgehende Nachfrage nach schwe-
rem Heizöl, heißt es in einer jetzt ver-
öffentlichten Übersicht von Esso.

Anlagen belasten Umwelt

Bonn (HE) - Versäulte Heizungsan-
lagen belasten die Umwelt stärker,
als es das Gesetz erlaubt. Der Bundes-
verband Heizung, Klima, Sanitär
(BHS) hat gestern auf einer Presse-
konferenz darauf hingewiesen, daß
noch zwei Jahre nach Auslaufen der
Übergangsfrist (1. Januar 1983) zum
Energieeinsparungsgesetz und den
dazu erlassenen Verordnungen schäd-
lungsweise jede fünfte Heizungsan-
lage in Wohngebäuden die zulässigen
Rauchgasgrenzwerte überschreitet.
Bisher seien jedoch Heizungsab-
schaltungen aus diesem Grund nicht be-
kannt geworden. Der Verband for-
dert, die Modernisierung dieser Anla-
gen steuerlich zu begünstigen.

ERDÖL

Warnung vor Preiskrieg

DW, Bonn
Die arabischen Erdölproduzenten befürchten, daß die fehlende Kooperation zwischen Produzenten- und Verbraucherländern zur Verhinderung einer weiteren Verschlechterung des Weltölmarktes einen Erdölpreiskrieg auslösen könnte. Die Organisation arabischer Erdöl-exportierender Länder (Oapec) vertritt in einem Leitartikel ihres Informationsbulletins die Ansicht, ohne eine solche Kooperation sei zu befürchten, daß die Opec nicht mehr in der Lage sein könnte, allein die Last der Aufrechterhaltung der Stabilität des Erdölmarktes zu tragen. Falls die Position der Organisation arabischer Erdöl-exportierender Länder (Oapec) geschwächt werden sollte, könnte die Möglichkeit eines Preiskrieges der Produzentenländer nicht ausgeschlossen werden. Die Opec hatte zur Verhinderung eines Preissturzes am Ende Dezember in Genf die Schaffung eines Kontrollsystems beschlossen, um die Einhaltung der Höchstförderquote der Organisation von 16 Millionen Barrel täglich sicherzustellen.

Aus Quito verläutete, daß Ecuador „im Moment“ die von der Opec beschlossene Beschränkung seiner Ölproduktion ablehne. Der ecuadorianische Energieminister Javier Espinoza erklärte, daß sein Land auch nicht die Kontrollen der Förderung und Ölexportpreise akzeptiere. Iran will offenbar den Ölpreis senken. Ölminister Mohammad Ghazali sagte im Radio Teheran, sein Land müsse den Preis so festlegen, daß es trotz der höheren Versicherungsprämien wegen der wiederholten Angriffe auf Tanker im Golf konkurrenzfähig bleibe. Dem habe auch die Opec in der letzten Woche zugestimmt. Inzwischen sind die Preise für Rohöl und Erdölprodukte am New Yorker Markt auf den niedrigsten Stand seit fünf Jahren gefallen. West Texas Intermediate Crude, die amerikanische Standardqualität, wurde um einen halben Dollar auf 25,86 Dollar je Barrel vermindert. Marktbeobachter begründeten den Preisverfall mit einer Reaktion des Marktes auf die Genfer Konferenz. Es sei zweifelhaft, ob die Opec jemals wieder den Ölpreis beherrschen können.

Polen: Produktion hat sich weiter erhöht

dpa/VWD, Berlin
Dank einer guten Ernte und eines deutlichen Anstiegs der Industrieproduktion hat sich Polens Wirtschaft 1984 weiter erholt. Wie Heinrich Machowski, Osteuropa-Experte beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin weiter mitteilte, hat die gesamtwirtschaftliche Produktion 1984 ähnlich wie im Vorjahr um voraussichtlich fünf bis 5,5 Prozent zugenommen. Die Getreidernte sei mit 22 Mill. Tonnen „sehr gut“ gewesen. Allerdings konnten wegen der Engpässe bei Rohstoffen die Produktionskapazitäten nicht wie gewünscht ausgelastet werden. Außerdem seien die Geldentnahmen stärker gestiegen als das Angebot von Waren und Dienstleistungen, so daß die Inflationsrate 15,5 Prozent betrage. Die Versorgung für die Bevölkerung sei auch jetzt noch „nicht so günstig wie 1978, dem letzten Vorkriegsjahr“. Der Schuldenberg Polens in harter Währung sei bis zum 31. Dezember 1984 auf 28 Mrd. US-Dollar (rund 84 Mrd. DM) gestiegen.

Transparenz beim Versicherungssparen

hdt, Bielefeld
Als Versicherungssparen führt die Sparkasse Bielefeld eine neue Sparform ein, bei der ein Ratenpari-Vertrag mit einer Risikolebensversicherung kombiniert wird. Die Absicherung des Sparziels wird neben hohen Zinsen, einer Prämie bis zu 30 Prozent und absoluter Transparenz als wichtigstes Argument für den Anleger gesehen. Das Geldinstitut erhofft sich davon ähnlichen Erfolg wie von den kürzlich eingeführten Gewinnobligationen im Rahmen des 936-DM-Gesetzes. Insgesamt konnte die Sparkasse Bielefeld ihre Kundeneinlagen 1984 deutlich auf über 4,0 (3,9) Mrd. DM erhöhen, obwohl bei den Spareinlagen Verträge über mehr als 600 Mill. DM ausliefen. Das Geschäftsvolumen wurde auf 4,6 (4,5) Mrd. DM, die Bilanzsumme auf 4,5 (4,4) Mrd. DM ausgedehnt.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Berlin Charlottenburg: Oetting, JTA, Wulf & Co., Farben, Lacke, chem. Produkte GmbH; Bochum: Dieter Henkel; Düsseldorf: BOULDER & MELLER GmbH; Garmisch-Partenkirchen: Nachl. d. Helga Salzmann geb. Jordan; Heilbronn: Nachl. d. Günter Wiese, Heilbronn-Neckargartach; Iserlohn: Wristler Bekleidungsfabrikation BEFA GmbH; Wiesbaden: DMG-Computer, Janke & Landwehr GmbH i.L.; Remscheid: Rainer Kloos, Solingen-Ohlige; Salzgitter: Albert Hartmann, Balingen; Salzgitter-Bedingen: Stegberg; Horst Malwald, Much; Ulm: Stahlbau Springer GmbH, Amstetten.

USA / Angestrebte Wachstumsrate von vier Prozent ist kaum zu erreichen - Höhere Haushaltsdefizite erwartet

Chancen für Zinsabbau werden skeptisch betrachtet

H.A. SIEBERT, Washington
Wie können in den USA die Zinsen weiter sinken, wenn die Reagan-Administration in drei bis vier Wochen dem Kongress Haushaltsprojektionen vorlegen wird, die für die kommenden Jahre erhebliche höhere Defizite ankündigen? Diese besorgte Frage stellt man sich an der Wall Street, wo Aktienkurse und Rentennotierungen wieder nach unten ziehen. Dort ist es auch keine Überraschung, daß der Dollar noch stärker wird.

Geld fließt knapp in Amerika - vor allem, wenn die US-Konjunktur, wie erwartet, auch einigen schwächeren Monaten wieder auf Touren kommt. Einschließlich der außerordentlichen Erlöse mußte die Treasury im Haushaltsjahr 1984, das am 30. September endete, 187,3 Mrd. Dollar (rund 593 Mrd. Mark) über die Kreditaufnahme finanzieren. Im Jahr zuvor waren es 207,7 Mrd. Dollar. Das Bild verschlechtert sich rapide, wenn sich Präsident Reagan und der Kongress nicht auf ausreichende Ausgaben-schnitte einigen. Auf dem Kapitol wird das jedoch bezweifelt.

Ohne fiskalpolitische Korrekturen steigt das US-Haushaltsdefizit im laufenden Finanzjahr 1985 auf etwa 210

Mrd. Dollar. 1986 schrumpft es dann leicht auf 206 Mrd. Dollar, um 1987 rund 225 Mrd. Dollar zu erreichen. Ein Jahr später schlägt die Budget-lücke nach Angaben des Haushaltsbüros des Weißen Hauses mit 217 Mrd. Dollar zu Buch. Das sind erschreckende Zahlen, die für Reagans zweite Amtszeit ein zusammengefaßtes Defizit von 858 Mrd. Dollar ergeben. Am 30. November machte Washingtons öffentlicher Schuldberg bereits 1631 Mrd. Dollar aus, verglichen mit rund 900 Mrd. Dollar zu Beginn der Reagan-Ära.

Die herausgegebenen Projektionen sind das Ergebnis einer zu optimistischen Konjunkturbeurteilung durch die Administration. Sie hatte für das vierte Quartal 1984 mit einem wirtschaftlichen Realwachstum von vier und einer Inflationsrate zwischen drei und vier Prozent gerechnet. Nach der Blitzprognose des US-Handelsministeriums nahm die preisbereinigte Wertschöpfung aber nur um 2,8 Prozent zu, während die Teuerung lediglich 3,9 Prozent ausmachte. Dadurch lag das nominale Brutto-sozialprodukt unter dem Zielrahmen. Als zu hoch gegriffen gelten auch die vier

Prozent, um die Amerikas Wirtschaft Jahr für Jahr bis 1988 wachsen soll.

Für 1984 liegen die genauen Zahlen noch nicht vor, aber mit dem sprunghaften Anstieg im Oktober und November hat vermutlich die Defizitfinanzierung des Schatzamtes im Kalenderjahr 1984 Mrd. Dollar überschritten. Das Hypotheken-Volumen vergrößerte sich um 137 Mrd. Dollar, während die Kommunen und die Unternehmen etwa 70 und 40 Mrd. Dollar aufnahmen. Die insgesamt 437 Mrd. Dollar, in denen Raten- und andere Kredite nicht enthalten sind, ließen sich angesichts des verhältnismäßig bescheidenen amerikanischen Sparverhaltens - ab September sogar bei sinkenden Zinsen - finanzieren, weil Auslandskapital in großem Umfang zufließt und die US-Notenbank die Geldschrauben lockerte.

Vor diesem Hintergrund wird verständlich, warum die Zinsprognosen für dieses Jahr, von wenigen Ausnahmen abgesehen, düster hiebeln. Folgt man einer Umfrage des „Wall Street Journal“, an der sich 24 namhafte Fachleute beteiligten, dann können die US-Zinsen in den nächsten Monaten zwar noch etwas sinken, bis zum Jahresende werden sie jedoch wieder

anziehen. Im Durchschnitt der Einzelprognosen verteuern sich dreimonatige Treasury Bills, die 1984 mit 7,94 Prozent abschlossen, bis zum 30. Juni auf 8,56 und bis zum 31. Dezember 1985 auf 9,18 Prozent. 30-jährige Treasury Bonds steigen von 11,53 auf 11,60 und 11,83 Prozent.

Eingeschätzt wird die Zinsentwicklung sehr unterschiedlich. Aber auch Alan Greenspan, Chefberater in der Ford-Administration, sagt Sätze von acht und neun sowie elf und 11,60 Prozent voraus. Leif Olsen von der Citibank sieht Raten von 10,25 und 10,50 sowie 12,50 und 13,50, Allen Sinai von Shearson Lehman von jeweils 9,25 sowie 12,25 und zwölf Prozent am Jahresende.

Im Kongress hat ein Anhörungsverfahren über den Defizitabbau begonnen, an dem US-Nationalökonom von hohem Rang teilnehmen. Sie alle sehen nur eine Lösung: Die Axt muß auch die Verteidigungsausgaben, die Renten und die Gesundheitsfürsorge für die Alten treffen; es führt überdies kein Weg an Steuererhöhungen vorbei. Politisch ist das eine wie das andere nur schwer durchzusetzen.

Horten mit dem Neubau zufrieden

J.G., Düsseldorf

Als „voll den Erwartungen entsprechend“ bezeichnet die Horten AG, Düsseldorf, den in den ersten drei Monaten erzielten Umsatz von 22 Mill. DM ihrer 58 Filiale „Carsch-Haus“ in Düsseldorf. Die 22 Spezialgeschäfte des Delikatess-Frischmarktes darin seien mit ihren (bei Horten nicht mitgerechneten) Umsätzen sogar „sehr zufrieden“.

In den ersten zehn Monaten von 1984/85 (29. 2.) hat die Horten AG (ohne Lebensmittel, Reisen und Peter Hahn) mit 2,47 Mrd. DM 2,2 Prozent weniger Umsatz als vor Jahresfrist erzielt, hauptsächlich wegen schlechten Wetters und Streiks. Die Verkaufsfäche stieg auf 613.000 (602.000) qm, die Belegschaftszahl sank auf 15.890 (16.936). „Erfreulich“ sei das Weihnachtsgeschäft mit 0,4 Prozent Umsatzplus verlaufen.

GENERALE DES EAUX / Neue Wasserreinigungs-Technik

Schon Lizenzen vergeben

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die Compagnie Generale des Eaux, Frankreichs größtes Wasserversorgungsunternehmen, setzt in der Bundesrepublik für die Entfernung der Nitrate aus dem Wasser (Denitrifikation) neue technologische Daten. Nachdem die Gesellschaft Mitte 1983 in Eragny-sur-Aoise bei Paris die erste, auf biologischer Basis betriebene Anlage der Welt in Betrieb genommen hat, wurden von den USA, Japan und Australien entsprechende Lizenzen für ihr OTV-Verfahren (Omnium de Traitement et de Valorisation) erworben. Als erstes deutsches Unternehmen hat jetzt die Kraftanlagen GmbH Heidelberg einen Lizenzvertrag unterzeichnet.

„Die deutsche Industrie hat bisher keine eigene befriedigende Antwort auf die Herausforderung der Wasserreinigung durch Nitrate gefunden“, erklärte Chefingenieur Michel Pille in einem Gespräch mit der WELT. Vor allem in den Gebieten, deren Wasser durch den Stickstoffdünger der Landwirtschaft verunrei-

nigt wird, sei das biologische OTV-Verfahren allein bisher verwendeten physico-chemischen Verfahren überlegen.

Kern der neuen Technologie ist, die Nitrate in einem Filterungsprozess an natürliche Bakterien zu binden. Die Bakterien entziehen dabei den Nitraten den Sauerstoff, wodurch diese neutralisiert werden. Der für die Biotbindung notwendige Kohlenstoff wird durch die Hinzufügung von Abfall geliefert.

Die Anlage in Eragny besitzt eine Kapazität von 1600 Kubikmeter Wasser pro Tag. Ihr Betrieb erfolgt praktisch vollautomatisch. Die Compagnie Generale des Eaux betreibt bereits in Essen eine für 50 Mill. DM erstellte Ozonanlage zur Trinkwasseraufbereitung.

Wie im privaten Mehrheitsbesitz befindliche Compagnie hat zuletzt (1983) einen konsolidierten Umsatz von 29,8 Mrd. Franc erzielt und einen Reingewinn von 417 Mill. Franc ausgewiesen.

für Gemeinwirtschaft - erlebte Zürich

Mit Plus 1,2 und währungsberichtigt einem Minus von 1,8 Prozent waren die Veränderungen gering. Die großen international bekannten Werte standen im Schatten der spekulativen Aktien mit engen Märkten. Die guten Konjunkturaussichten, die günstige Exportentwicklung und der Anstieg der Unternehmensgewinne wurden von der Börse offensichtlich ignoriert.

New York: Enttäuschend verlief auch die Entwicklung an der Wall Street, vor allem für die Anleger, die auf die übliche Wahlhaussetzungen. Nachdem im Januar das historische Höchstniveau knapp verfehlt wurde, fiel der Dow Jones auf Grund steigender Zinsen bis Juli auf den Jahrestiefstand von 1088,57. Nachgebende Zinsen im zweiten Halbjahr leiteten eine neue Aufschwungphase ein, die dann aber wieder durch die Nachrichten über eine Abschwächung der Konjunkturerholung gebremst wurde.

Amsterdam: Steuerentlastungen für die Unternehmen, eine günstige Gewinnentwicklung und sinkende Zinsen führten zu einem Kursaufschwung an der Amsterdamer Börse, der allerdings im Sommer aus politischen Gründen unterbrochen wurde. Im August kam es zu einem neuen Aufwärtstrend, der kurz vor Jahres-schluss ein historisches Höchstniveau brachte.

Zürich: Ein im internationalen Vergleich ruhiges Börsenjahr - „ohne Höhen und Tiefen“, schrieb die Bank

RUMASA / Venezolaner erhielten Warenhauskette

Baufirma nicht verkauft

ROLF GÖRTZ, Madrid

Der von der spanischen Regierung eingesetzten Verwaltung der im Februar 1983 enteigneten Rumasa-Holding gelang es nicht, wie vorgesehen, die deutsch-spanische Baufirma Construcciones Hispana-Alemana noch vor Ablauf des Geschäftsjahres 1984 zu verkaufen. Dagegen schaffte es die Cisneros-Gruppe aus Venezuela, den Zuschlag der Regierung zum Kauf der Rumasa-Warenhauskette Galerías Preciados zu erhalten.

Die persönliche Verbindung zwischen den Inhabern der südamerikanischen Gruppe und dem Madrider Regierungschef González mag der Gruppe geholfen haben, ein günstiges Angebot einer US-amerikanischen Gruppe auszusammeln. Die 27 über ganz Spanien verteilten Warenhäuser werden nunmehr unter dem Namen „Maxi“ den südamerikanischen Stöckel auf dem europäischen Markt der Warenhäuser bilden.

Für das Aktienpaket von Galerías Preciados zahlt Cisneros 1,5 Milliarden Peseten. 8 Milliarden Peseten werden zur Deckung der Bankschulden aufgebracht, weitere 2,3 Milliarden Peseten gehen an das Madrider Finanzministerium und 5,8 Milliar-

den Peseten werden für den Pensionsfonds der Angestellten aufgebracht. Über den Zahlungszeitraum verläuft noch nichts. Das Personal der spanischen Warenhauskette wird nicht wie vorgesehen um 1500, sondern um 750 Angestellte reduziert.

Unzufrieden mit den Abmachungen zwischen Regierung und Cisneros sind private Aktionäre, die 22 Prozent des Warenhauskapitals halten. Die offizielle Bewertung ihrer Aktien (Nominalwert 500 Pesetas) von 290 Pesetas sei zu niedrig. Sie stellen eine Bewertung von 143 Prozent des Nominalwertes entgegen. Hinzu käme eine Verkaufsprämie von 5 Prozent, die den Gesamtwert der Aktien auf 744 Pesetas erhöhte.

Von den restlichen Unternehmen der Rumasa-Holding ging eine Beteiligung an Eicis in BASF Farben und Faser AG. Verkauf wurde auch die Richard-Haas-Weingroßkellerei, ohne daß hier allerdings der Käufer bekanntgegeben wurde. Die Sankt-Augustinus-Weinkellerei ging an Nose Cash & Carry, Ruiz Mateus, der sich zur Zeit in Frankfurt aufhält, verkaufte das 600-Zimmer-Hotel „Everglades“ in Miami an eine amerikanische Hotelkette. (SAD)

FRANKREICH / Absatzprobleme in der Maschenindustrie

Auslandsmärkte im Visier

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französische Strick- und Wirkwarenindustrie hatte 1983 ein Viertel ihres Umsatzes von 54,5 Mrd. Franc im Ausland erzielt. Im nächsten Jahr soll dieser Anteil auf 30 Prozent gebracht werden, sagte der Branchenverband in Paris. Dies wird nötig, da die durch die Sanierungspolitik geplagten Franzosen immer weniger Geld für Bekleidung ausgeben.

Verstärkt werden soll der Absatz vor allem in der Bundesrepublik - schon heute der größte Auslandsmarkt der meisten Exporteure. Im letzten wie auch in diesem Jahr wurden - dank der Dollar-Hausse - in den USA bereits größere Exporterfolge erzielt. Jetzt aber komme es darauf an, die strukturellen Exportschwächen der Branche zu überwinden. Das Rezept dafür liefern die Italiener, die auch in Frankreich an erster Stelle unter den Auslandslieferanten stehen. Durch höhere Kreativität und größere Zuverlässigkeit wie Anpassungsfähigkeit will der Verband dem „Made-in-France“ ein neues, dem Italienischen ebenbürtiges Image verschaffen. Es soll sich auf eine hohe

industrielle Solidität und Dynamik stützen.

Tatsächlich kommt es gerade in der Bundesrepublik auf solche „Kleinigkeiten“ wie die peinliche Einhaltung der Lieferfristen an, versicherten so erfahrene Exporteure wie der Kinderbekleidungsproduzent Kindy. Dagegen könnten die Franzosen zunehmend von der deutschen Geschmacksentwicklung profitieren. In dieser Beziehung seien während der letzten Jahre gewaltige Fortschritte gemacht worden, betonte Cacharel-Chef Bergami. Bei Qualitätsprodukten spiele andererseits der (hohe) Preis auf dem deutschen Markt keine so große Rolle mehr wie früher.

Frankreich ist auch in diesem Textilektor immer noch hauptsächlich Rohmaterial-Exporteur. Auf Wirkstoffe entfallen mehr als die Hälfte der Branchenausfuhr. Auch beim Umsatz ist dieser Sektor mit 27,5 Mrd. Franc der wichtigste. Es folgen Strickwaren mit 17,8 Mrd., Kinderbekleidung mit acht Mrd. Franc und der Wäsche- (einschließlich Strumpfwaren und Badebekleidung) mit 7 Mrd. Franc Umsatz.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Niederländisches Erdgas

Essen (dpa/VWD) - Die Ruhrgas AG, Essen, und die N.V. Nederlandse Gasunie, Groningen, haben vereinbart, die Erdgaslieferungen aus den Niederlanden von jährlich rund 6,5 Mrd. Kubikmetern bis etwa zum Jahre 2010 fortzusetzen. Damit sei ein langfristiger Beitrag westeuropäischer Energiequellen zur Erdgasversorgung der Bundesrepublik gesichert, berichtete die Ruhrgas. Nach der bisherigen Vertragsregelung wären die Erdgaslieferungen aus den Niederlanden in der zweiten Hälfte der 90er Jahre ausgelaufen. Insgesamt werde niederländisches Erdgas über die Jahrhundertwende hinaus einen Anteil von etwa einem Viertel an der Erdgasversorgung der Bundesrepublik haben. Zusammen mit dem Erdgas aus deutscher Förderung und den Lieferungen aus der norwegischen und dänischen Nordsee werde die Bundesrepublik langfristig überwiegend mit westeuropäischem Erdgas versorgt.

menden Monaten systematisch ausgebaut werden. Aufgeschlüsselt nach Postleitzahlgebieten sollen die Immobilien für Bau- oder Kaufwille in allen Vertriebsstellen abrufbereit vorgehalten werden.

Wieder Dividende

Kirchheim/Teck (VWD) - Nach zwei dividendenlosen Jahren hat die Kolb + Schülle AG, Kirchheim/Teck, für das Geschäftsjahr 1983/84 (30. 9.) die Dividendenzahlung wieder aufgenommen. Nach Unternehmensangaben wird der Aufsichtsrat im Januar über die Höhe der Ausschüttung entscheiden. Kolb + Schülle verweist in diesem Zusammenhang auf das 1985 anstehende 225-jährige Firmenjubiläum. 1983/84 stieg der Umsatz um 14,1 Prozent auf 97,5 Mill. DM. Der Konzernumsatz wuchs um 15,5 Prozent auf 115,6 Mill. DM. Zum Wachstum haben laut Vorstand alle Produktionsbereiche beigetragen. Der Exportanteil habe sich auf 28,8 (24,1) Prozent erhöht.

Unverändert 6 Prozent

Wiesbaden (VWD) - Eine unveränderte Dividende von 6 Prozent sowie die notwendige Dotierung der Rücklagen wird das Betriebsergebnis 1984 der Wiesbadener Volksbank Wiesbaden, zulassen, auch wenn es um 8 Prozent geringer ausgefallen ist als im Vorjahr. Im Jubiläumsjahr 1985 geht das am 8. September vor 125 Jahren als „Vorschuß- und Kreditverein für die Stadt Wiesbaden“ gegründete Institut nach Einschätzung seines Vorstandes „auf sehr solider Grundlage“.

NAMEN

Heinz Gerhardt, Steuerberater, scheidet aus dem Vorstand der DATEV, Datenverarbeitungsorganisation der steuerberatenden Berufe in der Bundesrepublik Deutschland, nach Ablauf seiner Amtszeit auf eigenen Wunsch aus. Nachfolger wurde Steuerberater Rolf W. Hoos.

Lorenz Lingemann sen., Alleinhaber der L. Lingemann, Stahl-Sanitär-Größhandlung, Bad Oeynhausen, feierte am 2. Januar den 70. Geburtstag.

Hans H. Kalbe, Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Holzindustrie und verwandter Industriezweige e.V. und des Verbandes der Deutschen Möbelindustrie, vollendete am 5. Januar das 60. Lebensjahr.

Hugo Kraus ist zum Jahresende

mit Erreichen der Altersgrenze aus dem Vorstand der Badischen Kommunalen Landesbank - Girozentrale - ausgeschieden. Dieter Mähle, bisher Geschäftsführer der Bakola-Leasing- und Beteiligungsgesellschaft, wurde als stellvertretendes Mitglied in den Vorstand der Bakola berufen.

Rudolf Fabian, Vorstandsmitglied der Deutschen Hypothekbank Frankfurt-Bremen AG, Frankfurt, hat den Vorsitz im Gemeinschaftsdienst der Boden- und Kommunalkreditanstalt, Frankfurt, an Dr. Ludwig Schöck, Präsident der Deutschen Pfandbriefanstalt, Wiesbaden, übergeben.

Hero Warrings, Chef und Namensgeber der Bremerhavener Möbelfabrik Warrings KG, feierte am 30. Dezember 1984 den 75. Geburtstag.

Renten unter Druck

Auf dem Rentenmarkt war von einem Anlagendeckungsbedarf nichts zu spüren, die Kurse der öffentlichen Anleihen gaben angesichts fehlender Käufer sogar um durchschnittlich einen halben Punkt nach. Schuld ist vor allem die Zinsentwicklung in den USA, wo der Renditeanstieg wieder aufwärts lief. Angesichts dieser Bewegung halten sich die deutschen Großanleger mit Neuanforderungen zurück, sie glauben demnach, dass die besseren Konditionen zum Zuge kommen werden. Auch bei den Pfandbriefen wurden die Notierungen dem neuen Renditestand angepasst.

Bundesanleihen		
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00
6-monatig	100,00	100,00
3-monatig	100,00	100,00
1-monatig	100,00	100,00
1-wöchig	100,00	100,00
1-tägig	100,00	100,00

Bundespost		
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00
6-monatig	100,00	100,00
3-monatig	100,00	100,00
1-monatig	100,00	100,00
1-wöchig	100,00	100,00
1-tägig	100,00	100,00

Wandelanleihen		
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00
6-monatig	100,00	100,00
3-monatig	100,00	100,00
1-monatig	100,00	100,00
1-wöchig	100,00	100,00
1-tägig	100,00	100,00

Ausländische Aktien in DM

Ausländische Aktien in DM		
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00
6-monatig	100,00	100,00
3-monatig	100,00	100,00
1-monatig	100,00	100,00
1-wöchig	100,00	100,00
1-tägig	100,00	100,00

Warenpreise - Termine

Mit Abschlüssen in allen Sektoren schlossen am Mittwoch die Gold-, Silber- und Kupfermärkte an der New Yorker Comex. Schwächer gingen auch Kaffee und Kakao aus dem Markt. (DG)

Getreide und Getreideprodukte		
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00
6-monatig	100,00	100,00
3-monatig	100,00	100,00
1-monatig	100,00	100,00
1-wöchig	100,00	100,00
1-tägig	100,00	100,00

Wolle, Fasern, Kautschuk		
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00
6-monatig	100,00	100,00
3-monatig	100,00	100,00
1-monatig	100,00	100,00
1-wöchig	100,00	100,00
1-tägig	100,00	100,00

Zinn-Preis Penang		
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00
6-monatig	100,00	100,00
3-monatig	100,00	100,00
1-monatig	100,00	100,00
1-wöchig	100,00	100,00
1-tägig	100,00	100,00

New Yorker Metallbörsen		
10-jährig	100,00	100,00
7-jährig	100,00	100,00
5-jährig	100,00	100,00
3-jährig	100,00	100,00
1-jährig	100,00	100,00
6-monatig	100,00	100,00
3-monatig	100,00	100,00
1-monatig	100,00	100,00
1-wöchig	100,00	100,00
1-tägig	100,00	100,00

Wirtschaftspolitik mit Orientierung!

LUDWIG ERHARD:
Die Soziale Marktwirtschaft ist noch nicht zu Ende geführt. Es gilt, auf ihrer Grundlage eine moderne freiheitliche Gesellschaftspolitik zu entwickeln.

Ohne Orientierung gibt es keine Maßstäbe - ohne Maßstäbe keine richtigen Antworten auf Schicksalsfragen unserer Gesellschaft. Die von Ludwig Erhard gezeigte Soziale Marktwirtschaft hat gültige Maßstäbe gesetzt und sich auch in Krisen als überlegene Wirtschaftsordnung erwiesen.
Die von ihm gegründete Ludwig-Erhard-Stiftung engagiert sich für eine zukunftsorientierte Entwicklung unserer sozial verpflichteten Marktwirtschaft. Anerkennung des Forum der Ludwig-Erhard-Stiftung für Information und Austausch über Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik ist die Kernkompetenz der Stiftung. Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik.
Heft 21 der „Orientierungen“ befaßt sich mit den gesellschaftlichen Auswirkungen technischer Fort-

schriffe und der Industriepolitik, behandelt die Themen „Gemeinwohl“ und „Klassenkampf“, enthält Beiträge zum zeitgerechten Handeln in Wirtschaft und Politik, Aufsätze über die Umwelt-, die Sozial-, die Wohnungspolitik, über die geplante Steuerreform und die Novellierung des Ladenschlußgesetzes sowie Berichte über die Wirtschaftsordnung in Argentinien und eine wissenschaftliche Tagung zum Thema „Ludwig Erhard und seine Politik“.
Möchten Sie „Orientierungen“ beziehen, wollen Sie Mitglied des Freundeskreises der Ludwig-Erhard-Stiftung werden? - Schreiben Sie uns: Ludwig-Erhard-Stiftung, Johannerstraße 8, 5300 Bonn 1.



Ulrich C.C. Jancke

* 29. 5. 1935

† 31. 12. 1984

In Liebe und Dankbarkeit

Dr. Luise Jancke geb. Buchner
 Dr. Walter Jancke und Frau Irmela
 mit Luise, Bettina, Christian
 Dr. Renate Schmieder geb. Jancke
 Dr. Werner Schmieder mit Felicitas und Peter

Bad Lauterberg, Kelkheim/Taunus,
 Düsseldorf 31, Auf der Bieth 7

Die Beisetzung findet im Kreise der Familie statt.

Statt Blumen und Kränzen erbitten wir eine Spende zugunsten
 des Deutschen Roten Kreuzes,
 Sonderkonto 10 800
 bei der GrundkreditBank Berlin (BLZ 101 901 00).

Mit Bestürzung und Trauer geben wir bekannt,
 daß am 31. Dezember 1984 der Vorsitzende unseres Vorstandes

Herr Rechtsanwalt

Ulrich C.C. Jancke

im Alter von 49 Jahren aus seinem arbeitsreichen
 Leben gerissen wurde.

Herr Jancke gehörte seit 1969 dem Vorstand der
 GrundkreditBank an, dem er seit 1972 vorsah.

Mit Ideenreichtum, großer Tatkraft und unternehmerischer
 Weitsicht hat er die GrundkreditBank eG - Volksbank - Berlin
 zu ihrer heutigen Bedeutung geführt.

Sein tragisches Ableben wird eine große Lücke hinterlassen.

Wir werden ihn nicht vergessen und sein Andenken
 in hohen Ehren halten.

GRUNDKREDITBANK eG
 -Volksbank-

Aufsichtsrat Vorstand Mitarbeiter

Die Beisetzung findet im Kreise der Familie statt.

Statt Blumen und Kränze erbitten wir eine Spende
 zugunsten des Deutschen Roten Kreuzes, Sonderkonto 10.800
 bei der GrundkreditBank, Berlin (BLZ 101 901 00)

Wir trauern um

Herrn Rechtsanwalt Ulrich C.C. Jancke

Vorstandsvorsitzender
 der GrundkreditBank eG
 - Volksbank - Berlin
 Aufsichtsratsvorsitzender
 unserer Unternehmen

Grund + Renten
 Gesellschaft für Anlagen Consult mbH
 GKB Treuhand- und
 Geschäftsführungs-GmbH
 Geschäftsführung und Mitarbeiter
 Berlin, den 4. Januar 1985

Ulrich C.C. Jancke

* 29. 5. 1935

† 31. 12. 1984

Wir trauern um unseren klugen, kenntnis-
 reichen und die private Initiative fördernden
 Freund, der geholfen hat, der Kunst mehr
 Einfluß zu geben. Er hat unseren Verein
 mitbegründet und damit Berlin und der
 Nationalgalerie einen großen Dienst er-
 wiesen.

Verein der Freunde
 der Nationalgalerie

Dr. Ernst Hermann Fernholz

* 4. 6. 1904

† 1. 1. 1985

Ehrenpräsident der Industrie- und Handelskammer für die Pfalz
 Ehrengast der Universität Mannheim
 Träger des Großen Verdienstkreuzes mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland
 sowie zahlreicher anderer Auszeichnungen

Mit ihm ist ein Unternehmer dahingegangen, der in seiner über 23jährigen Tätigkeit an der
 Spitze der G + H-Gruppe mit seiner Dynamik und seinem Können die erfolgreiche
 Entwicklung der Gesellschaft grundlegend bestimmt hat. Wir trauern um einen durch
 Persönlichkeit und Leistung hervorragenden Mann. Seine Arbeit, sein Wirken und sein
 Name werden bei uns unvergessen bleiben.

Grünzweig + Hartmann und Glasfaser AG
 G + H MONTAGE GmbH
 Aufsichtsrat, Belegschaft, Geschäftsführung

Ludwigshafen am Rhein, im Januar 1985

Die Beisetzung findet im engsten Familien- und Freundeskreis statt.

Wir trauern um

Ulrich C.C. Jancke

Bankdirektor

der am 31. 12. 1984 auf tragische Weise ums
 Leben gekommen ist.

Herr Jancke gehörte seit 1982 unserem Auf-
 sichtsrat an. Durch sein Wirken und seinen
 klugen Rat hat er bleibende Verdienste um
 unser Unternehmen erworben. Wir werden
 ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Vorstand und Aufsichtsrat
 des
 Deutschen Genossenschaftsverlages eG
 Wiesbaden

Ulrich C.C. Jancke

* 29. 5. 1935

† 31. 12. 1984

Durch den erschütternden Tod unseres Vor-
 sitzenden haben die Mitglieder des Förder-
 vereins, aber auch alle Mitarbeiter des Berlin-
 Museums einen Freund verloren. Sein Inter-
 esse und sein Engagement galten der Er-
 werbstätigkeit für das Museum ebenso wie
 den Veranstaltungen und der Betreuung des
 Vereins. Hier hat er uns unschätzbare Dien-
 ste erwiesen.

Wir trauern um Ulrich Jancke.

Verein der Freunde
 und Förderer des Berlin-Museums

Dr. phil. Franz Wallner-Basté

geboren am 13. September 1896
 gestorben am 24. Dezember 1984

Dr.-Ing. Franz Wallner

Dietrich Wolff

* 16. Februar 1907 † 1. Januar 1985

Wir danken für sein erfülltes Leben. Unsere Liebe begleitet ihn.

Elisabeth Wolff geb. Münch
 Hartmut und Barbara Scheibler geb. Wolff
 Dr. Georg und Karin Wolff geb. Wölz
 Dr. med. Thomas
 und Hildegard Lange-Brock geb. Wolff
 Tobias und Christine Richter geb. Wolff
 sein Bruder Helmut Wolff und Familie
 und die 11 Enkelkinder

Krumtal 20, 2000 Hamburg 55

Wir nehmen Abschied am Dienstag, dem 8. Januar 1985, um 13 Uhr in der Kapelle
 des Blankenburger Friedhofes in Seefeld.

Statt jeder besonderen Anzeige

Herr, in Deine Hände sei Anfang und Ende,
 sei alles gelegt.

Nach einem Leben voller Liebe und Güte ist
 unsere liebe stets hilfsbereite Schwester,
 Schwägerin und Tante

Hildegard Groppe

* 9. 7. 1912 † 27. 12. 1984

von ihrem schweren Leiden erlöst worden.

Der Abschied von ihr erfüllt uns mit tiefer
 Trauer.

Im Namen der Angehörigen
 Hartwig Tabbesing
 und Frau Erna geb. Groppe

4806 Werther, Borgholzhausener Str. 74

Die Trauerfeier hat im engsten Familienkreis auf dem evang. Friedhof in
 Werther stattgefunden.

Von Beileidsbesuchen bitten wir freundlicher Abstand zu nehmen.

† 31. Dezember 1984

Die Beisetzung hat im engsten Familienkreis stattgefunden.

W 2462

Das Poster dieses Anzeigenmotives im Format DIN A 2
und die Schrift „Nur gemeinsam werden wir die Zukunft gewinnen“
senden wir Ihnen auf Wunsch gerne zu.
Aktion Gemeinsinn e.V., eine Vereinigung unabhängiger
Bürger, Schumannstraße 57, 5300 Bonn 1



Des Negus Geschäfte

„Encyclopedia“ wird im „Oxford Dictionary“ definiert als „ein Buch, das über alle Zweige des Wissens informiert, oder über ein bestimmtes Gebiet, gewöhnlich alphabetisch angeordnet“. Mit zunehmendem Verleger-Sprachpomp ist der Begriff längst, aber ein bestimmtes Gebiet, gewöhnlich alphabetisch angeordnet. Mit zunehmendem Verleger-Sprachpomp ist der Begriff längst, aber ein bestimmtes Gebiet, gewöhnlich alphabetisch angeordnet.

Tisch: des großen Möbelmeisters Abraham Röntgen.

Jedoch: Negus liebte das Buch nur seinen populären Namen. Verfaßt wurden die Abschnitte über Möbel, Steingut, Porzellan, Glas, Zinn, Kupfer, Messing, Silber und Uhren von halbwegs zuverlässigen Autoren. Berühmt ließ ich Frau Gemahlin unter der Tanne sitzen, um Punsch zu machen. Der war noch nicht heiß, als verbale Empörung mich zurückrief ins Weimachtszimmer, und dies mit Recht: Teil für Teil handelt die „Encyclopedia“ nahezu ausschließlich von britischen Antiquitäten. Gewiß, es gibt da ganz hübsche Säckchen, jedoch etwa Gläser oder Porzellane oder auch Zinngeräte haben nur sehr selten den Rang ähnlicher Antiquitäten auf dem Kontinent.

Ein Buch über ausschließlich heimische Erzeugnisse als umfassendes Werk über den Gegenstand zu verkaufen: das geht über schlechte Verlegermanieren dem doch ein wenig hinaus. Allein das Kleingedruckte auf der Rückseite des Titels verrät, daß es sich bei dem teuren Brocken einfach um eine Zusammenfassung von sechs Handbüchern über nur britische Antiquitäten handelt. Muß man also jetzt auch bei halbwegs angesehenen Verlegern zunächst stets das Kleingedruckte lesen?

Star-Porträts der Photographin Annie Leibovitz

Mit inszenierter Eitelkeit

Was zeichnet gute Photographien aus – gleichzeitig ob man sie in die Schublade „Journalismus“, „Reportage“ oder „Kunst“ ablegt? Die Frage stellt sich bei jedem Band, der mehr als die tägliche Bilderroutine bietet. Und die „Photographen“ von Annie Leibovitz (Taschen Comics, Köln, 144 S., 69 Abb., 39,80 Mark) gehören zweifellos dazu. Es ist eine Sammlung von Star-Porträts, die vor allem die Idole der jüngeren Generation versammelt. Schließlich gewann Annie Leibovitz ersten Ruhm durch ihre Titelblätter für das Magazin „Rolling Stone“, Aufnahmen der namengebenden Gruppe, der Beatles und vieler anderer Gruppen. Dabei bewegte sie sich – wie alle journalistischen Porträtphotographen – zwischen den beiden Polen Seriosität und Gag. Denn der Porträtierte möchte natürlich von seiner besten Seite gesehen werden.

Aber das normale Photo, wie es millionenfach täglich von Prominenten und Alltagsmenschen aufgenommen wird, hat keinerlei Reizwirkung. Die für ein Titelblatt notwendig ist. Die Erfahrung, daß es nicht genügt, einfach jemanden abzuzeichnen, um ein Porträt zu gewinnen, macht schließlich jeder Amateurphotograph früher oder später. Und jedes Photo-

studio kann Bände von den Kämpfen mit seinen Kunden erzählen, die im Bild so erscheinen möchten, wie sie eigentlich nicht sind.

Bei der journalistischen Photographie ist das nicht anders. Auch da ist der Photograph auf die Zusammenarbeit mit seinem Gegenüber angewiesen (falls er ihn nicht als Gegner und Opfer betrachtet und deshalb eine Arbeitsweise des Überwältigens und der desavouierenden Zufälligkeit bevorzugt). Es gilt also, gemeinsam ein Bild zu erfinden, das mehr als nur die Äußerlichkeit wiedergibt. Die Möglichkeiten dazu sind unbegrenzt. Denn auf der einen Seite stehen die wohlwollendsten Attitüden des Selbstbewusstseins, wie sie Yousuf Karsh meisterlich beherrscht, auf der anderen Seite die ausgeklügelten Effekte, wie sie Philipp Halsman liebt. Nur Inszeniert sind sie alle, die schnellbar, natürlichen Bilder, die die exzentrischen. Und inszeniert sind auch die Photographien von Annie Leibovitz.

Diese Porträts stehen unter dem Zwang, etwas Besonderes zeigen zu wollen. Das kommt den Wünschen der Porträtierten durchaus entgegen. Denn die dutzenden Photographien leuchten nach einem Photo, das keine Dutzendware ist. Deshalb sind sie kooperativ, gehen auf die Vorstellungen der Photographin ein, die ihre Ideen im Gespräch so vorzutragen versteht, als sei man gemeinsam auf den Bildgedanken gekommen. So lassen sich dann Jerry Kosinski, Sylvester Stallone, Mick Jagger und selbst Robert Penn Warren hemdlos ablichten, räkelt sich Bettie Midler auf einem Lager aus Hunderten roter Rosen oder steigt das Starmodell Lauren Hutton in ein Bad aus grünlichem Schlamme. Meryl Streep, sich ihrer Wirkung nicht sicher, macht Faxen mit weißgeschminktem Clowngesicht, und Tom Wolfe posiert mit Stock und Strohhalm, blauem Schlipf und weißem Kragen als Dandy der schreibenden Branche.

Die Photos, das merkt man ihnen an, sind das Ergebnis eines fein ausgetüftelten Spiels zwischen der Photographin und den Porträtierten. Sie geben sich locker, selbstironisch, kokett – und meinen es doch ernst. Denn so wollen sie gesehen werden, als smarte, über den Dingen stehende Stars, die es sich angeblich leisten können, kein Star zu sein. Die Photographen der Annie Leibovitz wecken allerdings Zweifel, ob sie das wirklich können. PETER JOVISHOFF



Der Schriftsteller als schwitzender Schwartkopf: Photo-Portrait des Romaniers John Irving von Annie Leibovitz. FOTO: DIE WELT

Washington ehrt den Prinzen Maximilian zu Wied

Reisen zu den Indianern

Washingtons Naturkunde-Museum, Teil der berühmten Smithsonian Institution, ehrt mit einer faszinierenden Ausstellung die Indianer Nordamerikas, den preußischen Prinzen Maximilian zu Wied und den Züricher Maler Karl Bodmer.

Maximilian Prinz zu Wied, der 1815 bis 1817 die inneren Provinzen Brasiliens bereist hatte, brach 1832 nach Nordamerika auf, begleitet von dem Maler rheinischer Landschaften, Karl Bodmer. Dreizehn Monate lang zogen sie durch Indianer-Länder. Des Prinzen Doppelband „Reise in das Innere Nordamerikas“ wurde bei der Veröffentlichung 1939 jedoch ein Mißerfolg. Also verschwanden seine Aufzeichnungen und Sammlungen – Tomahawks etwa, Indianerzeile, Schmuck – in den fürstlichen Kellergebäuden zu Koblenz. Dort wurden sie erst nach dem Zweiten Weltkrieg entdeckt, von einem New Yorker Kunsthändler erworben und einer indianisch-naturkundlichen Gesellschaft vermacht.

Des Prinzen Indianer-Forschung und seine Niederschriften sind noch

heute von unschätzbarem Wert, weil er erkannte, daß er Vergänglichkeiten studiert hatte: „Traurig war mir der Gedanke, daß von der ganzen ursprünglichen Bevölkerung in dem weiten Staat Pennsylvania nicht eine Spur mehr vorhanden ist – oh Land der Freiheit.“

Den Indianern sind die beiden reisenden und stüdierten Europäer damals wahrscheinlich wie Exzentriker erschienen: Die Rothäute mußten für den Prinzen Grizzlybären lebend fangen – und sie durften die Kostlichkeiten erst dann verspeisen, nachdem Maximilian die Tiere genauestens vermessen hatte, bis hin zu der Länge der Krallen. Und Karl Bodmer führte Whisky und Weinbrand mit sich – nicht zum Trinken, sondern um darin Schlangen und anderes Kleingetier zu konservieren.

Die beiden Abenteuerer besuchten Dutzende von Stämmen, studierten auch deren unterschiedliche Sprachen, und im Anhang seiner beiden Bände veröffentlichte der Prinz sogar indianische Wörter und übersetzte sie ins Deutsche. WOLFGANG WILL

Auf den Spuren Galls, Campers und Lavaters – Das neuerwachte Interesse an der Physiognomik

Vom Schafskopf zum Griechenschädel

Zur Erfahrung des Okkulten gehört, daß unsere Augen verschwimmen und wir die Dinge in einer Weise zu betrachten beginnen, die allein von uns bestimmt ist, so daß wir unsere eigenen Mythen, Bilder und Formen im Spiegel der Außenwelt wiederzuerkennen glauben. Rätselfhaft wird es, wenn wir nun annehmen, daß die Dinge wirklich anders existieren und nur gefunden werden müßten. Wir neigen dann dazu, die Natur zu beschwören, damit sie Menschliches vorzeige, und wir betrogen, indem wir nachhelfen wie die alten Alchimisten.

Wenn Jurgis Baltrušaitis in seinem Buch „Imaginäre Realitäten“ die Entstehung der gotischen Architektur aus dem Wald oder das ferne Paradies des 18. Jahrhunderts aus den großen Laternen Chinas leuchtet läßt, so fragt man nicht gleich nach China oder nach der Metaphysik des Waldes, man fragt nach dem Betrachter, der so empfunden und der sich solche Dinge wie eine lebendige Kieseldecke auf die Schulter setzt und mit dem Tier davongeht, als trüge er eine Brosche. Noch Leibniz hat an die Über-einstimmung zwischen subjektiver Denkkonstruktion und objektiver Naturordnung geglaubt, das geheime Band der Schöpfung ist anthropomorph, nicht zerrissen und geht durch alles hindurch, wenn er schreibt:

„Die Menschen hängen mit den Tieren zusammen, diese mit den Pflanzen und diese wiederum mit den Versteinungen, die ihrerseits mit den Körpern zusammenhängen, die die Sinne und die Einbildungskraft uns als vollkommen tot und gestaltlos vorstellen.“ (Brief an Hermann und Appel). Nüchtern sah Leonardo da Vinci, wenn er davon spricht, daß wir auf Mauern, gemauerten Oberflächen oft menschliche Gesichter, Landschaften, bekannte Formen – übrigens jenseits aller Bedeutung – zu erkennen glauben und damit wohl nur Pseudontdeckungen machen, denen wir Namen geben und die, wie die Formen der Sternbilder, eigentlich willkürlich sind, wenn sie auch für uns existieren wie die angeblich zukunftsrichtigen Formen, die beim Bleigießen entstehen.

Wenn man auch nicht recht daran glaubt, woran man glauben möchte: Tatsache ist, daß es eine Geschichte solcher Bilder gibt, und in sie führt uns Jurgis Baltrušaitis, selber ebenso unglaublich wie neugierig auf Physiognomik, der Fabel vom Tier im Menschen. Solange es ihn gibt, ist der Mensch an seinem Triebkalkül interessiert und versucht, es zu verdrängen. So ordnet der Mönch Savonarola den vier Elementen, Temperamente und Tiere zu, so dem Choleriker das Feuer und den Löwen, dem Phlegmatiker das Wasser und das Lamm, dem Sanguiniker die Luft



„Die Menschen hängen mit den Tieren zusammen“: Menschen- und Tierköpfe von Jan Luyken, 1682, aus dem Amsterdamer Rijksmuseum

und den Affen, dem Melancholiker die Erde und das Schwein.

Voraussetzung einer Theorie der Leidenschaften, die jetzt nacheinander von Porta, Leonardo, de la Chambre, Descartes und Le Brun aufgestellt wird, ist die neoplatonische Maxime, daß der Mensch, und insbesondere sein Kopf, der Mikrokosmos des Makrokosmos sei und sich an ihm – noch nicht in ihm! – das Vorhandensein spiegle. So zeigen die Augenbrauen das Maß und die Latenz der Erotik, und einen kleinen Kopf, wie der Vogel Strauß, besitzen die Verückten. Die Physiognomik, die daraus entsteht, gebiert daher eine zweideutige Menschenwelt, überflüssigerweise unheimlicher und erschreckender als das Urbild selber. Die Tendenz zur Karikatur wird im Laufe der Jahr-

hunderte nicht nachlassen, noch 1834 sieht man sie in Cruikshanks „Zoological Sketches“.

Dabei hatte schon um 1770 Camper versucht, die Physiognomik, die sich bislang von Morphologie und analogischen Denken der Alchimie nicht freimachen konnte, in die Richtung der modernen vergleichenden Anthropologie zu bewegen. Unterschiede zwischen Mensch und Tier werden von der Neigung des Gesichtswinkels – angelegt vom Kinn zur Stirn, gemessen an einer ebenen Platte – abhängig gemacht. Dieser Winkel ist beim Affen 42, 90 bei einem Europäer, 100, also stumpf bereits und vorüber geneigt in der griechischen Plastik beim stürmischen Kopf des Apollo zu finden. Bald darauf kommt

die idealtypische Betrachtung der Knochenforscher zum Zug.

Der Osteologe Gall lebte und forschte zwischen den Köpfen von Enthaupeten in einem dümpfen Haus überfüllt von rollenden Toten- und Tierschädeln. Eigenschaften wie Liebe, Heiterkeit, Stolz usw. sah er in den Zollmaßen, die er von seinen braunen Lieblingen mit dem Stechzirkel abgriff. Ein weiteres Vordringen von der Oberfläche in die Tiefe hätte die Gehirnforschung und die Psychopathologie hervorgebracht, wenn nicht spät und doch verzögernd J. G. Lavater aufgetreten wäre.

Lavater, ahnungslos und kenntnisreich, magisch-frömmelisch und „falsch wie Cagliostro“ – so Mirabeau über den Erzhirn der Physiognomie – kopierte Camper mit einer Suite „vom Frosch zum Apoll“ (1806) und stellte noch einmal den Zusammenhang der Gesichtsformen und der Charaktere dar, und er wiederholte nachdrücklich den naturalistischen Fehlschluß, dem das alte okkulte Denken schon erliegen war. Er frönte Fiktionen und reiste Gesichtern nach. Die Gräzität, die er Goethe zuschrieb, gefiel diesem ebenso wie sich Johann Georg Lichtenberg mit einer „Frei- und Sauf-Physiognomie“ abfinden mußte.

Der Reiz des Buches entsteht aus dem Entlegenen, das Paradies, so fern es ist, zeigt sich in Illusionslandschaften mit Pappeln, die apokalyptische Endzeit in der erschreckenden Weiße der Felsen des niederländischen Malers Patinir, die Geborgenheit unter Büschen in der gotischen Steinmische, die chinesische Laterne im abendlichen Pavillon.

Die menschliche Phantasie, ob sie nun mit Gesichtern, die an Eulen oder Schafe erinnern, mit Kunstgärten, Steinschliffen usw. beschäftigt ist, sie findet – was sie eigentlich gar nicht will – immer sich selbst wieder, in Turbulenzbildern auf Intarsien, in Knoten von Spallieren, in Labyrinth, Tieren, mythologischen biblischen Szenen und gibt für die Soziologie und Kunstgeschichte ein Kompendium dessen ab, was ein Mensch zu einer bestimmten Zeit alltäglich im Kopf hatte, was ihm aber als Kunst oder als Literatur nicht heraus wollte, so daß er es als Naturmerkmal hervorhebt: Grauenhaftes, Zerstörtes, mongoloide Steinsäulen, molluskenhafte Formen, abgebrannte Städte im Holz- und Steinschliff, Kriegsschauplätze, Chiffren und Vorboten künftiger Ereignisse, Erwartungsängste. Im „mundus subterraneus“ (1664) des Jesuiten A. Kircher liegt dieses unterirdische Leben verborgen.

FRIEDRICH WILHELM KORFF

Jurgis Baltrušaitis „Imaginäre Realitäten“ – Fiktion und Illusion als produktive Kraft / Physiognomik – Bilder im Stein – Waldarchitektur – „Utopische Skizzen“, Dumont Verlag, Köln, 1984, aus dem Französischen übersetzt von Heonig Rüttler, 154 S., 68 Mark.

Mailands Brera 2 zeigt „Das Gold von Taranto“

Juwel der Matrone Busa

Mailands Nationalgalerie Brera besitzt mit ihrem im Frühjahr 1984 eröffneten Pendant „Brera 2“ hinter der historischen Fassade des Palazzo Clerico das modernste Museum der Stadt. Eben wurde der zweite seiner unterirdischen Säle mit einer Ausstellung eingeweiht, die den weiten, nüchternen Betrachter in eine Schatzhöhle versetzt. „Das Gold von Taranto“ aus hellenistischer Zeit. Mit ihr zeigt das archaische Museum von Taranto (Apulien) zum ersten Mal seine komplette Sammlung von Goldschmiedearbeiten und anderen Grabbeigaben von 4. bis 1. Jahrhundert vor Christus, die seit dem 19. Jahrhundert in der Stadt und ihrem Hinterland ausgegraben wurden.

Was da in kugelförmigen Vitrinen ausgestellt wurde oder an Fäden befestigt zu schweben scheint, ist hinreichend: goldene Diademe und Blätterkronen, Ringe und Ohrringe, Armreife, Ketten und Gebänge, alles von überwältigender Schönheit und Raffinesse. Viele der Stücke wirken so zeitlos, daß man sie unter edelstem modernen Schmuck auslegen und kaum von ihm unterscheiden könnte.

Diese Arbeiten stammen aus der Zeit, als das um 700 vor Christus von spartanischen Auswanderern gegründete Taranto durch seinen blühenden Handel – vor allem mit Fischen, Wein, Öl, Getreide, Pferden und Wolle – zur reichsten Stadt der Magna Graecia wurde. Aber der Reichtum allein kann die Raffinesse einer Goldschmiedekunst ohnegleichen in der Antike nicht erklären.

Aus den Aufsätzen in dem vorzüglichen Katalog erfährt man, daß die Werkstätten von Taranto 300 Jahre lang ihren Stil dank der Sonderstellung der Frauen und dem Glauben an ein Leben nach dem Tod bewahren und verfeinern konnten. Denn das Gros dieser Juwelen wurde eigens für die Reise ins Jenseits angefertigt. Man fand es samt dem Schmuck und den Kosmetikaattributen, die die Lebenden besaßen, in Frauengräbern. Nur die Kronen aus feinstem Silber und Mythenbildern waren auch für Männer bestimmt.

Grabfunde aus dem Hinterland zeigen, daß auch die Frauen der aufstrebenden Klassen nicht zurückstehen wollten. Für sie wurden aus billige-

rem Material, aus vergoldeter Bronze und vergoldeter Keramik, getreue Kopien des echten Goldschmucks der reichen Städtinnen angefertigt. Einige der kostbarsten Stücke stammen sogar aus der Provinz. Die Funde aus dem „Goldgrab von Canossa“ zeugen von unermeßlichem Reichtum. Sollte es das Grab der Matrone Busa sein, von der Titus Livius berichtet hat, sie habe nach der Schlacht von Canossa zehntausend überlebende römische Soldaten aufgenommen und gestärkt?

Mit dem „Gold von Taranto“ beherbergen die Vitrinen der „Kunst-Katomben“ von Brera 2 eine der außerordentlichsten Sammlungen der Antike und zeigen darüber hinaus ein neues Kapitel des Mäzenatentums in Italien. Der Verlag Mondadori nämlich legte mit dem Katalog nicht nur ein Standardwerk der Archäologie vor. Er hat auch die Restaurierung der Exponate finanziert und – mit einigen anderen Förderern zusammen – diese exemplarische Ausstellung ermöglicht (bis 10. März; Katalog, Verlag Mondadori, 37 000 Lire).

MONIKA von ZITZEWITZ



Juwelen und Hausat für die Reise ins Jenseits: Goldgeschmückter Neßacker aus dem Grabfund von Canossa. FOTO: DIE WELT

Mainzer Max-Planck-Institut weist Zirkone nach

Zwei Milliarden Jahre

Eine Forschergruppe des Max-Planck-Instituts für Chemie in Mainz konnte in Gesteinen aus dem Bayerischen Wald, dem Schwarzwald und aus dem Odenwald, die bei einer Gebirgsbildung vor etwa 530 Millionen Jahren im Kambrium entstanden sind, Anteile wesentlich älterer Minerale nachweisen. Bei diesen Mineralen handelt es sich um Zirkone, die als Reste von bis zu 2,3 Milliarden Jahre alten Gesteinen der damaligen Festlandscholle gelten.

Normalerweise läßt sich bei sehr alten Gesteinen nicht immer das ursprüngliche Entstehungsalter bestimmen, sondern meistens nur der Zeitpunkt der letzten Umwandlung dieser Gesteine. Diese Umwandlung geschieht in tieferen Bereichen der Erdkruste durch die extremen Druck- und Temperaturbedingungen. Dabei werden fast alle Minerale mehr oder weniger umgewandelt. Zirkone gehören zu den stabilsten Mineralen, die man kennt. Sie können

die enormen Temperatur- und Druckbedingungen in größerer Tiefe der Erde überstehen. Als Einschlüsse neugebildeter Gesteine gelangen sie manchmal wieder an die Erdoberfläche.

Zirkone kennt man außerhalb Deutschlands in Gesteinen der Pyrenäen, des französischen Zentralmassivs, aus Skandinavien, den Alpen und aus Rußland. Sie waren einst in einem Gebirge in Europa enthalten, das verwitterte. Die dabei entstandenen Sedimente gerieten, bedingt durch ihr Gewicht, bei Absenkungen des Untergrunds in größere Tiefe, wurden dort durch hohen Druck und hohe Temperatur umgeformt und durch spätere Hebungen wieder an die Erdoberfläche gebracht, wo man sie heute in extrem kleinen Mengen nachweisen kann. Sie belegen damit die Existenz Europas seit mindestens zwei Milliarden Jahren.

DORIS BAUMBAUER

Schallplatte: Aus dem Nachlaß des Klavier-Begleiters Michael Raucheisen

Geborgen wie in Abrahams Schoß

Zu Beginn des Jahrhunderts war ein „Begleiter“ notwendiges Anhängsel des Sängers, instrumentales Dekor für die Stimmbandwonne. Michael Raucheisen war einer der ersten, die den Pianisten vom Dasein des Stichtwortgebers erlösten, ihm innerhalb der ihm gestellten Aufgabe eigenes Profil gaben.

1889 in Rain am Lech geboren, studierte Raucheisen in München Violoncello und (bei Felix Mottl) Partiturspiel. Nach Anfängsjahren als Geiger im Münchner Hoforchester entschied er sich für das Klavier, spezialisierte sich auf Kammermusik und Lied und wurde auf diesen Gebieten zum geschätzten Partner für Streicher und Sänger.

Seit 1918 lebte Raucheisen in Berlin. 1933 heiratete er die Sängerin Maria Ivogün, 1940 wurde er zum Leiter der Abteilung Kammermusik und Lied am Reichssender Berlin ernannt. Diese Position erschloß ihm die phantastischen Möglichkeiten des

Mediums, die besten Stimmen ihrer Zeit, von ihm mit pianistischem Raffinement und eindringlicher Musikalität geführt, zu fixieren und der Nachwelt zu überliefern. Aus den erhaltenen Beständen der RRG (Reichsrundfunkgesellschaft) sind jetzt zur Erinnerung an den im Mai dieses Jahres verstorbenen Musiker zwei Kassetten erschienen, eine mit Brahms-Liedern (Acanta 40.23524 FK, 5 Platten) und eine mit Liedern von Peter Cornelius (Acanta 40.23503 EK, 3 Platten).

Beide zeigen das außerordentliche Niveau des Musikers Raucheisen: Eine durchgefällte pianistische Technik und eine differenzierte Anschlagkultur, die die Tasten in eine breite Palette mit reichen Farbvarianten und Ausdrucksnuancen verwandelt. Der hochintelligente Musiker Raucheisen spielt mit kontrolliertem Temperament und ist untrüglich in der Wahl der Tempi und dem genauen Einsatz dynamischer Stärkegrade. Seine Partner konnten sich bei ihm wie in

JOURNAL

Sowjetischer Film gegen Bürgerrechtler

DW Moskau

Offiziellen sowjetischen Presseberichten zufolge wird in Bälde ein Film unter dem Titel „Verschwörung gegen das Land der Sowjets“ in den Kinos der UdSSR zur Aufführung gelangen. Der 1984 produzierte Film soll scharfe Angriffe gegen das Ehepaar Sacharow enthalten, insbesondere gegen Elena Bonner, die in dem Streifen als „unausgegliche Querschnittin“ dargestellt wird, die den verdienten Physiker Sacharow zu einem Werkzeug „des Zionismus“ gemacht habe. Der jüdische Bürgerrechtler Anatolij Schtscharanskij, der schwerkrank eine 13jährige Haftstrafe in den Ural-Lagern von Perm verbüßt, ist gleichfalls Gegenstand heftiger Angriffe des Propagandafilms, der ihn als „ausgekauften Renegaten“ bezeichnet. Der sogenannte Solschenizyn-Hilfsfonds schließlich, der aus Tantiemen des Schriftstellers für die Angehörigen sowjetischer politischer Gefangener gebildet wurde, ist laut „Komsomolskaja Prawda“, die über den Film berichtet, ein Werkzeug der CIA.

Auswahlkriterien für Grand-Prix-Beitrag

dpa, München

Die Auswahlkriterien für die deutschen Teilnehmer des alljährlich veranstalteten „Grand Prix Eurovision de la Chanson“ sollen grundlegend geändert werden und künftig die musikalische Stimmungslage der Nation, glasklar widerspiegeln. Am 21. März werden die deutschen Sänger und Komponisten insgesamt zwölf Beiträge im Fernsehen vorstellen. Motto ist „Marktschreier“. Zum ersten Male wird die Hälfte der Jury-Plätze von den Veranstaltern mit Vertretern des Schallplattenhandels besetzt.

Nürnberg erinnert an den Luftkrieg

dpa, Nürnberg

„Nürnberg im Luftkrieg“ ist der Titel einer Ausstellung, die im Mittwoch vom Nürnberger Stadtarchiv eröffnet worden ist. Vor 40 Jahren, am 2. Januar 1945, war die damalige „Stadt der Reichsparteitage“ fast völlig zerstört worden. Das Stadtarchiv nahm das Ereignis zum Anlaß, Unterlagen über den Luftkrieg und seine Vorgeschichte zu präsentieren. Die Ausstellung ist bis zum 31. März 1985 zu sehen.

Indisches Filmfestival ohne deutsche Beiträge

dpa, Neu-Delhi

Ohne deutschen Beitrag begann das 10. internationale Filmfestival von Indien gestern in Neu-Delhi. 23 Spielfilme aus allen fünf Kontinenten und sieben Kurzfilme konkurrieren in zwei Abteilungen um jeweils einen goldenen und einen silbernen Pfau. Unter dem Vorsitz der französischen Schauspielerin Jeanne Moreau wird die Jury den seit 1952 vergebenen Preis vergeben. Unter den 71 eingereichten Wettbewerbsfilmen befinden sich nach Angaben der Veranstalter auch zwei Beiträge aus der Bundesrepublik: „Der Sprinter“ von Christoph Boll sowie „Death Jumper“ von Benno Trautmann gelangten jedoch nicht in die Endauswahl.

Gegendarstellung

„DIE WELT“ behauptet in ihrer Ausgabe vom 27. Dezember 1984 auf Seite 23, daß ich „SPIEGEL-Korrespondent in Washington“ sei und mein „Blatt allwöchentlich treu und brav mit der in Hamburg so erwünschten Reagan-Horror-Picture-Show“ versorge.

Diese Behauptung ist falsch.

Ich arbeite in Hamburg als Ressortleiter der Abteilung Ausland für den „SPIEGEL“-Verlag.

Michael Naumann

HANS OTTO SPINGEL

Berlin bricht den Drogentrend

HANS-R. KARUTZ, Berlin
Viele der Kinder vom Bahnhof Zoo, die sich ihr Hasch-Geld auf schiefer Bahn erkaufen, sind wieder „clean“. Berlins Drogenszene, einst so etwas wie Sodom und Gomorra, liefert keine Schlagszenen mehr. „Nur“ 32 Heroinopfer im vergangenen Jahr signalisieren den Abwärtstrend. 1983 verzeichnete die Polizei 76 Tote. 1977 waren es sogar 84. 1979 noch immer 81.

Berlins Jugendsenatorin Hanna-Renate Laurien legte zum Jahresbeginn eine hoffnungsvolle Bilanz vor. Sie beruht jedoch in erster Linie auf der erfolgreichen Arbeit von Einrichtungen, die schon Ende der siebziger Jahre vom damaligen SPD/FDP-Senat und Senatorin Ilse Reichel ins Leben gerufen wurden. Frau Laurien gute Botschaft von einer Szene, die mit dazu beitrug, Berlins guten Ruf zu gefährden, lautet: „Noch vor Jahren war unsere Stadt das Beispiel von Drogenabhängigen aus der gesamten Bundesrepublik und dem Ausland. Inzwischen stehen auch andere deutsche Großstädte und vor allem Rom und Amsterdam vor diesem Problem.“

An der Spree war und ist der Drogenkauf in Szene-Lokalen ein leichtes Unterfangen: Auf dem „Ameisenpfad“ der Schlepper gelangen immer wieder über den „DDR“-Flughafen Schönefeld erhebliche Rauschgiftmengen nach West-Berlin. Dem Drogen-Dezernat der Polizei und den Zöllnern mit ihren vierbeinigen Spezial-„Schneeflocken“ gelangen jedoch in der Vergangenheit mehrere spektakuläre Funde und Fänge.

Zur Zeit leben nach Schätzungen von Frau Laurien rund 8500 Heroinabhängige in der Stadt. Entscheidend ist jedoch, daß die Anstiegs-Kurve der Süchtigen-Zahlen nach unten abknickt: Jährlich werden zwar noch immer 500 Neulinge auf Haschisch, Heroin und LSD süchtig, aber bis zum Beginn der achtziger Jahre belief sich die jährliche Zunahme allein bei Heroin auf rund 800.

Die Senatorin führt Berlins zielstrebige Erfolge an der Drogenfront vor allem auf den Grundsat, „Therapie vor Strafe“ zurück.
● Durch eine ausgewogene Drogenpolitik konnte erreicht werden, daß die Zahl der Heroinabhängigen nicht mehr dramatisch steigt.
● Die Zahl der sehr jungen Drogen-süchtigen unter 18 Jahren ging in allen Bereichen zurück.

● Statt 100 Therapieplätze (wie im Jahre 1977) standen im vergangenen Jahr fast 600 Plätze zur Verfügung.
● In Berliner Spezialkliniken und normalen Krankenhäusern werden jährlich bis zu tausend Entzugsbehandlungen vorgenommen.

● Auf diese Weise erhielten immer mehr Betroffene schnelle Hilfe. Die früher monatelangen Wartezeiten auf einen Platz für die Entzugskur verkürzten sich.
● Auch therapeutische Gemeinschaften im übrigen Bundesgebiet betreiben Drogenstützpunkte aus Berlin, wenn nötig, auch für längere Zeit.

Die Jugendsenatorin – im Senat auch für die „jungen“ Fischer Schule und Sport zuständig – rühmt auch das installierte Selbsthilfe-System: „Wären alle unsere Therapieeinrichtungen voll professionalisiert, müßten wir jährlich sieben Millionen Mark mehr ausgeben als wir durch das Engagement der Selbsthilfegruppen sparen.“ Allein bei „Synanon“ – zum Teil in Gärtnerhäusern eines alten preussischen Hohenzollernparks am Stadtrand zu Hause – leben 170 junge Menschen.

Insgesamt wendet der Senat 1985 rund 13 Millionen Mark für sämtliche Selbsthilfegruppen auf. Eine Investition, die sich lohnt.

Nach Angaben der Oberfinanzdirektion Düsseldorf hat dagegen im vergangenen Jahr der Rauschgift-handel an der deutsch-niederländischen Grenze zugenommen, „wie noch nie“.



So winterlich sieht es seit gestern auf den Straßen aus. Meteorologen erwarten noch mehr Schnee und Tiefsttemperaturen.

FOTOS: DPA/DIETRICH

Frost senkt sich zum Sonntag über Deutschland

T. W. KRAUEL, Bonn
Kalt wird es werden in Deutschland, und das für längere Zeit. Das Wetteramt in Offenbach läßt keinen Zweifel an seiner Prognose: Bis auf minus 18, örtlich sogar minus 20 Grad werden die Temperaturen in der Nacht zum Sonntag absinken und auch am Tage kaum die einstelligen Kältegrade erreichen. Bereits in der Nacht zu gestern kündigte sich der strenge Frost im norddeutschen Raum an. Dort herrschten stellenweise 18 Grad Kälte.

Der endgültige Wintereinbruch kommt für die Meteorologen nicht überraschend. Seit Wochen bereits gewann ein gewaltiges Kaltluftpotenzial über Rußland und Skandinavien zusehends an Macht. Vereinzelt Meldungen über schweren Frost kursierten schon während der Weihnachtszeit in den Medien. Und jedermann konnte während des Ustnow-Begräbnisses in Moskau die angetretenen Soldaten zähneklappernd sich die Füße wärmten sehen. Dieses Kältereservoir wird durch eine stabile Strömung von Nordost nach Südwest in immer stärkerem Maße ange-

zapft und nach Mitteleuropa hineingeleitet.
Andererseits hiebt ein Tief über Nordwestrußland und Skandinavien ebenso unverändert weiterbestehend wie ein Hoch über den Britischen Inseln und der Nordsee. Zwischen diesen Luftmassen strömt die arktische Kaltluft in Staffeln nach Deutschland hinein.

Einmal etabliert, sind die Polarluftmassen erfahrungsgemäß über einer geschlossenen Schneedecke von erheblicher Dauer. Der Wetterdienst in Offenbach rechnete gestern mit einer stabilen Frostwetterlage von bis zu einer Woche. Erst dann seien atlantische Tiefdrucklücken meistens stark genug, die Kaltluft abzudrängen. Am gestrigen Tage kündigte

sich der Kälteeinbruch schon im Kattegat mit Windstärke acht bis neun und Schneeböen an.

Für die westliche und südliche Ostsee wurde stetige Windzunahme auf ebenfalls Windstärke neun vorausgesagt. Im Zentrum der Kaltluftblase herrschten gestern vormittag in Mos-

kau bei leichtem Schneefall minus 13 und in Helsinki minus 15 Grad.

Nach dem ersten großen Schneefall dieses Winters hat sich die Verkehrslage hingegen weitgehend normalisiert. Berlin meldete bei Pulverschnee von etwa zehn Zentimeter Höhe und acht Grad Kälte störungs-freien Verkehr auch auf den Transitstrecken. Lediglich im Thüringer Wald gab es einige Schneeverwehungen.

Auch in der Schneemetropole München läuft alles normal, dagegen hatte Bonn die alljährlichen Anfangsschwierigkeiten mit dem ersten Schnee. Routiniert bewältigten die Baden-Württemberger die weiße Pracht.

Eine weitere, schwächere Schneefront erwarten die Meteorologen nicht vor Sonntag. Ganz



Verliebter als die Polizei erlaubt: Das Blick-Herz aus zum Blickfeld zu erweitern, sehen Verkehrsexperten nicht besonders gern.

FOTO: SYEN SIMON

Der Verkauf geht aus Containern weiter

Berliner Brandopfer geben nicht auf / Notgemeinschaft gegründet / Schaden 30 Millionen

hrk, Berlin
Berlins größte Brandwunde der Nachkriegszeit riecht noch immer nach Rauch: Die 34 ausgebrannten Geschäfte unter den 100 Shops im „Tegel-Center“ gähnen wie schwarze Löcher in der Fußgängerpassage. Experten schätzen die Sanierungskosten des glücklicherweise standfesten Gebäudes auf 20 Millionen Mark. In den Flammen verbrannte Ware für weitere 10 Millionen Mark. Die Geschäftsleute wollen kämpfen – und bald aus Containern heraus auf der Straße weiterverkaufen.

Mit berlinischer Unverdorbenheit werden die 34 Ladenbesitzer eine „Notgemeinschaft“ gründen: „Wir bieten unsere Hilfe an. Wo die Existenz des Betriebes gefährdet ist, können wir mit zinslosen ERP-Krediten oder steuerlichen Erleichterungen einspringen. Bisher hat sich jedoch noch niemand bei uns gemeldet. Wir sind bereit“, sagte Renate Müller, Sprecherin von Wirtschafts-senator Einar Pieroth.

Die Kaufleute vom „Tegel-Center“ können trotz der Katastrophe insgesamt noch von Glück sagen: Denn für die Schäden am Gebäude selbst springt eine Versicherung ein. Heinz Rutius, Chef eines der größten Berli-

ner Ingenieurbüros, erhielt von der Gruppe, die das „Center“ betreibt, bereits den Sanierungsauftrag: „In sechs bis sieben Wochen könnte alles wieder in Ordnung sein“, äußerte sich Rutius optimistisch gegenüber einer Berliner Lokalzeitung.
Wer eine „Betriebsunterbrechungsversicherung“ abgeschlossen hat, kann ebenfalls aufatmen: Denn die Gesellschaft kommt bei punktieller Prämienzahlung sowohl für entgangenen Gewinn als auch für die Löhne der Angestellten auf. Bei Unterversicherung rückt die Versicherung entsprechend weniger Geld heraus.

Als ausgesprochener Pechvogel muß sich jedoch schon heute der Inhaber einer Leder-Boutique fühlen. Sein Schaden beläuft sich auf rund eine Viertelmillion. „Ich wollte umbauen und hatte die Versicherung gekündigt, weil ich dachte, da lohnt sie sich nicht“.

Mit Fortuna besonders im Bunde sind die Besitzer von zwölf der 34 betroffenen Läden. Hier ließ der Feuersturm lediglich Rauch- und Wunderspuren zurück. Blazer und Kravatten, Stoffballen und Nähmaschinen riechen „verstäubert“ oder tragen eine Rußschicht.

Noch immer von Neugierigen hinter den rot-weißen Absperrgittern angestarrt, versuchen die Gewerbetreibenden mit Kerzen in der Hand – Strom und Wasser fließen nicht – ein wenig Ordnung in das Chaos zu bringen.

Wer der Feuerfahne war, versuchen Brandspezialisten der Kripo zu ermitteln. Eins steht unterdessen fest: Die Flammen zuckten nicht, wie zunächst angenommen, an mehreren Stellen auf, sondern in einem Jeans-Shop: „Das Feuer sprang von dort auf das Geschäft vis-à-vis über, und die Flammen trafen sich dann über eine Wendeltreppe ins Obergeschoß“, stellte ein Fachmann fest. Der tiefste Brand-Punkt in den Decken und der stärkste Hitzeschaden auf wenigen Quadratmetern führte auf die Spur der Feuer-Quelle.

Im zuständigen Bezirksamt rechnen die Stadträte mit 120 Arbeitslosen Verkäufern. Ein Lederwaren-Unternehmen mußte seine fünf Mitarbeiter entlassen.

Der „Winterschlussverkauf“ noch brauchbarer Ware findet in Berlin ab 1985 jedenfalls früher als jemals zuvor statt – vor dem „Tegel-Center“, dem Unglücksbau.

Elf Minuten vor der Landung raste die 727 ins Verderben

Amerikanische Boeing zerschellte an einem Anden-Riesen

WERNER THOMAS, La Paz

Die seit Tagen in den Anden überfällige Maschine vom Typ Boeing 727 der amerikanischen „Eastern Airlines“ ist abgestürzt. Das bestätigte jetzt die Besatzung einer bolivianischen Luftwaffenmaschine. Sie fand Trümmer der Maschine in unwegsamem Gelände am Hang des 6322 Meter hohen Anden-Riesen Illimani.

Mit dieser Nachricht endete das Rätselraten um die vermißte Linienmaschine. Der Illimani erhebt sich hinter der bolivianischen Hauptstadt La Paz als gigantische Kulisse aus Gestein und Schnee. An Bord der Unglücksmaschine befanden sich 19 Personen, unter ihnen Marian Davis, die 36jährige Frau des US-Botschafters in Paraguay, und die zehn Besatzungsmitglieder. Deutsche waren nicht dabei.

Die Maschine, Flugnummer 580, hatte am späten Dienstagabend die paraguayische Hauptstadt Asunción verlassen und sollte nach Zwischenlandungen in La Paz und Guayaquil (Ecuador) Miami erreichen. Die Reise endete jedoch 80 Kilometer südöst-

lich von La Paz mit einer Katastrophe.

Oberst Grober Rojas, ein Luftwaffenoffizier, führte das Unglück auf den Versuch des Piloten Larry Campbell zurück, kurz vor der Landung einem Gewitter auszuweichen. „Er machte einen Bogen nach rechts“, sagte er, „und schmetterte gegen die Berge.“

Der „Aeropuerto el Alto“ ist der höchstgelegene (4035 Meter) Flughafen der Welt und einer der gefährlichsten. Roh Ford, ein früherer Pilot mit Erfahrungen vor Ort, berichtete, daß die Maschinen wegen der Anden erst 40 Kilometer vor dem Flughafen eine Höhe von 7200 Meter verlassen dürfen. El Alto (die Höhe) besitzt keine Radar-Anlagen. Flug 580 hatte sich elf Minuten vor der geplanten Landung zum letzten Mal gemeldet. Alles schien normal zu verlaufen.

Für die „Eastern Airlines“, die größte Luftfahrtgesellschaft der westlichen Welt (282 Flugzeuge), die von dem ehemaligen Astronauten Frank Borman geführt wird, ist dieses Unglück ein schwerer Schlag. (SAD)

Moskau wagt Groß-Eingriff in die Natur

dpa, Moskau

Trotz der bisher unabsehbaren Folgen für Mensch und Natur steht die erste Bauphase des sowjetischen „Jahrhundertprojektes“, die teilweise Umleitung nördlicher Flüsse in den Süden, offenbar unmittelbar bevor. Die amtliche Nachrichtenagentur Tass veröffentlichte jetzt Pläne, die die Umleitung von 5,8 Milliarden Kubikmetern Wasser im Jahr aus den Flüssen Suchona, der nördlichen Dwina und aus der Onega in das von der Austrocknung bedrohte Kaspische Meer vorsehen. Später sollen auch die sibirischen Flüsse Ob und Jenissei zur Bewässerung von Land nach Mittelasien und Kasachstan teilweise umgelenkt werden. Experten befürchten, daß dieser bisher größte Eingriff von Menschen in die Natur unkalkulierbare Folgen, unter anderem eine Veränderung des Klimas in Europa, mit sich bringen könnte. Wenn das Projekt vollendet ist, wird der Arktische Ozean nach Angaben westlicher Experten rund 100 Kubikkilometer im Jahr an Frischwasserzufluß verlieren, was zu einem bedenklichen Rückgang der Temperaturen auch auf dem europäischen Kontinent führen könnte. Mehrere Millionen Hektar Land würden überflutet, darunter große Waldgebiete, die für die Sauerstoffzeugung Europas eine große Rolle spielen. Hunderttausende von Menschen müßten ihre Siedlungen verlassen. Darüber hinaus wird auch von wirtschaftlichen Rückschlägen in Frage gestellt. In der UdSSR selbst hat es viele Proteste von lokalen Gruppen, Wissenschaftlern und Schriftstellern gegeben, die vor den Folgen gewarnt haben.

U-Bahn-Schütze verklagt

SAD, New York
Die Familien der vier in der New Yorker U-Bahn vom Ingenieur Goetz angeschossenen jungen Kriminellen bereiten mit dem prominenten schwarzen Rechtsanwalt Clayton Jones eine Schadenersatzklage gegen den Schützer vor. Er solle nicht zum Symbol für weiße Fanatiker werden, hieß es.

Neue Fahndungsidee

AFP, Chicago
Von dieser Woche an werden die Milchpackungen einer Molkereizentrale in Chicago mit Fotos von mehr als zwei Jahren verschollenen Kindern versehen: Das Unternehmen mit einem Monatsumsatz von mehr als zwei Millionen Milchkühen will so die Suche nach einem neunjährigen Mädchen und einem zweijährigen Jungen erleichtern.

Massenanklagen

AP, Palmi
Ein Richter der süditalienischen Stadt Palmi hat aufgrund von Aussagen eines inhaftierten Syndikatsmitgliedes Anklagen gegen 117 mutmaßliche Angehörige des in Kalabrien operierenden Verbrechersyndikats Ndrangheta erhoben. Die Ndrangheta ist das Pendant zur Mafia.

Unbekannte Vorschrift

AP, Bonn
Der Verband der Autoversicherer (VUK-Verband) hat daran erinnert, daß in Deutschland seit dem 1. August 1984 das Anliegen vorhandener Sicherheitsvorschriften auf den Rückstufen ebenfalls vorgeschrieben ist. Nach einer Erhebung des Verbandes kennen zwei von drei Autofahrern diese Vorschrift nicht.

Explosion in der Pause

dpa, Bangkok
Bei der Explosion einer Handgranate sind in einer Schule im Norden Thailands 16 Kinder getötet und 31 zum Teil schwer verletzt worden. Ein Elftjähriger hatte den Sprengkörper gefunden und damit gespielt.

55 000 Mark Belohnung

hrk, Berlin
Durch eine der höchsten von privater Seite ausgelobten Belohnungen der Nachkriegszeit, 50 000 Mark, versucht die Berliner Grundkreditbank den Mord an ihrem Vorstandsvorsitzenden Ulrich Jancke aufzuklären. Polizeipräsident Klaus Hübner stellte weitere 5000 Mark zu Verfügung.

Elefanten-Terror

dpa, Djakarta
Eine Elefantenherde erlitt sich seit November von den Vororten eines Dorfes auf der indonesischen Insel Sumatra. Zwei Einwohner kamen bei der nächtlichen Futtersuche bisher ums Leben.

Tempelritter-Rezept

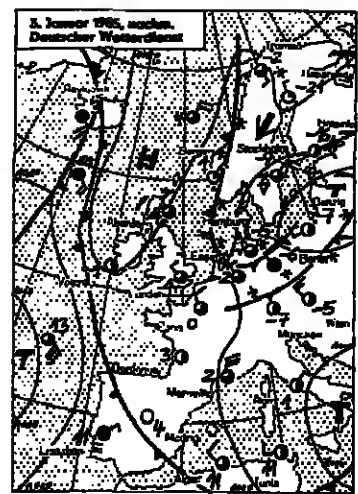
AFP, Brüssel
Ein von den Tempelrittern des 12. Jahrhunderts angewandtes „Dingemittel“ kann möglicherweise die in ganz Europa bedrohten Ulmen retten. Das Rezept für den gegenwärtig im Brüsseler Stadtpark Schaebeek gestauten Kompostdünger entdeckte ein französischer Forscher in Archiven des Ordens im spanischen Tujillo.

ZU GUTER LETZT

Der tote Geheimdiensterst wurde ermordet, meldete der Springer-Auslandsdienst.

WETTER: Kalt

Wetterlage: Zwischen einer Hochdruckzone über dem Nordmeer und einem Tiefdruckgebiet über dem östlichen Europa strömt Kaltluft polaren Ursprungs nach Deutschland.



Vorhersage für Freitag:
Am Alpenrand und anfangs auch noch im nördlichen Süddeutschland bedeckt und kühler, andauernder Schneefall. Sonst wechselnd wolkig und einzelne Schneeschauer. Höchste Temperaturen zwischen minus 4 und minus 9 Grad. In der kommenden Nacht im Nordwesten und Westen aufkommender Schneefall. Schwächer bis mäßiger, im Norden auch frischer Wind aus Nord bis Nordost.

Weitere Aussichten:
Wechselnd bewölkt, zeitweise Schneefall, weiterhin kalt.

Temperaturen am Donnerstag, 13. Uhr:	
Berlin	-6°
Bonn	-2°
Dresden	-3°
Essen	-2°
Frankfurt	-3°
Hamburg	-2°
List/Sylt	-3°
München	-7°
Stuttgart	-6°
Alger	11°
Amsterdam	-1°
Athen	14°
Barcelona	9°
Brüssel	0°
Budapest	-4°
Bukarest	-6°
Helsinki	-10°
Istanbul	6°
Kairo	14°
Kopenhagen	-3°
Las Palmas	19°
London	-2°
Madrid	4°
Mallorca	10°
Moskau	-9°
Nizza	7°
Oslo	-7°
Paris	0°
Prag	-6°
Rom	1°
Stockholm	-9°
Tel Aviv	18°
Tunis	11°
Wien	-5°
Zürich	-5°

Sonnenanfang: am Samstag 8.37 Uhr, Untergang: 16.29 Uhr, Mondaufgang: 14.37 Uhr, Untergang: 7.14 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

LEUTE HEUTE

Hohe Ehrung

Als Fremdenführer eigener Art in Verdun bekam er keine Gratistreise in ferne Länder, dafür jetzt aber das Großkreuz des Bundesverdienstkreuzes. Heinrich Sturges, 58jähriger Betreuer der Besuchergruppen des Gefallenen-Ehrenmals Fort Douaumont, erhielt die Auszeichnung für seine Bemühungen um die deutsch-französische Verständigung zu Neujahr vom Generalkonsul in Nancy, Werner Montag.

Grenzen des Ehrgeizes

Die Drehbuchautoren von „Dallas“ sind inzwischen als Prominenten-Kopfgänger weltweit bekannt, nicht jeder Coup aber gelingt ihnen. Paul McCartney hat allerdings vor seiner Ablehnung lange überlegt, ob er die Rolle eines hitrischen Landlords auf Geschäftsreise in Dallas für 400 000 Mark nicht doch annehmen sollte. Den Verzicht des ehemaligen Beatles wird J. R. und mit ihm der ganze Dallas-Clan sicher verstehen: McCartney wollte sich nicht monatelang von seiner eigenen Familie trennen.

Ausland schätzt deutschen Erfindergeist

E. REVERMANN, Hannover

Tüftler und Erfinder haben es im eigenen Lande schwer. Mehr als die Hälfte aller Ideen „Made in Germany“ findet spontan in den USA, Kanada oder Japan Gehör. Erst wenn dort teils schon in Serie reif produziert wird, kommt deutsches Know-how als Generalien zurück in die Heimat. Zusammen mit einer äußerst positiven Bilanz über deutschen Erfindergeist hat Lothar Schaar als Leiter des Erfinderzentrums Norddeutschland gestern in Hannover auch diese bittere Erkenntnis auf-tischen müssen. Deutsche Unternehmen reagieren auf deutsche Ideen zu skeptisch und schwerfällig.

Das Erfinderzentrum, mit 6,5 Millionen Fördervolumen von den Ländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein ausgestattet und in seiner Mittlerfunktion zwischen dem geistigen Vater und der umsetzenden Industrie eine in weiten Teilen Europas einmalige Einrichtung, kann deutsche Firmen-Skeptiker belegen: Da hat ein Mann aus Bohme bei Osnabrück eine Maler-Spritzpistole einer deutschen Firma angeboten. Sie benötigte allein ein halbes Jahr, um sieben Varianten eines Geheimhaltungsvertrages auszuarbeiten. In dieser Zeit hatte ein amerikanischer

Konzern den Erstauftrag für 280 000 Mark längst weggeschnappt; jetzt steht gar ein Vier-Millionen-Auftrag ins Haus.

„Das Umsetzen von Ideen in die Tat dauert bei uns doppelt so lange wie im Ausland. Sogar die Koreaner sind uns hier weit überlegen“, resümierte Schaar.

Dabei hat das Erfinderzentrum schon einiges zu bieten. 5000 Direktkontakte zwischen Erfindern und potentiellen Lizenznehmern hat man bisher herstellen können. Aus den 2000 „verwertbaren technischen Ideen“ sind bis heute gut 90 „zukunfts-trächtige Förderfälle“ geworden. Allein 25 Projekte konnten in dem zweieinhalbjährigen Bestehen mit acht Millionen Mark entwickelt werden.

Wenn auch die realisierten 25 Projekte weitgehend aus dem norddeutschen Raum kommen – das Erfinderzentrum ist für Tüftler aus allen Teilen Deutschlands begehrt. So gelang es einem Rheinländer, Gülle zu „entstärken“. Sein Patent wurde inzwischen in Hannover mit 1,8 Millionen Mark praxisreif gemacht. Dank biologischer Beigabe kann demnach mit diesem Verfahren duftlos gedüngt werden.

Daß große Industrie-Schauen wie die Hannover-Messe eine gute Prä-

sentationsmöglichkeit für Erfindungen sind, beweist der holländische Lärmschutz zweier Bastler aus dem Großraum Hannover: Mit 750 000 Mark gefördert, stehen die ersten 200 Meter schon versuchsweise an einer Umgehungsstraße bei Seelze nahe Hannover. Eine Trockenmauer mit Kunststoffmatten, präpariert mit 200 Pflanzenarten, die sich selbst „regenerieren“, nur alle drei bis vier Jahre der Pflege bedürfen und Autolärm regelrecht schlucken. Ein Verfahren, das für Autobahnen und Bundesbahnstrecken interessant werden könnte.

Unter den rund 500 Vorschlägen, die jährlich das norddeutsche Erfinderzentrum erreichen, sind auch immer wieder Träume der Menschheit wie das Perpetuum Mobile. Doch die 18köpfige Mannschaft von Diplomingenieur Schaar, der im übrigen alle großen Projekte wissenschaftlich begleitet, ist auf Konkretes fixiert.

Wozu auch lebenswerte Dinge des Alltags gehören wie das Fahrrad. Ein Tüftler aus dem Raum Cuxhaven hat einen Trekturbeltrieb entwickelt, der das Treten am Berg leichter und das Rad auf der Ebene schneller macht. Im Frühjahr soll der kraftsparende Fahrradtreiber serienreif sein.

Moskau war
Groß-Eingriff
in die Natur



Ausflugstip:
Wandern und
Rodeln
in Patsch
bei Innsbruck

Seite VI

Tips und
Kataloge
für die
Ferien im
Musterlände

Seite III

Schach mit
Großmeister
Pachman,
Rätsel und
Denkspiele

Seite V

Chile:
Osterinsel –
Zauber der
steinernen
Giganten

Seite VI

Schwarzwald:
Angebote
für Erholung
und
Wintersport

Seite VI



Sanfte Hügel und weiter Horizont – Alentejo

Jetzt eine Autopanne – dann gute Nacht, Portugal. Seit Stunden ist uns kein Fahrzeug mehr begegnet. Kein Mensch, kein Haus weit und breit. Doch unbeirrt steuert Rodrigo unseren Kleinbus nach Osten. Hinter uns verschwindet die Sonne glühend am Horizont, die Dämmerung kommt schnell.

Im matten Strahl der Scheinwerfer fliegen Büsche und Bäume wie gespenstische Gestalten an uns vorbei. Plötzlich taucht vor uns das Tor auf, einladend geöffnet im Schein zweier Laternen. Klee knirscht unter den Reifen. Dann ist es still. Wir haben die Pousada „Vale do Gaio“ nahe Alentejo erreicht.

Wer Portugal abseits der Küsten und Fremdenverkehrszentren entdecken will, wird früher oder später Bekanntschaft mit diesen staatlichen Rasthäusern machen. Ähnlich wie die Paradores in Spanien wurden die Pousadas vom Portugiesischen Fremdenverkehrsamt in landschaftlich reizvollen Gegenden gebaut oder aber in historischen Gebäuden eingerichtet.

So hat jede der 30 Herbergen ihren eigenen Charakter, ihren echten, dem Stil der Provinz angepaßten Rahmen.



Das Land „jenseits des Tejo“ ist die fruchtbare Kornkammer Portugals und zugleich voll ursprünglichem Charme.

FOTO: ALFRED GREGORY

Treffenderweise bedeutet „Pousada“ „Ort der Ruhe“. In „Vale do Gaio“ werden wir wie in einem gastfreundlichen Privathaus empfangen. Im behaglichen Wohnraum knistert ein Kaminfeuer. Bequeme Sessel laden zum abendlichen Plausch ein. Kurze Zeit später bei einem portugiesischen Brandy fühlen wir uns schon heimisch.

„Vale do Gaio“ liegt im Süden Portugals, in Alentejo, wie das weite Hügel- und Tal jenseits des Tejo zwischen Lissabon und der portugiesisch-spanischen Grenze genannt wird. Mit einer Kapazität von nur sechs Doppelzimmern gehört sie zu den kleinsten Pousadas.

Auf Grund ihrer niedrigen Preise – ein Doppelzimmer mit Bad/Dusche und WC kostet einschließlich Frühstück beispielsweise hier je nach Jahreszeit zwischen 50 und 70 Mark – sind die Pousadas häufig ausgebucht. Grund genug, die Aufenthaltsdauer während der Hauptsaisonzeit zu begrenzen: Von Juni bis Oktober sind maximal fünf Übernachtungen pro Pousada möglich. Ideale Jahreszeiten für Entdeckungsfahrten ins Landesinnere sind jedoch ohnehin Frühjahr und Herbst. Die Sommer sind trocken

und heiß und die Winter trotz ihrer Schneelosigkeit ziemlich kalt.

Bereits in römischen Zeiten als Kornkammer gepriesen, prägen auch heute Felder und Weiden den Charakter der Region. Alentejo ist eine Landschaft mit weitem Horizont und sanften Hügeln. Das läßt den Blick schweifen.

In der roten Erde stecken die knorrigen Stämme silbergrüner Olivenbäume, in den Ebenen grasen Schafe, Rinder und Pferde. Getreidefelder wechseln mit riesigen Korkeichenwäldern, säumen die schmale Straße. Hochgelegene Städtchen und einsame Höfe blitzen weiß im Sonnenlicht. Alentejo gilt als Kernraum portugiesischen Großgrundbesitzes; das erklärt die dünne Besiedlung.

Um so mehr überrascht in dieser von Landwirtschaft geprägten Region die Provinzhauptstadt Évora mit reichen Kultur- und Kunstschatzen. Diese stammen aus Zeiten, als Évora römische und maurische Festung, portugiesische Königsresidenz, Universitäts- und zweitgrößte Stadt Portugals war. Mittelpunkt der heute 50 000 Einwohner zählenden Stadt ist der „Praça do Giraldo“, Treffpunkt

für Einheimische und Touristen, für ein Schwätzchen oder einen Bummel entlang der kleinen Läden. Kein Neubau stört die Harmonie des Platzes, auf dem zu Zeiten der Inquisition die Ketzerverbrennungen stattfanden.

Auf dem geometrischen Bodenmosaik aus schwarz-weißen Pflastersteinen thront ein monumentaler Renaissancebrunnen. Dahinter erhebt sich die Kirche Santo Antão aus dem 16. Jahrhundert. Antike Säulen und Pilaster schmücken die Arkadengänge an weißen Häusern unter schmiedeeisernen Balkonen. Hier hat sich in einem historischen Palast das Büro der Touristeninformation eingerichtet, in dem wir uns einen Restaurant-Tipp fürs Mittagessen holen.

Nach einer Viertelstunde zu Fuß durch malerische Gassen erreichen wir das „Restaurante Fialho“. Seine Spezialität sind Gerichte der Region, exzellent zubereitet, dazu ausgesuchte Weine. Die Preise für die Hauptmahlzeiten – etwa Cabrito (Zicklein), Camarões (Krabben), Luas (Tintenfische) oder Estufado (Schmorbraten) – liegen bei zehn bis zwölf Mark.

Gestärkt setzen wir unseren Bummel fort und erreichen bald den ältesten und am höchsten gelegenen Teil

der Stadt, der eine Vielzahl historischer Sehenswürdigkeiten birgt.

Die 14 korinthischen Säulen des Römischen Tempels vom Beispiel, deren Sockel und Kapitelle aus dem Marmor von Estremoz gefertigt wurden. Während des gesamten Mittelalters war die Ruine zu einer Festung ausgebaut. Die Säulen verschwanden unter einem Schutzanstrich von Mauern. Erst vor 100 Jahren wurden die römischen Reste wieder freigelegt. Das Alter der Säulen wird auf 1800 Jahre geschätzt.

Nur wenige Schritte entfernt steht die Kathedrale Sé mit dem Museum für Sakrale Kunst. Lachen und Stimmengewirr klingen von der nahegelegenen Schule herüber. Dort, wo heute junge Portugiesen unterrichtet werden, lebte einst Vasco da Gama. Hier im ältesten Teil der Stadt liegt auch die „Pousada dos Lóios“. Das im 15. Jahrhundert gegründete Kloster herbergt heute Gäste aus aller Welt. Kreuzgänge und Kapitelsaal, prächtige Portale und maurische Schmuckelemente, dazu stilvolle alte Möbel geben dieser Pousada ihren einzigartigen Zauber.

Immer wieder begegnen wir während unserer Reise dem dekorativen

Wandschmuck aus blau bemalten Fayenceplatten, genannt „Azulejos“, auf dem Szenen der Geschichte ebenso dargestellt sind wie grafische Muster oder Blumenmotive. In der „Capela do Senhor dos Passos“ zeigen die Azulejos die Leidensgeschichte Christi.

Vielbesuchte Sehenswürdigkeit ist jedoch nicht diese Kapelle, sondern die angrenzende „Casa dos Ossos“, das 1600 von einem Franziskaner, einmönch geschaffene Beinhaus. Trotz dieser Bezeichnung handelt es sich bei diesem makabren Bauwerk nicht um einen Sammelplatz exhumierter Gebeine, sondern um eine Kapelle, in der menschliche Gebeine als Baumaterial gedient haben. Wände, Pfeiler und Gewölbe des Raumes sind mit Knochen und Schädeln einiger tausend Menschen gebaut.

An einer Wand hängt ein vollständiges Skelett, in Lampen gedreht, darunter die Inschrift: „Wir hier versammelten Gebeine warten auf die euren.“

PETRA S. HARDT

Ankunft: Portugiesisches Fremdenverkehrsamt, Kaiserstraße 66, 6000 Frankfurt/Main.

NACHRICHTEN

Kurzreisen mit Auto

Geschäftsreisende bevorzugen als Verkehrsmittel das Auto, wenn sie nicht weiter als 500 Kilometer fahren müssen. Für Entfernungen von 50 bis 100 Kilometer benutzen 98 Prozent den Pkw, bei 300 bis 500 Kilometer dagegen fahren nur noch 57 Prozent. Wenn's weiter weg geht, dominiert dann das Flugzeug (46 Prozent).

Familienessen

Ein Familien-Menü für zwei Erwachsene und zwei Kinder bis zwölf Jahre bieten 13 gastronomische Betriebe im Feriengebiet der Stadt Attendorf/Südsauerland. Für 27 bis 35 Mark kann die ganze Familie satt werden. (Auskunft: Kreisverkehrsverband Südsauerland, Seminarstraße 22, 5960 Olpe/Biggeseel).

Mühlhausen – Dakar

Der westafrikanische Staat Senegal kann jetzt vom elsässischen Mühlhausen aus mit dem Airbus angefliegen werden. Air France startet jeden Donnerstag um 17.20 Uhr vom Flughafen Basel/Mühlhausen. Nach sechs Stunden landet der Airbus in Dakar. Der Hin- und Rückflug mit dem „Tarif visite“ kostet um 1300 Mark.

Ungarn sind zufrieden

Mehr als elf Millionen Ausländer besuchten Ungarn im Jahr 1984. Das sind 30 Prozent mehr als im Jahr zuvor. Die meisten der 2,8 Millionen Gäste aus Westeuropa und Übersee kamen wieder aus Österreich und der Bundesrepublik.

WÄHRUNGEN

Ägypten	1 Pfund	2,65
Belgien	100 Franc	5,07
Dänemark	100 Kronen	28,50
Finland	100 Fmk	48,75
Frankreich	100 Franc	35,50
Griechenland	100 Drachmen	2,60
Großbritannien	1 Pfund	3,73
Irland	1 Pfund	3,16
Israel	1 Shekel	0,01
Italien	1000 Lire	1,69
Jugoslawien	100 Dinare	1,70
Luxemburg	100 Franc	5,07
Malta	1 Pfund	6,10
Marokko	100 Dirham	34,00
Niederlande	100 Gulden	89,50
Norwegen	100 Kronen	35,25
Österreich	100 Schilling	14,36
Portugal	100 Escudos	2,20
Rumänien	100 Lei	6,50
Schweden	100 Kronen	35,75
Schweiz	100 Franken	122,50
Spanien	100 Peseten	1,86
Türkei	100 Pfund	0,95
Tunesien	1 Dinar	3,65
USA	1 Dollar	3,20
Kanada	1 Dollar	2,44

Stand vom 2. Januar – mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen (ohne Gewähr).

Winterwandern

Sonderangebote »Ski-Pauschal«
1 Woche Ü/F mit vielen Extras
von DM 270.- bis DM 699.- p. Pers.

»Gesundheitsurlaub-Pauschal«
1 Woche Ü/F mit mediz. Betreuung
von DM 524.- bis DM 1014.- p. Pers.

GARMISCH PARTENKIRCHEN

Im Zeichen von Schneekristall und Sonne.

Heilklimatischer Kurort • Zugspitze 2966 m • 51 Bergbahnen u. Skilifte • 123 km gepflegte Skibahnen • 134 km Langlauf- u. Wanderloipen • 100 km geräumte Spazierwege • Alpstütz-Wellenbad • Spielbank • Vielseitiges Unterhaltungsprogramm • Vorzügliche Hotellerie u. Gastronomie • Preisgünstige Pensionen u. Privatzimmer • Ü/F DM 17.- bis 145.- • VP DM 45.- bis 195.- • Zwischen-Saisonpreise • Herbst-Skiwochen • 1. Kurgast-Winterspiele vom 12. bis 19. 1. 85

GUTSCHEIN für Prospekt-Paket »Jedem sein Steckpferd«
Kürverwaltung
(089 21) 2570
Pl. 149 • 8100 Garmisch-Gr. Pa.

Auf nach Bayern

Bellevue

Ihr Zuhause in Garmisch

Appartements mit Küche, Bad, WC, Balkon, Gemütliche Aufenthaltsräume, Kaminzimmer u. Fernsehraum • bes. ruhig u. zentral gelegen • 1. Etage • 100 Garmisch-Partenkirchen • 089 21 50 25 • Zimmer mit Frühstücks-Butterf. p. Person ab DM 49.-

Königliche Ferien in Garmisch-Partenkirchen

Königshof

• 61 Übernachtung in Doppelzimmer (Bad/WC, Radio, Föhn, Fernseher, Durchwahltelefon)
• 61 reichhaltiges Frühstücksbuffet
• freie Benutzung von Hallenbad (28°) und Sauna
• pro Person
• Termin: 6. 1. – 31. 1. 85
Zentrale Lage • ruhige Zimmer • 100 m vom 2-Bahnhof • persönliche Atmosphäre
St.-Martin-Str. 4 • 089 21 53 071-75
8100 Garmisch-Partenkirchen

Partenkirchner Hof

Buchen Sie Ihren Winterurlaub in den Alpen, da hat es am schönsten! Zimmer mit Frühstück DM 55.- bis 95.-, HP DM 80.- bis 100.- pro Person. Eine Woche 2. mit Bad, HP und volle Sportanlage, DM 630.-, Holzlager, Messing, Sauna, 2 Gärten, 2 Bäder, Terrasse, Teich, Garage, Bridge-Club. Besondere Küche im Restaurant. Verlangen Sie unsere Unterlagen.
Bes. Familie Reinold
Garmisch-Partenkirchen 2, Tel. 089 21-580 25, Telex 59 2412

Landhaus

Ein neues, komfortables Haus mit allem Komfort und Tradition. Halbschwimmbad, Sauna, Kurbesteuerung, kein Kurzwang. Bitte fordern Sie Informationsmaterial an. Ü/F DM 33.- bis 82.-, HP DM 52.- bis 95.-, VP DM 66.- bis 109.-
Alpenhotel **Forsthaus Graseck**
8100 Garmisch-Partenkirchen 3 • 089 21/54 006 • 05 9553

NOVEL WITTELSBACH, GARMISCH-PARTENKIRCHEN

Ein Hotel für den anspruchsvollen Wintergast. 1. Etz. 100 Betten. Nahe Kurpark (200 m). Komfortable Zimmer, alle mit Privatbad oder -dusche, die meisten in ruhiger, sonnenreicher Südlage mit Ausblick auf Zugspitze und Wetterstein. Hallenbad (28-29°), Sauna, Tiefgarage, Ausstattungs-Küche, Wäsche- und Bügelraum (7 Nächte), Halbpension pro Person: 2. B. Zwischenstation 5. 1.-2. 2. 18. 3.-30. 3. Doppel/Dusche DM 45.-, Einzel/Dusche DM 50.-, 2. B. Hochsaison 9. 2.-16. 3. Doppel/Bad DM 645.-, Einzel/Bad DM 750.-, Wochensaison/Heimurlaub ab DM 113.- pro Pers. pro Tag (inkl. Frühstück). Verlangen Sie bitte unsere ausführlichen Unterlagen.
Postfach 307, 8100 Garmisch-Partenkirchen, Telefon 089 21-330 96, Telex 596 88.

Hotel-Pension Bavaria

8100 Garmisch-Partenkirchen

Das neu renovierte, gemütliche Haus mit 30 ZL. in zentraler, ruhiger Lage (Südseite) bietet einen herrlichen Blick auf die Berge. Balkon od. Terrasse, gemütliche Speiseküche, Halle mit Kamin, Tiroler Stuben, Fernsehraum, gr. Garten u. Sonnenterr., Partiküche, kleine Kuppel u. Wellnessbad, Wanderroute u. Bergbahnen leicht erreichbar. HP (Frühstücksbuffet u. Abendessen) 1. 102 m. Du./Bad, WC DM 60.- bis 68.- p. Pers./Tag; 2. Du./WC DM 57.- bis 73.- p. Tag. Bitte Prospekt anfordern.
Familie v. Thoma, Telefon 089 21/34 46

Urlaub in Garmisch... dann im HOTEL GARNI Buchenhof

ruhig zentral, komfortabel
Panoramablick Hallenbad
Sauna
Brauhausstraße 3 • 8100 Garmisch-Partenkirchen • 089 21/52 21

Komfortables Hotel, ruhige Lage am Skistation, alle Zimmer mit Dusche o. Bad u. WC, Fernsehanschluss, großer Garten, geheiztes Freibad Mai-Oktober

Hotel garni Boddenberg

8100 Garmisch-Partenkirchen, Widenmayer Str. 21 • Tel. (089 21) 510 89

ZAUBEL
Söderstraße, 2280 Keltum/Sylt Ost, Tel. 04651/36 38 oder 60 55

PARTH-WERBUNG

AUSFLUGS-TIP



Anreise: Mit dem Auto - Abzweigung kurz vor der Europabrücke (Breiner-Autoabahn), von Innsbruck kommend. Oder mit der Bahn - Hbf Innsbruck, mit dem Postbus nach Patsch. **Preise:** Vollpension 50 bis 65 Mark im Zimmer ohne Bad, mit Bad 85 Mark, Halbpension 48 bis 80 Mark, auch Zimmer mit Frühstück 30 bis 65 Mark. **Ankunft:** Hotel Grünwalder Hof, A-6083 Patsch bei Innsbruck, Tirol.

Patsch bei Innsbruck

Mit einem Ruck hält die Kutsche, die sich mit zwei PS von Innsbruck auf 1028 Meter heraufplagt hat. Rast und Pferdewechsel in der Poststation Grünwalderhof, denn der Weg über den Brenner nach Süden ist noch lang. Die Passsagere, die aus dem engen, unbekannten Gefährt klettern, werden alsbald für alle Strapazen entlohnt. Auf Zirbelholzbänken, von der Nachmittagssonne angewärmt, sitzen sie vor dem Haus und genießen würzigen Landwein, Speck und Brot und ein Berg- und Talpanorama wie aus dem Bilderbuch.

Gute 300 Jahre später wiederholt sich die Szene. Nur die PS sind höher und chromglänzend, die alte Römerstraße ist zur Rennstrecke und die Poststation zum Nobelgasthof mit Hotel geworden. Nur das nahe Dorf Patsch mit seinen verwinkelten Gassen, gemütlich dampfenden Misthaufen und Einblicken in urige Bauernstuben erscheint wie ein Relikt von Anno dazumal.

Auch der Blick über die Alpenkette vom Hafelecker im Norden über die Stubaier Berge bis zur Seralpe im Süden ist unverändert atemberaubend. Den Grünwalderhof hatten sich einst die Grafen Thurn und Taxis, Oberste Hof- und Generalpostmeister von Tirol, als

Rastpunkt vor der Alpenüberquerung ausgesucht. Später diente der Prachtbau aus dem 15. Jahrhundert als Jagdschloß, und seit 1961 führt die gräfliche Familie die „Raststätte“ in eigener Regie.

Von Ahnenbildern über antiken, mit bunten Stäben geschmücktem Mobiliar empfangen, hat man das Gefühl, privater Gast im Schloß zu sein. Die Zimmer sind einfach, behaglich, oft mit liebevollsten alten Möbeln eingerichtet und bieten fast alle einen Alpenrundblick in Cinemascope.

Gemütlichkeit, Nostalgie und beste Austria-Hausmannskost kann der Gast im Taxistübel konsumieren. Alles wie in der Postkutschzeit, manchmal auch der Service - aber Perfektion würde nur die Atmosphäre ruinieren. Natürlich ist der Grünwalderhof mit Hallenbad, Sauna und Solarium ein idealer Stützpunkt für Wintersportler. Und wer sich - von einer Bank im Freiluft-Schwimmbad - eine Zeitlang dem Anblick der Alpenkette hingeben hat, wundert sich, warum sich dort unten die Autokolonnen hektisch über die Europabrücke schieben, anstatt hier oben Rast zu machen - und freut sich insgeheim, daß man diese Idee nicht mit Tausenden teilen muß. **BRIGHTGEE**



Ein idealer Stützpunkt für Wintersportler: Der Grünwalder Hof. FOTO: ANDER

Vorsicht ist besser

Vorsicht bei den ganz heißen Sonderangeboten mit den „un-glaublichen“ Preisen! Das gilt für Reiseveranstalter, die noch nicht namentlich in Erscheinung getreten sind und plötzlich inserieren. Während bei den großen Namen stets eine Gewähr besteht, daß es sich um seriöse Angebote handelt, können Urlauber eine böse Überraschung erleben, wenn sie sich auf die vermeintlich „sensationalen“ Offerten von Unbekannten verlassen. Dies belegt ein Fall, der demnächst vor einem Frankfurter Gericht verhandelt wird.

Cleveren Polizisten in der Mainmetropole waren Anzeigen und vierfarbige Prospekte aufgefallen, in denen Kunden versprochen wurde, sie könnten zum Preis von 999 Mark (einschließlich Flug) zwei Wochen lang Ferien auf Gran Canaria machen. Die

miträuschlichen Ordnungshüter recherchierten auf eigene Faust.

Einen Tag vor Einsendeschluß für die Kunden erschienen Polizisten in dem besagten Frankfurter Veranstalterbüro und kontrollierten alle Unterlagen. Dabei stellte sich heraus, daß sich die beiden „Veranstalter“, ein 45-jähriger und ein 43-jähriger aus Bayern, wenige Tage vor dem Urlaubsstart weder um ein Flugzeug noch um ein Hotel gekümmert hatten. Dank der raschen Aktion der Polizei konnten rund 800 000 Mark sichergestellt werden, das ist bis auf 63 000 Mark die Summe, die 782 Abnahme eingezahlt hatten. Das beschlagene Geld wurde den vertrauensvollen Kunden zurückgezahlt. Die Staatsanwaltschaft hat gegen die beiden „Veranstalter“ Anklage wegen Betruges erhoben. **Bo.**



Diese sieben Moai waren keine Idole, sondern Sitz der Götter und Ahnen. Bei Anrufung veränderten sie sich in Heiligheben. FOTO: WELTER

Zauber der steinernen Giganten

Auf jedem Globus ist die Insel in der Mitte des Pazifik eingezeichnet, denn wo sonst nichts außer Wasser ist, ist eine kaum 120 Quadratkilometer große „Landmasse“ für jeden Kartographen eine Pflichtübung und für jeden Seemann ein Orientierungspunkt. Aber Genaueres wissen nur wenige über dieses wundersame Eiland.

Wie ein gleichschickiges Dreieck sieht die Insel aus, in jeder Ecke ein seit vielen Jahrhunderten erloschener Vulkan. Geographisch und ethnologisch gehört die Osterinsel zu Polynesien. Politisch gehört sie zur spanischen Provinz Valparaíso.

Natürlich ist die Osterinsel ein idealer Stützpunkt für Wintersportler. Und wer sich - von einer Bank im Freiluft-Schwimmbad - eine Zeitlang dem Anblick der Alpenkette hingeben hat, wundert sich, warum sich dort unten die Autokolonnen hektisch über die Europabrücke schieben, anstatt hier oben Rast zu machen - und freut sich insgeheim, daß man diese Idee nicht mit Tausenden teilen muß. **BRIGHTGEE**

Um 1880 begann die große Tragödie: Peruanische Piraten jagten die Insulaner, um sie als Sklaven auf die Guanaiseln vor der peruanischen Küste zu verschleppen. Erst ein energischer Protest Großbritanniens und Frankreichs bewirkte, daß die Überlebenden zurückgebracht wurden. Zuletzt lebten ganz 111 Menschen auf der Insel, die vorher über fünftausend Bewohner zählte.

Das Christentum kam um 1864 mit dem belgischen Pater Eugene Eyraud, dem „Apostel der Insel“. Heute ist die Bevölkerung streng gläubig, zumeist römisch-katholisch. Es gibt schwerlich einen anderen Ort auf der Welt, wo inbrünstiger und auch schmerzhafter Gebet als in der Inselkirche der „Hauptstadt“ Hanga Roa. Später tun dann deutsche Padres Dienst auf der Insel, besonders zu nennen ist der Kapuziner Sebastian Englert. Er ging mit Pinsel und Farbe an die Arbeit und nummerierte alles, was alt und bedeutend aussah. Viel war damals im wissenschaftlichen Sinne nicht bekannt. Ein Rätsel reichte sich an das andere: Obwohl in der subtropischen Südsee, doch nicht lieblich, gar palmenbestanden, sondern karge Vegetation, schwarzes, scharfkantiges Lavagestein, windumtost und düster. Dazu die großen Steinköpfe, ausnahmslos umgestürzt oder halbverfallen im Landesinneren herumliegend.

Zur Geschichte der Insel wissen wir heute folgendes: Bis zum 4. Jahrhundert n. Chr. war die Insel unbekannt. Dann kam die erste polynesischen Gruppe, der Legende nach war es der polynesischen König Hotu Matua, der sieben Kundschafter auf der Suche nach Neuland ausgesandt hatte, denen später sein ganzes Volk nachfolgte.

Die Wanderbewegungen in der Südsee waren nichts Ungewöhnliches: auf großen, bis zu 50 Meter langen Ausleger- und Doppelrumpfhöfen führten ganze Sippen und Stämme in die unbekannte Ferne, mit Hausrat, Vieh und Saatgut.

Lebten die Insulaner einfach, ja fast primitiv, so war die sakrale Kunst grandios: die großen Monolithen, die Steingiganten, „Moai“ genannt. Da es kaum Vegetation und somit kein Holz auf der Insel gab, wich man auf ein Material aus, das im Überfluß vorhanden war: den graubraunen Tuff aus den Vulkankratern. Für einen etwa 10 Meter hohen Moai - so fand der amerikanische Forscher Mulloy - benötigten 30 Handwerker mit ihren Faustkeilen etwa ein Jahr Arbeitszeit, vom ersten Schlag in die Kraterwand bis zum endgültigen Abrollen der Figur vom Muttergestein. Danach bewegten gut 80 Menschen den etwa 80 Tonnen schweren Riesen in zwei Monaten mit Holzschlitten zu seinem sechs Kilometer entfernten Bestimmungsort, einem „Ahu“, der fast immer in der Nähe der Küste gelegen war. Weitere drei Monate dauerte es, bis diese 80 Menschen den Moai aufgerichtet hatten, millimeterweise mit Hebeln und durch Unterlegen von Steinen.

Gegen Ende des 17. Jahrhunderts wurden offensichtlich die Arbeiten an den Moai in der riesigen „Werkstatt“ eingestellt. Ein Krieg war zwischen den zwei Hauptgruppen auf der Insel, den „Langohren“ und den „Kurzohren“, ausgebrochen. Er übertraf an Härte und Grausamkeit alles Vorangegangene. Der Name „Langohr“ kam daher, weil diese sich die Ohrläppchen künstlich erweiterten, so daß sie bis auf die Schultern herabhängten. Die „Kurzohren“ hatten die Idee des Moai-Kultes entwickelt. Sie benutzten die Arbeitskraft der „Kurzohren“, um die Großplastiken zu schaffen. Die „Kurzohren“ gewannen den Inselkrieg. Zu deren ersten Siegeshandlungen gehörte es, die zahlreichen Moai, die sie vorher im Schweife ihres Angesichtes hergestellt hatten, von den Sockeln zu stürzen. Und so fanden die ersten Europäer im 18. Jahrhundert nur wenige aufrecht stehende Moai, fast alle lagen sie auf dem Gesicht.

Um 1700 ist dann ein neuer Kult entstanden: ein Fruchtbarkeitskult, mit dem Schöpfergott Make-Make

und dem „Vogelmenschen“ (Tangata-mani). Dieser war der religiöse Führer auf der Insel für ein Jahr. Jedes Jahr wurde in den Felsen von Orongo ein neues Relief für den gerade bestimmten „Vogelmenschen“ eingeritzt, über 180 davon können wir heute dort noch sehen. Dieser Kult dauerte, bis er vom Christentum abgelöst wurde.

Im Laufe der Jahrhunderte war eine Schrift auf der Osterinsel entwickelt worden, eine großartige intellektuelle Leistung, eine Einmaligkeit in der Welt des Pazifik. Jetzt kennt man etwa 600 eigenständige Schriftzeichen dieser Bilderschrift, die interessante Aufschlüsse über das frühere Leben auf der Insel erlauben.

Heute beträgt die Einwohnerzahl des „größten archaischen Freilichtmuseums“ in Polynesien etwa 2200, davon 1500 mehr oder minder reiner Polynesier und gut 700 „Kontinentalchilenen“, die in der Marine und Verwaltung Dienst tun.

Mehr als 6000 Pferde leben auf der Insel zumeist frei herumstreifend, ein billiges und immer vorhandenes Transportmittel. Seit einigen Jahren gibt es sogar Fernsehen, mit Kassetten vom „Festland“ gespeist. Die Probleme unserer Zeit haben auch die Osterinsel erreicht und wirken sich hier manchmal noch stärker, ja fast verheerend aus: da sind die Energiekosten, ganz besonders hoch durch den langen Transportweg. Die Not wächst, Alternativen gibt es für die Bevölkerung kaum, ein Ausweichen ist unmöglich.

Wenn die Pascuense ihre traditionellen Feste (polynesischen „Sams“) feiern, scheint für kurze Zeit ihre Welt noch in Ordnung, doch der Schein trügt. Sieht es so aus, als ob die Moai noch dülster auf ihre Insel blicken? **HORST LIEBELT**

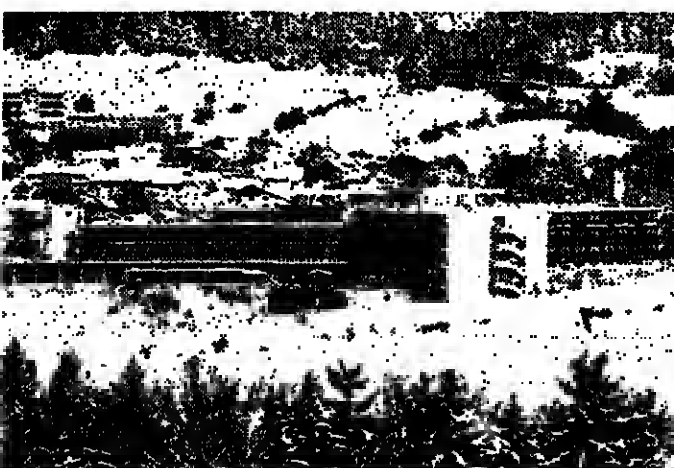
Angebote: Airtours bietet 23 Tage „Chile und die Osterinsel“ vom 19. 2. bis 13. 3., vom 19. 3. bis 10. 4., vom 5. bis 27. 11., 9215 Mark pro Person im Doppelzimmer. - Marco-Polo-Reisen: Feuerland-Patagonien-Osterinsel vom 1. bis 24. 2., 1. bis 24. 3., 22. 3. bis 14. 4. und wieder ab Oktober, 12 990 Mark mit Halbpension. - Dr. Döder: Reisen/Asien-Kontinenten hat für Südamerikafans das Hotel „Hanga Roa“ im Programm, drei Nächte auf der Osterinsel kosten 420 Mark im Doppel- und 280 Mark im Einzelzimmer.

Blue Ocean Shoring (Auf der Aspel 20, 5000 Köln), Yacht-Charter - Das Angebot umfasst einwöchige Segeltour an der Côte d'Azur, dreiwöchige Reisen rund um Mallorca sowie weitere Exkursionsmöglichkeiten auf einer „Princes 414“. Die Preise liegen pro Person und Woche zwischen 3990 und 5880 Mark plus Nebenkosten. Insgesamt stehen dem Veranstalter sechs Schiffe zur Verfügung, die höchstens zwei Jahre alt sind. Sechs bis sieben Gäste bilden zusammen mit den Skipper jeweils eine Crew.

Steigenberger Hotels Sonnhof in 8469 Lam, Telefon (09243) 791-795, 8352 Grafenau, Telefon (08552) 20 33

Bitte weitere Sonnhof-Informationen über: ☐ Lam ☐ Grafenau ☐ Steigenberger Kurz- und Ferienangebot

Name: _____
Str./Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Bitte einsenden an: Steigenberger Touristik Service, Postf. 164-00, 6060 Frankfurt/Main, Telefon (069) 215711.



Steigenberger Hotels Sonnhof - gemütlich-rustikale Feriendomizile

Ferienspaß für die ganze Familie im Bayerischen Wald
Winterferien in den Sonnhof Hotels in Lam und Grafenau

Erstklassige Winterferien in den schönsten Gebieten des Bayerischen Waldes bieten die Steigenberger Hotels Sonnhof in Lam und Grafenau. Sie haben alles, was zum Urlaubsglück gehört: exzellenten Service, behagliche Zimmer mit Bad, Farb-TV und Minibar, Feinschmeckerküche und Disco-Club, Kegelbahnen, kassenärztlich anerkannte Massage- und Bäderabteilung, Sauna, Ferienhospess mit attraktivem Ferienprogramm - und den Winter-Sportplatz direkt vor der Tür.

Skilanglauf in Lam mit Michaela Endler

Hier sind Sie bald „gestandener“ Langläufer. Der Spezialkurs umfaßt 5 Tage à 2½ Stunden inkl. einer geführten Langlauf-tour, Technikschiulung, Hüttenabend, Abschluslauf und Siegerehrung. 7 Übernachtungen im Zweibettzimmer mit Bad, Halbpension (reichhaltiges Frühstückbuffet/4-Gang-Menü), inkl. Langlaufkurs, bis 31.3.1985 pro Person **577,-**

Winterferien am Nationalpark Bayerischer Wald

7 Übernachtungen im Zweibettzimmer inkl. Halbpension (reichhaltiges Frühstückbuffet/4-Gang-Menü), Begrüßungscocktail, Teilnahme am Ferienprogramm (u. a. wöchentliches Eisstockschießturnier und geführte Skiwanderungen), bis 31.3.1985 pro Person ab **490,-** (Dieses Angebot gilt in Grafenau und Lam.)

Kinderminipreise für den familienfreundlichen Urlaub

Die Erwachsenen buchen ein Doppelzimmer und die Kinder bekommen ein separates Zimmer zu besonders günstigen Preisen... Für das erste Kind inkl. Frühstück DM 25,- pro Tag. Weitere Kinder bis 3 Jahre frei, bis 6 Jahre DM 6,-, bis 14 Jahre DM 18,-, Jugendhalbpension DM 14,- pro Tag. Halbtägige Kinderbetreuung, Junioren-Ferienprogramm, Kinder-Skikurse.

Steigenberger Hotels Sonnhof in 8469 Lam, Telefon (09243) 791-795, 8352 Grafenau, Telefon (08552) 20 33

Bitte weitere Sonnhof-Informationen über: ☐ Lam ☐ Grafenau ☐ Steigenberger Kurz- und Ferienangebot

Name: _____
Str./Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Bitte einsenden an: Steigenberger Touristik Service, Postf. 164-00, 6060 Frankfurt/Main, Telefon (069) 215711.

VERSCHIEDENE REISEZIELE IN DEUTSCHLAND

Alpenhof
Neues Haus in idealer Lage für Kurz-, Ferien- oder Kurzaufenthalt, ruhig und doch zentral.
Buchener Straße 14 · 8170 Bad Tölz · Telefon (08041) 40 31
Frühstücksbüfett · Hallenbad · Hot-Whirl-Pool · Sauna · Solarium · Liegewiese
Parkplatz · Zimmer mit allem Komfort · Ferienwohnungen.

Tennis-, Ski- und eine Frühjahrsferien im KUR- & TENNISHOTEL TANNENHOF
9999 Weller im Allgäu, Tel. 08387/780 u. 1235, Konf. 70-Betten-Hotel, ruh. Lage, Langlaufroipen am Haus, Lift, hoteleig. Tennisplätze (Sand), Hallenbad, Sauna, Solarium, Friseur, a. Salat-Bar, Kneipp, Schrotb., Diskothek, Zelltherapie, 0/16 ab 64,- p. P. u. Tag, beheizbar für alle Kassen.

Ein Urlaubsparadies zu jeder Jahreszeit
Luftkurort 750-2966 m ü. d. M.
Grainau das Zugspitzdorf
Auskunft und Prospektmaterial
Verkehrsamt: Postfach 21
8104 Grainau, Telefon (08821) 81281

Wintermärchen-Wochen vom 8. 1. bis 9. 2. 85
Apartment „Schneewald-Haus“
Geschwister Höchsmann in Aachen/Chiemgau/Oberrhein
Preis pro Person und Woche DM 22,-
Unsere Leistung: Halbpension/Sauna/Ausflug nach München oder Salzburg, Konf.-Festv. in Aachen, Bad Albing, Berchtesgaden, Chiemgau, Eggenfeld.

Chiemgau-Ferienwohnungen
Zentrale Barmu: Büro Wuppertal, 8214 Barmu, Tel. 08051/77 39
Wald 29: Büro Wuppertal, 5950 Wuppertal 1, Tel. 0202/45 45 00
Büro Berlin: Steinhilf 73 d, 1000 Berlin 40, Tel. 030/746 38 03
oder in Ihrem Reisebüro

Wohn? ins Hotel Waldgärten 2334 Waldgärten/Oberrhein, mod. Hotel mit viel Komfort · Hallenbad · UF ab 30,- · Du WC ab 35,- · Hausprospekt **05323/62 29**

SCHROTHKUREN
in einem der schönsten Hotels im Sauerland, aller Komfort, besonders günstig
14 Tage DM 1400,-
21 Tage DM 1850,-
Gesamter Aufenthalt
Hausarztbesuch bitte anfordern.
Kneipp- und Schrotb., Kurbad, Wiesbaden/Teich
3422 Ober-Lauterberg im Harz
Tel. 0532/2152-0 u. 12924

Geben Sie bitte die Vorwahl-Nummer mit an, wenn Sie in Ihrer Anzeige eine Telefon-Nummer nennen

Winter-(Spar-)Wochen vom 8. 1. bis 9. 2. 85
Apartment Lindenhof Bad Albing
Tennisplatz, Langlaufroipen, Preis p. Woche/Person DM 320,-
Halbpension/Sauna/Solarium
Ausflug n. München o. Salzburg inkl.

Chiemgau - Ferienwohnungen
Zentrale Barmu: Büro Wuppertal, 8214 Barmu, Tel. 08051/77 39
Wald 29: Büro Wuppertal, 5950 Wuppertal 1, Tel. 0202/45 45 00
Büro Berlin: Steinhilf 73 d, 1000 Berlin 40, Tel. 030/746 38 03
oder in Ihrem Reisebüro